

blicke²⁰²⁵

Das Magazin zum
digitalen Umwelt-, Klima- und
Energiebericht des
Landes Niederösterreich



Nachhaltige Finanzierung rechnet sich

Der Umwelt-, Klima- und Energiebericht des
Landes 2025 als Planungsgrundlage für eine nachhaltige
Politik mit Augenmaß.

blicke²⁰²⁵

Das Magazin zum digitalen
Umwelt-, Klima- und Energiebericht
des Landes Niederösterreich



Bestellen Sie **blicke** unter umweltbericht.at/blicke-bestellen
oder via E-Mail unter post.ru3@noel.gv.at

Alle Informationen,
Daten und Projekte auf
umweltbericht.at

„Der Umwelt-, Klima- und Energiebericht – Investitionen in die Zukunft eröffnen Handlungsspielräume“



Landeshauptfrau
Johanna
Mikl-Leitner

Die Aufgaben eines großen Bundeslandes wie Niederösterreich sind vielfältig. Um in der Umsetzung positive nachhaltige Wirkungen für das Land und seine Menschen erzielen zu können, ist eine planvolle Vorgangsweise auf allen Ebenen entscheidend – besonders in der Budgetgestaltung, in der Ausgestaltung der Verwaltung des Landes, in der Landes- und Regionalplanung wie auch bei regionalen und lokalen Umsetzungsmaßnahmen.

Im Bereich der Privatwirtschaftsverwaltung hat die öffentliche Hand einige Möglichkeiten, Akzente zu setzen und eine nachhaltige Landesentwicklung voranzutreiben.

Zwei Strategien möchte ich herausstreichen. Im Jänner 2022 hat das Land Niederösterreich allen Dienststellen per Regierungsbeschluss und Dienstanweisung – im Rahmen des Fahrplans Nachhaltige Öffentliche Beschaffung – vorgegeben, bei großen Projekten eine sogenannte Nachhaltigkeitsprüfung durchzuführen, bestehend aus Bedarfs-, Machbarkeits-, Risiko- und Nachhaltigkeitsanalysen. Denn gerade durch Investitionen, die auf sorgfältigen Planungen basieren, können die meisten positiven Wirkungen und Synergien erzielt, Einsparungspotenzial erkannt und Fehler und Risiken minimiert werden.

Ein anderer und wie sich heute gezeigt hat äußerst erfolgreicher strategischer Ansatz war, ein Programm für ausgewiesene nachhaltige Geldflüsse zwischen Investoren, Banken

und dem Land Niederösterreich zu schaffen. Im Programm „Nachhaltige Finanzierung“ ist es 2024 dem Land Niederösterreich als erstem Bundesland gelungen, in bemerkenswertem Umfang Gelder in Form von „nachhaltigen Anleihen“ für nachhaltige Projekte des Landes zu lukrieren. In diesem mit den Banken und der Landesverwaltung gut abgestimmten und fachlich fundierten Vorgehen konnten für Niederösterreich neue Handlungsspielräume für ökonomisch, ökologisch und sozial ausgewogene Investitionen und Förderungen geschaffen werden. Ein großes Lob gilt da der Abteilung Finanzen, die das Projekt federführend geleitet hat.

Wir gehen davon aus, dass – durch gezielte Investitionen in nachhaltige Produkte und Dienstleistungen sowie durch Förderungen nachhaltiger Unternehmen – technologische Neuentwicklungen angeregt werden, die wiederum zu Technologieexporten und zur Erschließung neuer Marktpotenziale beitragen. Darüber hinaus sollen international neue Kooperationen und Partnerschaften angeregt werden, die uns ein Stück unabhängiger und sicherer machen.

Im Rahmen des diesjährigen NÖ Umwelt-, Klima- und Energieberichts wollen wir den Fokus auf das zugegebenermaßen komplexe Thema von „geld- und finanzpolitischen Instrumenten in der Politikgestaltung“ lenken und v. a. die sich daraus ergebenden Zukunftschancen für das Land aufzeigen. Wir wollen Einblicke schaffen und zeigen, dass es gerade in Zeiten der Budgetkonsolidierung spannende Ansätze gibt, mit weniger Ressourcen gute Wirkungen zu erzielen, und dass das Investieren in eine nachhaltige Zukunft neue Chancen, Perspektiven und Gestaltungsspielräume schafft.

Zudem wollen wir im Rahmen der gewohnten Experten- und Expertinnen-Interviews den Blick von außen auf alle Verwaltungsebenen werfen lassen – auf die internationale und nationale, auf die Landes- und die Gemeindeebene. Wir wollen auch zeigen, dass wir nicht am Anfang stehen, sondern bereits auf Bekanntem und Erfolgreichem aufbauen.

Es ist eine gemeinsame Aufgabe, nachhaltige Entwicklung aktiv zu gestalten und damit eine lebenswerte Zukunft für alle zu sichern. Gehen wir den Weg gemeinsam.

Um die Klima- und Energieziele zu erreichen, müssen Investitionen in nachhaltige Projekte und Aktivitäten gelenkt werden. Die sogenannten „Klimainvestitionen“ in erneuerbare Energien, nachhaltige Infrastrukturen und umweltfreundliche Technologien sind essenziell, um die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu reduzieren und die Energiewende voranzutreiben.

Schon jetzt investieren 94 Prozent der österreichischen Unternehmen gezielt in klimaschützende Maßnahmen. Damit liegt Österreich weltweit absolut im Spitzenfeld. Dazu kommen Investitionen in Forschung, Technik und Innovation. Investitionen in Klima und Energie, in Digitalisierung und Kreislaufwirtschaft bringen ein um 3 bis 5 Prozent höheres Wirtschaftswachstum (im Durchschnitt der Industrieländer). Diese „Schätze“ wollen wir nicht ungehoben lassen.

Die Perspektive für Niederösterreich ist hier eine noch größere. Denn Studien weisen für Niederösterreich aus, dass durch Investitionen in erneuerbare Energien und Gebäudesanierungen bis zum Jahr 2050 ca. 5 Mrd. Euro an regionaler Wertschöpfung generiert und darüber hinaus mehr als 3 Mrd. Euro an fossilen Energieimporten eingespart werden können. Zudem werden zehntausende neue Jobs entstehen. Alleine bis 2030 rechnen wir mit über 50.000 Jobs in umweltfreundlichen Branchen („Green Jobs“). Und das ist nur ein Segment nachhaltigen Wirtschaftens.

Rahmenbedingungen der EU unterstützen uns bei unseren Vorhaben. Der „EU-Fahrplan für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen ab dem Jahr 2028“ (EK 2025) stellt die Weichen für weitreichende Investitionen in die Förderung erneuerbarer Energien und klimafreundlicher Technologien. Übrigens soll dabei der Zugang zu EU-Fördergeldern vereinfacht werden, insbesondere für kleine Unternehmen und lokale Akteure.

Um ausreichend Kapital für nachhaltige Aktivitäten mobilisieren zu können, ist u. a. ein konstruktives Zusammenspiel von Real- und Finanzwirtschaft erforderlich. Die Banken sind ein wichtiger Antrieb, zumal sie verstärkt in sichere, nachhaltige Projekte investieren wollen, und es sind auch die Versicherungen als Investoren, die diese Entwicklung unterstützen, da sie die Auswirkungen und Schäden



LH-Stellvertreter
Stephan Pernkopf

bei den zunehmenden Extremwetterereignissen an vorderster Front zu spüren bekommen. Allein bis August 2024 verzeichnete die Österreichische Hagelversicherung in einer ersten Schadensbilanz 200 Mio. Euro Gesamtschaden in der österreichischen Landwirtschaft aufgrund von Frost, Hagel, Sturm, Überschwemmung und Dürre im Jahr 2024.

Nachhaltige Geldquellen versorgen nachhaltige Investitionen und Förderungen. Diese tragen wiederum zu neuen oder besseren Lösungen bei, schaffen Marktzugänge sowie Beschäftigungspotenziale und Kapital für neue nachhaltige Investitionen. Diesen sich selbst verstärkenden Kreislauf wollen wir tatkräftig unterstützen.

Das Investieren in Forschung, Technologie und Wissenschaft ist ein besonders wichtiger Beitrag, um ein Land in eine nachhaltige Zukunft zu lenken und außerdem konkurrenzfähig zu erhalten. 2025 stellte das Land Niederösterreich 8,5 Mio. Euro für die Forschung zur Verfügung. Neben Umwelt und Ressourcen lag der Schwerpunkt auf Forschung zu Künstlicher Intelligenz und der Förderung junger Forscherinnen und Forscher.

Geld zu investieren bedeutet auch „haushalten“. In einem bedachten und planvollen Lenken der Ausgaben und Einnahmen liegt die Bedeutung einer verantwortungsvollen Finanzpolitik. Hier setzt gute nachhaltige Planung an und hier wollen wir künftig mehr „investieren“.

Der digitale Umwelt-, Klima- & Energiebericht NÖ

Mit nur wenigen Klicks zur umfassenden Umwelt- und Nachhaltigkeitsinformation.
Mit spannenden Hintergründen, Daten, Analysen, Leuchtturmprojekten und
Magazinbeiträgen. Spannend, aktuell, jederzeit und überall verfügbar.



Inhalt

8 „Mit der Lupe schauen, wie Einnahmen und Ausgaben wirken“

Johann Seiwald, internationaler Consultant für „Green Budgeting“, erklärt, wie die Methode in Österreich schon angewendet wird.

14 Das erste Bundesland mit nachhaltiger Anleihe

Niederösterreich ist seit Anfang 2025 in der Vorreiterrolle: mit einer Anleihenemission, die ökologische und soziale Kriterien berücksichtigt.

24 „Nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch sinnvoll“

Das Wirtschaftsforschungsinstitut Economica hat sich die ökonomischen Hintergründe der Energiewende angesehen.

32 Wer fürchtet sich vor unpopulären Maßnahmen im Ort?

Finanzexpertin Karoline Mitterer zeigt, wie Gemeinden nachhaltig sparen können.

42 Energie in Niederösterreich

Statusbericht 2025.

60 NÖ Klima- und Energieprogramm 2030

Statusbericht 2025.

Standards

- 4** Einleitung
- 38** Leuchtturmprojekte 2025 in der Übersicht
- 102** Gesamtbetrachtung von Niederösterreich aus der Sicht von Nachhaltigkeitsindikatoren
- 108** Danke / Impressum

„Mit der Lupe draufschauchen, wie Einnahmen und Ausgaben wirken“

—
**Als Experte für „Green Budgeting“
 berät Johann Seiwald
 internationale Organisationen
 und Staaten. Im Interview erklärt er,
 wie Österreich die Methode
 schon anwendet.**

Worum geht es bei Green Budgeting?
 Beim Green Budgeting – wie es auch von Österreich bereits angewandt wird – blickt man auf die strategische Ausrichtung des Staatshaushalts: Es geht darum, die Klima- und Umweltperspektive sowie Nachhaltigkeit im Allgemeinen im gesamten Budgetprozess systematisch und strategisch einzubeziehen. Praktisch gesehen schaut man mit der Lupe drauf, inwieweit Ausgaben wie auch Einnahmen eine Auswirkung aufs Erreichen der Klimaziele und anderer völkerrechtlicher Verpflichtungen haben. Und es wird analysiert, welche positiven, aber auch negativen Effekte die staatlichen Maßnahmen haben.

Was wären Beispiele für solche Effekte?

Die Förderung von erneuerbaren Energien etwa hat einen positiven Einfluss auf die Erreichung der Klimaziele, während das Dieselprivileg geringe Steuereinnahmen und gleichzeitig eine negative Klimawirkung bringt. Eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf der Autobahn wäre das klassische Beispiel für eine regulative Maßnahme – die verursacht keine direkten fiskalischen Kosten, würde aber etwas zum Erreichen der Klimaziele beitragen.

Sie beraten dazu den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank – wie gehen Sie da vor?



Johann Seiwald
ist internationaler
Consultant, z. B. für
den Internationalen
Währungsfonds, OECD
und Weltbank, aber
auch für Portugal sowie
Staaten in Osteuropa
und Afrika. Davor war er
Leiter der Wirkungscon-
trollingstelle im Bundes-
kanzleramt.

—
Seiwalds Porträt ent-
stand aufgrund seiner
internationalen Orien-
tierung am St. Pöltner
Europaplatz.





Green Budgeting – eine Definition des Bundes (2024)

Green Budgeting hat für den Bund laut dessen Grundlagenpapier 2024 eine wichtige Brückenfunktion zwischen Budget- und Klimapolitik: Es dient dazu, finanzielle Risiken transparent darzustellen, zu managen sowie eine Entscheidungsgrundlage für ebendiese kosteneffektive Einhaltung der Ziele zu liefern. Green Budgeting soll demnach in einem iterativen Ansatz, unter Berücksichtigung aller verfügbarer Daten, die klima-, energie- und umweltspezifisch positiven, neutralen sowie negativen Auswirkungen aller budget-, ordnungs- und steuerpolitischen Maßnahmen und Prozesse (systemischer Ansatz) im öffentlichen Sektor (konsistenter und gebietskörperschaftsübergreifender Ansatz) erfassen, analysieren sowie transparent darstellen (transparenter und datenbasierter Ansatz). Diese Analyse umfasst sowohl finanzielle Aspekte (Input-Analyse) als auch Einschätzungen zur Wirkungsdimension (Impact-Fokussierung). Durch die Verknüpfung dieser beiden Betrachtungsweisen (Kosteneffektivität) liefert sie eine Entscheidungsgrundlage für den Beitrag von Maßnahmen zur Einhaltung nationaler, internationaler und völkerrechtlicher Klima-, Energie- und Umweltziele.

Es gibt vier Eckpfeiler:

1. **Priorisierung:** Der erste Schritt ist, sicherzustellen, dass die jeweils gesetzten Umweltziele – etwa das Pariser Klimaabkommen oder nationale Zielsetzungen – in die strategischen Programme eines Landes oder Ministeriums einfließen.
2. **Mapping:** Die budgetären Maßnahmen werden systematischer erhoben und dargestellt: Welche budgetären Maßnahmen sind in Zusammenhang mit Klima- oder Umweltzielen identifiziert worden, und zwar sowohl positive als auch negative? Das wären zum Beispiel im Bereich des Klimaschutzes das Pendlerpauschale oder die Wirtschaftsförderungen zur Energietransformation. Das wird im Bund in der „Klima- und Umweltbeilage“ dargestellt.
3. **Tieferegehende Analysen:** Während das Mapping als „Landkarte“ nur eine grobe Orientierung liefert, braucht es eine nähere Betrachtung, wie einzelne Programme konkret wirken und welche Verteilungswirkungen diese haben. Solche Analysen erstellen die Rechnungshöfe, fiskalische Aufsichtsorgane wie der Fiskalrat, Forschungsinstitute, aber vor allem auch die zuständigen Ministerien oder sie beauftragen solche.
4. **Reporting:** Schließlich ist über die Zielerreichung und über die Implementierung des Klimabudgets zu berichten.

Diese Vorgehensweise gilt für Staaten genauso wie für kleinere Einheiten, z. B. Bundesländer?

Eines ist essenziell, gerade wenn wir von Klimawandelanpassung in den wichtigen Sektoren, etwa Infrastruktur oder Energie, reden: Es braucht eine Koordination über alle Gebietskörperschaften, relevante Landes- wie Bundesgesellschaften und den privaten Sektor hinweg. Green Budgeting kann nur in koordinierter Art und Weise effizient und effektiv erfolgen. Nur so können Doppelgleisigkeiten vermieden und das Budget bestmöglich eingesetzt werden.

Es gibt derzeit von der EU-Kommission und OECD eine Empfehlung für Green Budgeting, aber noch keine Verpflichtung dazu, richtig?

Das stimmt, eine konkrete Verpflichtung gibt es nicht. Aber natürlich gibt es die allgemeine Verpflichtung, die Treibhausgase (THG) zu senken. Wenn dieses Ziel verfehlt wird, drohen Strafzahlungen. Es ist jedenfalls notwendig, dies zu monitoren bzw. zu steuern.



➤ [Green Budgeting
Grundlagenpapier 2024](#)

Wie könnten Politikerinnen und Politiker aus Ihrer Sicht da vorausschauend gegensteuern?

Ein Klimaschutzgesetz etwa bietet jedenfalls strategische und instrumentelle Klarheit. Auch die Festlegung auf Sektorenziele (etwa für Verkehr oder Landwirtschaft) stärkt die Verbindlichkeit der Zielsetzungen und die Transparenz. Insgesamt ist es wichtig, dass Politikerinnen und Politiker sachgerechte Informationen über die finanziellen, über Klima- und Umweltwirkungen sowie über die Verteilungswirkungen erhalten, um Abwägungsentscheidungen treffen zu können.

Was sind schon jetzt angewendete Green-Budgeting-Methoden?

Green Budgeting ist wie ein Baukasten: Darin finden sich verschiedene Instrumente, die man einsetzen kann, zum Beispiel das „Tagging“, das einzelne Budgetposten nach bestimmten Kriterien klassifiziert. Oder die wirkungsorientierte Folgenabschätzung, die neue politische Maßnahmen auf ihre Wirkungen hin detailliert analysiert. Auch „Spending Reviews“ werden in Österreich eingesetzt, um etwa Förderungen im Umweltbereich zu identifizieren, die nicht die erwünschte Wirkung erzielen oder verhältnismäßig teuer zu alternativen Maßnahmen sind.

Welche konkreten Maßnahmen lassen sich daraus ableiten?

Man könnte sich etwa den Heizkesseltausch ansehen. Wieviel wurde ausgegeben, wer hat in welcher Höhe profitiert, und vor allem wie hat sich die Maßnahme auf die Klima- und Umweltziele ausgewirkt. Insbesondere wäre auch zu überlegen, ob nicht die Verpflichtung zum Heizkesseltausch – anstatt Förderungen aufzustocken – das Ziel erreichen hätte können, und vor allem kostengünstiger wäre. Aber auch Steuerausnahmen wie Pendlerpauschale und Dieselprivileg sollten auf den Prüfungsstand gestellt werden.

D. h., das ist die politische Dimension, dann zu entscheiden, welche Instrumente man wie einsetzt. Was sind aus Ihrer Sicht Vorteile von Green Budgeting für die Politik und in der Verwaltung?

Da gibt es mehrere:

→ Es schafft mehr Transparenz in Bezug auf die Zielerreichungen. Etwa im Klimabereich wird dann nicht nur klar: Was gibt das Bundesland für die THG-Reduktion aus?,



Best-Practice-Projekt auf nationaler Ebene

Green Finance Alliance

Die Green Finance Alliance ist die Initiative des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft für zukunftsorientierte Finanzunternehmen. Als Mitglied der Green Finance Alliance verpflichten sich ambitionierte Unternehmen aus dem heimischen Finanzsektor freiwillig dazu, ihre Portfolios für das Investment- und Kreditgeschäft sowie im Versicherungsbereich für die unterschriebenen Aktivitäten mit Unternehmen schrittweise klimaneutral zu gestalten.

Ziel der Green Finance Alliance ist, dass ihre Aktivitäten in eine zukunftsfähige Richtung gelenkt werden. Sie definiert fünf Zieldimensionen für das Kerngeschäft der Mitglieder:

- Portfolios werden am 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens ausgerichtet
- Treibhausgas-neutrale Portfolios 2050: Kontinuierliche Reduktion der über die Portfolios verantworteten Treibhausgas-Emissionen
- Grüne Aktivitäten im Kerngeschäft werden ausgeweitet
- Klimarisiken werden gemanagt und Resilienz gefördert
- Klima-Governance und Mainstreaming wird forciert

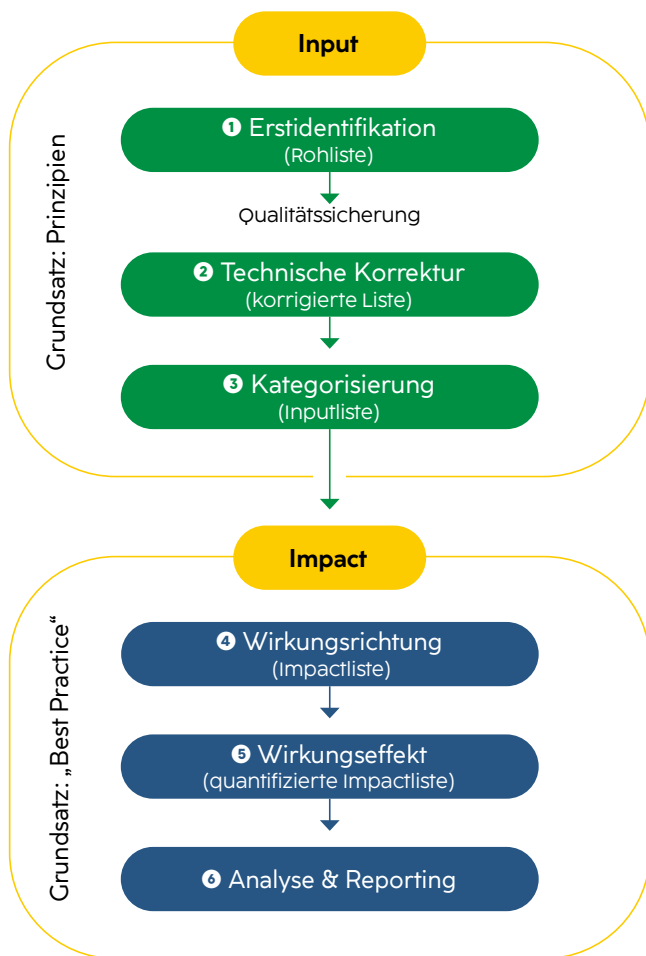
Die Mitgliedschaft in der Green Finance Alliance bietet die Chance, zu den Vorreitern zu zählen. Mit dem ambitionierten Kriterienkatalog erhalten die Mitglieder einen Wegweiser, der sie Schritt für Schritt auf ihrem Zielpfad begleitet. Dadurch trägt die Green Finance Alliance dazu bei, dass Österreich und die EU die vereinbarten Klimaziele erreichen.



➤ [Green Finance Alliance](#)

Green Budgeting Methode des Bundes

Quelle: Bundesministerium Finanzen (BMF)



sondern auch: Was investiert das Land, um die einhergehenden Herausforderungen – Dürre-, Überschwemmungs-, Katastrophenschutz – anzupacken?

- Durch die Transparenz können z. B. Rechnungshöfe die Informationen entsprechend prüfen – und Abgeordnete, wenn sie Prüfberichte bekommen, sie besser nachvollziehen.
- Damit lässt sich die Debatte, welche Auswirkungen, welchen Hebel eine Maßnahme hat, viel sinnvoller führen: weil sie auf Analysen und Erhebungen basiert („evidenzbasierte Politikgestaltung“). Wenn ich meine Maßnahmen systematisch dargelegt habe, können etwa Abgeordnete konkret fragen: Ist das eine geeignete Maßnahme – und ist sie kosteneffektiv?

Oder: Sollte man Gelder vielleicht aus gewissen Bereichen abziehen, wo sie ohnehin nicht viel bringen?

Genau, Green Budgeting folgt dem Prinzip: Value for money. Manchmal hat man im Design eine Idee, die sich nicht zielführend verwirklichen lässt. Dann ist es gut, diese evidenzbasiert auch wieder beenden zu können.

Steigert ein Staat oder Bundesland eigentlich auch seinen eigenen Wert, wenn man in klima- und umweltrelevante Maßnahmen investiert?

Durchaus. Klimarisiken sind eine makrorelevante Größe. Insofern schauen auch Ratingagenturen, wie damit umgegangen wird. Oder auch: Wie hoch ist die Wahrscheinlichkeit für Strafzahlungen, sollten die Klimaziele nicht erreicht werden? Ratings haben Einfluss auf Kreditkonditionen – und je besser die Konditionen, desto weniger Zinsen sind zu zahlen und desto höher ist der fiskalische Spielraum.

Welche Bedeutung haben nachhaltige Anleihen, sogenannte Green Bonds, aus Ihrer Sicht – also aus der Perspektive der wirkungsorientierten Verwaltung? Das Land Niederösterreich hat eine solche Anfang 2025 erstmals ausgegeben.

Green Bonds sind ein weiteres zentrales Instrument zur Finanzierung der Klimawende und wird auch immer stärker bei Anlegern nachgefragt. Da es sich um eine Finanzierung von speziellen Umweltprojekten handelt, wie etwa öffentlicher Verkehr oder nachhaltige Energien, ist der Gedanke der Wirkungsorien-

Das Österreichische Umweltzeichen für nachhaltige Finanzprodukte

... gilt seit 2004 als Standard für nachhaltige Finanzprodukte in Österreich – und wird laufend fortgeschrieben und aktualisiert. Es bietet Orientierung für (nachhaltige) Investoren und Investorinnen. 2025 sind schon mehr als 380 Finanzprodukte mit dem Umweltzeichen zertifiziert, darunter auch fondsgebundene Lebensversicherungen, bei denen die eingezahlten Prämien in nachhaltige bzw. grüne Investmentfonds veranlagt werden.



➤ Österreichische Umweltzeichen für nachhaltige Finanzprodukte

tierung einer solchen Finanzierung immanent. Vor allem muss auch konkret nachgewiesen werden, wofür die Mittel für Green Bonds verwendet wurden.

Was ist Ihre Prognose, wie es mit Green Budgeting angesichts einer geopolitischen Lage, die derzeit mehr an Aufrüstung denkt als an Nachhaltigkeit, weitergeht?

Wenn man gesamtgesellschaftliche Entwicklungen betrachtet, hat der Klimaschutz im Vergleich zu vor 4–6 Jahren jetzt eine andere Bedeutung. Es wird also nicht zu einer totalen Umkehr kommen. China etwa hat deutliche Schritte in Richtung Klimaneutralität eingeschlagen. Aber natürlich: Wenn man aufrüstet und die Haushalte ohnehin unter Druck sind, sind Prioritäten zu setzen. Und gerade dann sollte auch mit Steuergeldern effizienter umgegangen werden – wie es etwa die starke Wirkungsorientierung von Green Budgeting vorsieht. Es muss nicht unbedingt zu einer Aufhebung oder Lockerung der Ziele kommen; es könnte sich einfach der Maßnahmenmix verändern. Aber natürlich ist auch nicht auszuschließen, dass an den Schraubchen der Ziele gedreht wird.



Best-Practice-Projekt auf internationaler Ebene

OECD Paris Collaborative on Green Budgeting und nationale Klimapläne

Die OECD Paris Collaborative on Green Budgeting wurde am 12. Dezember 2017 auf dem One Planet Summit in Paris ins Leben gerufen. Ziel ist die Entwicklung neuer, innovativer Instrumente zur Bewertung und Förderung von Verbesserungen bei der Abstimmung nationaler Ausgaben- und Einnahmeprozesse mit Klima- und anderen Umweltzielen. Dies entspricht dem SDG-Ziel: Ausrichtung nationaler politischer Rahmenbedingungen und Finanzströme auf einem Weg hin zu niedrigen Treibhausgasemissionen und einer ökologisch nachhaltigen Entwicklung.

Erweiterte national festgelegte Klimapläne (NDCs) liefern dazu überzeugende Argumente für Wirtschaftswachstum, Entwicklung und Klimaschutz. Durch die Stärkung ihrer Klimaverpflichtungen können Länder nachhaltiges Wachstum fördern, Arbeitsplätze schaffen, ihre Widerstandsfähigkeit gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels stärken und gleichzeitig den sozialen Fortschritt vorantreiben.

Ein OECD-UNDP-Bericht liefert neue Belege dafür, dass beschleunigte Klimaschutzmaßnahmen wirtschaftlich sinnvoll sind – sie fördern Wachstum, erschließen Entwicklungsdividenden und verhindern Verluste durch Klimakatastrophen. Erweiterte NDCs würden ein globales BIP-Wachstum von 60 % bis 2040 gegenüber 2022 sicherstellen und das globale BIP im Vergleich zur aktuellen Politik um weitere 0,2 % steigern. Verringerung von Risiken können das globale BIP bis 2050 um bis zu 3 % und bis 2100 um bis zu 13 % steigern.



Paris
Collaborative
on Green
Budgeting



Investing in
Climate for
Growth and
Development

Das erste Bundesland mit nachhaltiger Anleihe

Niederösterreich gab Anfang 2025 eine Anleihe aus, die ökologische und soziale Kriterien berücksichtigt. Es übernimmt damit eine Vorreiterrolle in der nachhaltigen Finanzierung.

Zum Hintergrund: Im Dezember 2019 stellte die Europäische Kommission den „European Green Deal“ vor, der das Ziel verfolgt, Europa bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen. Darin heißt es unter anderem: „Langfristige Signale sind erforderlich, um Finanz- und Kapitalströme auf grüne Investitionen zu lenken und verlorene Vermögenswerte zu vermeiden.“

Bausteine dieser Umlenkung von Finanz- und Kapitalströmen auf grüne Investitionen sind zum Beispiel:

- Richtlinie 2014/95/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom Oktober 2014 zur Änderung der Richtlinie 2013/34/EU im Hinblick auf die Angabe nichtfinanzieller und die Diversität betreffender Informationen durch bestimmte große Unternehmen und Gruppen. Diese Richtlinie verpflichtet Unternehmen zur Veröffentlichung von Informationen zur Nachhaltigkeit ihrer Geschäftstätigkeit.
- Verordnung 2019/2088 des Europäischen Parlaments und des Rates vom November 2019 über nachhaltigkeitsbezogene Offenlegungspflichten im Finanzdienstleistungssektor („Offenlegungsverordnung“). Durch diese Offenlegungsverordnung werden gemäß deren Artikel 1 „harmonisierte Vor-

schriften für Finanzmarktteilnehmer und Finanzberater über Transparenz bei der Einbeziehung von Nachhaltigkeitsrisiken und der Berücksichtigung nachteiliger Nachhaltigkeitsauswirkungen in ihren Prozessen und bei der Bereitstellung von Informationen über die Nachhaltigkeit von Finanzprodukten festgelegt“.

- Verordnung 2020/852 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2020 über die Einrichtung eines Rahmens zur Erleichterung nachhaltiger Investitionen und zur Änderung der Verordnung (EU) 2019/2088 („Taxonomieverordnung“). Die Taxonomieverordnung enthält gemäß ihrem Artikel 1 Absatz 1 „die Kriterien zur Bestimmung, ob eine Wirtschaftstätigkeit als ökologisch nachhaltig einzustufen ist, um damit den Grad der ökologischen Nachhaltigkeit einer Investition ermitteln zu können“. Siehe dazu:
- Delegierte Verordnung 2021/2139 der Kommission vom Juni 2021 zur Ergänzung der Verordnung 2020/852 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung der technischen Bewertungskriterien, anhand derer bestimmt wird, unter welchen Bedingungen davon auszugehen ist, dass eine Wirtschaftstätigkeit einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz oder zur

Georg Bartmann (re.)
ist Leiter der Gruppe
Finanzen und der
Abteilung Finanzen des
Amtes der NÖ Landes-
regierung. Gemeinsam
mit **Franz Öllerer (li.)**
aus seinem Team setzte
er die Emission der
nachhaltigen Anleihe
um.

—
Das Foto der beiden
entstand vor ihrem
Arbeitsplatz, dem
Landhaus.



Anpassung an den Klimawandel leistet, und anhand derer auch bestimmt wird, ob diese Wirtschaftstätigkeit erhebliche Beeinträchtigungen eines der übrigen Umweltziele vermeidet.

Insbesondere die Offenlegungsverordnung führte zu einer gesteigerten Nachfrage institutioneller Investoren nach umweltfreundlichen („grünen“), sozialen sowie nachhaltigen Finanzierungen.

Was sind nachhaltige Anleihen?

Nachhaltige Anleihen sind Anleihen, deren Emissionserlös für Investitionen oder Förderungen in den Bereichen

- Environment/Umwelt
- Social/Soziales
- Governance/Unternehmens- bzw. Regierungsführung verwendet wird.

Der Emittent verpflichtet sich, den Emissionserlös der nachhaltigen Anleihe ausschließlich für geeignete grüne oder soziale Projekte zu verwenden. Die ausgewählten grünen und sozialen Projekte sollen einen klaren ökologischen und sozialen Nutzen bieten. Entscheidend ist ein messbarer Beitrag zu grünen oder sozialen Zielen im Sinne der von der UNO im Jahr 2015 festgelegten Ziele für nachhaltige Entwicklung, die so genannten „Sustainable Development Goals“, kurz auch SDG.

Was ist Niederösterreichs Zielsetzung?

Die Abteilung Finanzen des Amtes der NÖ Landesregierung begann Anfang des Jahres 2021, sich mit nachhaltigen Finanzierungen zu beschäftigen. Dabei wurden Informationen gesammelt, der Markt verfolgt und informelle Gespräche mit mehreren Banken geführt.

Zu Beginn des Jahres 2024 fiel schließlich die Entscheidung, mit einer nachhaltigen Anleihe an den Kapitalmarkt heranzutreten. Die wesentlichen Gründe dafür waren:

- Auftritt des Landes Niederösterreich im Kapitalmarktsegment der nachhaltigen Finanzierungen;
- Nutzen der Nachfrage nach nachhaltigen

- Finanzierungen in einem noch relativ engen Kapitalmarktsegment;
- Verbreiterung der Investorenbasis;
- Reputationsgewinn des Landes Niederösterreich.

Der in der Anfangsphase nachhaltiger Finanzierungen damit verbundene Konditionenvorteil („Greenium“) ist mittlerweile kaum mehr merkbar und war daher kein ausschlaggebendes Argument für die Entscheidung zur Begebung („Emission“) einer nachhaltigen Anleihe.

Welche Nachhaltigkeitsaktivitäten des Landes Niederösterreich gibt es?

Das Land Niederösterreich setzt bereits seit etlichen Jahren vielfältige Initiativen im Bereich der Nachhaltigkeit, wovon hier nur einige genannt werden sollen:

- NÖ Klima- & Energiefahrplan 2020 bis 2030
- NÖ Klima- und Energieprogramm 2021 bis 2025
- NÖ Fahrplan nachhaltige öffentliche Beschaffung 2015 und 2022
- Pflichtenheft „Energieeffizienz und Nachhaltigkeit 4.0“ für niederösterreichische Landesgebäude 2022

Darüber hinaus ist das Land Niederösterreich maßgeblich im Bereich der Versorgung seiner Bevölkerung mit sozialen Förderungen und Dienstleistungen tätig, wie u. a. den NÖ Sozialberichten entnommen werden kann. Die vorgesehene nachhaltige Finanzierung stellt daher quasi nur den „Schlussstein“ einer großen Anzahl langjähriger Nachhaltigkeitsaktivitäten des Landes Niederösterreich dar.

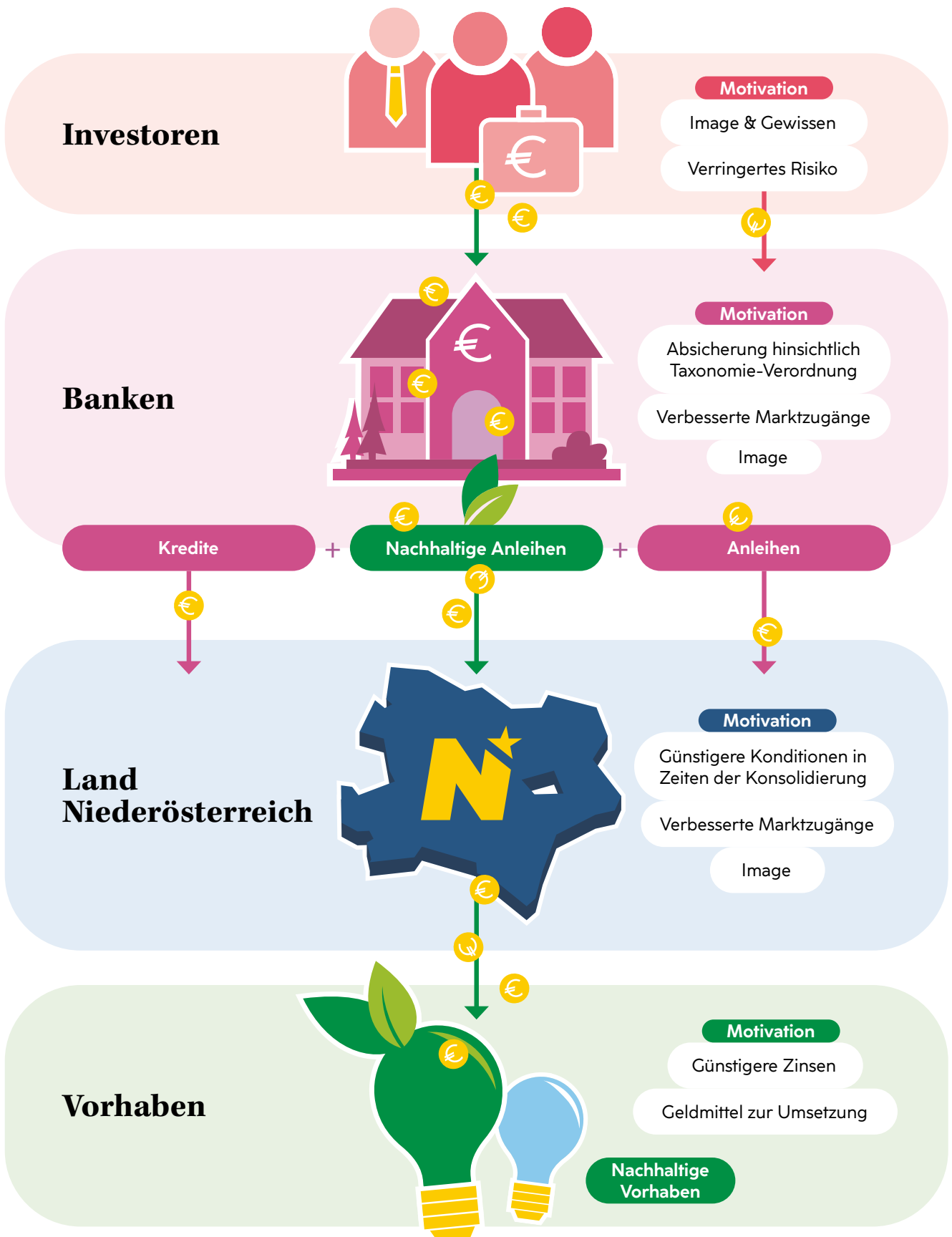
Welche Vorgaben sind zu beachten?

Um dem Verdacht einer „Grünfärberei“ („Greenwashing“) zu entgehen, sollte die nachhaltige Finanzierung des Landes Niederösterreich den maßgeblichen, international etablierten Vorgaben für nachhaltige Finanzierungen entsprechen:

- Green Bond Principles der International Capital Market Association (ICMA)

„Man verpflichtet sich, den Erlös der nachhaltigen Anleihe ausschließlich für geeignete grüne oder soziale Projekte zu verwenden.“

Nachhaltige Finanzierung in Niederösterreich



Verfahren zur Bewertung und Auswahl von Ausgaben

Quelle: Land NÖ

Das Rahmenwerk folgt den Green Bond Principles (GBP), den Social Bond Principles (SBP) und den Sustainability Bond Guidelines (SBG) der International Capital Market Association (ICMA) sowie den Green Loan Principles (GLP) und Social Loan Principles (SLP) der Loan Market Association (LMA)

1 Vorabprüfung (Screening)

Die Ermittlung potenziell förderfähiger Ausgaben

2 Evaluierung und Auswahl

Projektvorauswahl und -dokumentation



Sustainable Finance Board

3 Bewertung und Empfehlung

Projektbewertung durch den Sustainable Finance Board („SFB“), Empfehlungen an die Projektverantwortlichen

4 Monitoring und Berichte

Dokumentation des Bewertungs- und Zuteilungsprozesses sowie externer Wirkungsbericht und Abnahme durch SFB

5 Externe Prüfung

Second Party Opinion (SPO) Provider

- Social Bond Principles der International Capital Market Association (ICMA)
- Sustainability Bond Guidelines der International Capital Market Association (ICMA)
- Green Loan Principles der Loan Market Association (LMA)
- Social Loan Principles der Loan Market Association (LMA)

Die Einhaltung dieser Richtlinien bei der Erstellung des Rahmenwerks für nachhaltige Finanzierungen sollte zudem durch einen externen Prüfer geprüft und bestätigt werden.

Wie geht eine Anleiheemission vor sich?

Bankenauswahl

In Vorbereitung auf die Emission einer nachhaltigen Anleihe wurde von der Abteilung Finanzen im Februar 2024 ein Anleihekonsortium, bestehend aus der Deutsche Bank AG und der Raiffeisen Bank International AG, gebildet. Diese hatten sich in den Vorgesprächen mit mehreren Banken über nachhaltige Finanzierungen als die am besten geeigneten Partner erwiesen. Später wurde auch die HYPO NOE Landesbank für Niederösterreich und Wien AG in das Anleihekonsortium aufgenommen.

Rahmenwerk für nachhaltige Finanzierungen

Grundlage der Emission einer nachhaltigen Anleihe ist ein Rahmenwerk für nachhaltige Finanzierungen (Sustainable Finance Framework).

Darin wird festgelegt, für welche Art von Ausgaben des Landes Niederösterreich der Emissionserlös – das sind die Einnahmen aus der Begebung der Anleihe – grundsätzlich verwendet werden darf. Dies ermöglicht den Investoren die Entscheidung, ob der Erwerb („Zeichnung“) der Anleihe ihren Anforderungen an eine nachhaltige Finanzierung entspricht oder nicht.

Dieses Rahmenwerk wurde von der Deutsche Bank AG und der Raiffeisen Bank International AG unter Abstützung auf Daten erstellt, die vom Land Niederösterreich beigebracht werden mussten.

Datenerhebung

Somit galt es, diejenigen Ausgaben des Landes zu identifizieren, denen der Erlös der Emission der nachhaltigen Anleihe zugeordnet werden kann. Da dabei von den Investoren

auch bis zu zwei Jahre zurückliegende Ausgaben akzeptiert werden, waren die Ausgaben in den Jahren 2022 bis 2024 zu erheben.

Dazu durchforsteten die Banken die Rechnungsabschlüsse 2022 und 2023 sowie den Voranschlag 2024 des Landes Niederösterreich, um eine gewisse Vorauswahl zu treffen und so den Erhebungsaufwand möglichst gering zu halten.

Anhand des Ergebnisses dieses Arbeitsschritts wurden diejenigen Abteilungen identifiziert, die entsprechende Ausgaben tätigen. Diese wurden von der Abteilung Finanzen im März 2024 zu Informationsveranstaltungen eingeladen, in denen die Grundzüge nachhaltiger Finanzierungen vorgestellt und sie um Mitwirkung bei der Erhebung der dafür erforderlichen Daten ersucht wurden. Im April 2024 fand zudem eine Videokonferenz statt, bei der die Banken vertieft darüber informierten, was nachhaltige Finanzierungen sind, wie die damit verbundenen Prozesse aussehen und welche Informationen für die Erstellung des Rahmenwerks benötigt werden.

Erste Daten lagen bereits im Mai 2024 vor, diese mussten aber in mehreren Schleifen immer weiter detailliert und präzisiert werden, sodass das endgültige Ergebnis erst im September 2024 feststand.

An dieser Stelle sei den involvierten Kolleginnen und Kollegen für ihre Kooperationsbereitschaft, die mühsame Erhebungsarbeit, die neben dem Tagesgeschäft zu erledigen war, und ihre Geduld mit den Mitarbeitenden der Abteilung Finanzen herzlich gedankt.

Externer Prüfer

Es ist zwar nicht zwingend erforderlich, entspricht jedoch der bestmöglichen Vorgangsweise, den Entwurf des Rahmenwerks für nachhaltige Finanzierungen von einem externen Prüfer („Second Party Opinion Provider“) begutachten zu lassen, der dessen Übereinstimmung mit den maßgeblichen Vorgaben überprüft.

Dazu wurde – nach Durchführung einer Vorauswahl in Abstimmung zwischen den Banken und der Abteilung Finanzen – eine Ausschreibung durchgeführt, bei der vier renommierte Institute zur Angebotslegung eingeladen wurden. Die Angebote wurden von den Banken zusammengefasst und mit der Abteilung Finanzen erörtert.

Aufgrund dessen entschied die Abteilung Finanzen, die ISS Corporate Solutions, Inc.,

Verwendung der Emissionserlöse

–

Die ICMA-Standards definieren acht grüne und sechs soziale Kategorien für die Mittelverwendung nachhaltiger Finanzierungen, die eine klare Struktur für umwelt- und sozialverträgliche Investitionen schaffen. Dabei müssen geeignete Ausgaben maximal zwei Haushaltsjahre zurückliegen, um als förderfähig zu gelten.



Grüne Kategorien (ICMA)	UN Ziele (SDG)	EU Umweltziel
Grüne Gebäude	7, 11, 13	Klimaschutz
Erneuerbare Energien	7, 13	Klimaschutz
Energieeffizienz	7, 13	Klimaschutz
Sauberer Transport	3, 7, 13	Klimaschutz
Biodiversität & natürliche Ressourcen	14, 15	Klimaschutz, Schutz von Ökosystemen & Biodiversität
Nachhaltiges Wasser- und Abwassermanagement	6, 13	Klimaschutz, Nachhaltige Nutzung von Wasserressourcen
Anpassung an den Klimawandel	13	Anpassung an den Klimawandel
Vermeidung von Verschmutzung	12	Vermeidung von Umweltverschmutzung



Soziale Kategorien (ICMA)	UN Ziele (SDG)	Zielbevölkerung
Zugang zu Grundversorgung (Gesundheitswesen)	3, 10	Generelle Bevölkerung, Kinder, Menschen mit Behinderung, pflegebedürftige und ältere Menschen
Zugang zu Grundversorgung (Bildung)	4, 10	Kinder, Schülerinnen und Schüler, Studierende, Menschen mit Behinderung, arbeitslose und ältere Menschen
Bezahlbarer Wohnraum	10, 11	Bevölkerung mit geringem und mittlerem Einkommen, Menschen mit Behinderung, ältere und junge Menschen
Soziale Inklusion	3, 4, 10	Einkommensschwache Bevölkerung, obdachlose, ältere & junge Menschen, Menschen mit Behinderung, Kinder, schutzsuchende Menschen, Opfer von Geschlechtergewalt, Minderheiten
Bezahlbare Basisinfrastruktur	10, 11	Generelle Bevölkerung, Bevölkerung in den für Regionalbeihilfen in Betracht kommenden Gebieten
Schaffung und Bindung von Arbeitsplätzen	4, 10	Klein- und mittelständische Unternehmen, arbeitslose Menschen, Menschen mit Behinderung, ältere & junge Menschen



„Als Zentralinstitut der Raiffeisen Bankengruppe, war es uns eine Ehre, dass wir bei der Strukturierung der nachhaltigen Anleihe des Landes Niederösterreich unsere langjährige Erfahrung einbringen durften. Niederösterreich übernimmt damit nicht nur eine Vorreiterrolle im Bereich nachhaltiger Finanzierungen, sondern demonstriert auch sein klares Engagement für ökologische und soziale Verantwortung, beispielsweise durch die Verbesserung des regionalen Verkehrsangebots oder die Unterstützung von Gesundheitseinrichtungen. Als Niederösterreicher bin ich besonders stolz, aktiv zur nachhaltigen Entwicklung unserer Region beizutragen und unsere Expertise in zukunftsorientierte Finanzierungsprojekte einzubringen.“

Markus Ecker

Head of Sustainable Finance,
Raiffeisen Bank International



„Die Kapitalmärkte spielen eine zentrale Rolle bei der Finanzierung des nachhaltigen Wandels unserer Gesellschaft. Mit dieser Emission von Sustainable Bonds integriert das Land Niederösterreich seine Nachhaltigkeitsstrategie in die Refinanzierung. Als erste Anleihe im nachhaltigen Format eines österreichischen Bundeslandes dient sie auch der weiteren Stärkung und Diversifizierung des europäischen Marktes für nachhaltige Finanzierungen.“

Boris Kopp

Head of Capital & ESG Solutions EMEA

als externen Prüfer zu beauftragen, wofür vor allem deren große Expertise mit Emittenten der öffentlichen Hand und die Bereitschaft zur Einhaltung eines straffen Zeitplans ausschlaggebend waren.

Die Abstimmung des Entwurfs des Rahmenwerks für nachhaltige Finanzierungen mit dem externen Prüfer dauerte von Juli 2024 bis Oktober 2024. Dabei wurde der Entwurf des Rahmenwerks für nachhaltige Finanzierungen in mehreren Schleifen vom externen Prüfer kommentiert und von den Banken in Abstimmung mit der Abteilung Finanzen nachjustiert, adaptiert und präzisiert. Abschließend erstellte der externe Prüfer einen Bericht über seine Prüfung, der dem Land Niederösterreich bescheinigte, dass alle für die Verwendung des Erlöses der Emission der nachhaltigen Anleihe vorgesehenen Ausgaben den maßgeblichen Richtlinien entsprechen.

Beirat für nachhaltige Finanzierungen

Der Prozess der Emission einer nachhaltigen Anleihe sieht schließlich vor, dass die auf Grundlage des Rahmenwerks für die Verwendung des Erlöses der Emission der nachhaltigen Anleihe ausgewählten konkreten Ausgaben von einem Beirat für nachhaltige Finanzierungen („Sustainable Finance Board“) begutachtet und freigegeben werden.

In den Gesprächen mit den anderen Abteilungen des Amtes der NÖ Landesregierung im Zuge der Datenerhebung wies die Abteilung Umwelt- und Energiewirtschaft die Abteilung Finanzen auf den Sustainable Development Goals-Beirat (SDG-Beirat) des Landes hin. Dieser besteht aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von für die nachhaltige Entwicklung Niederösterreichs maßgeblichen Abteilungen des Amtes der NÖ Landesregierung und Tochtergesellschaften des Landes.

Die Abteilung Finanzen war angesichts eines äußerst straffen Zeitplans an einer Zusammenarbeit mit dem SDG-Beirat sehr interessiert, weil dadurch der mit der Auswahl der Mitglieder und der Konstituierung des Beirats für nachhaltige Finanzierungen verbundene große Aufwand entfallen konnte.

In seiner Sitzung am 28. Mai 2024 wurde der SDG-Beirat daher über nachhaltige Finanzierungen und die Rolle des Beirats für nachhaltige Finanzierungen im Prozess der Emission nachhaltiger Anleihen informiert und gefragt, ob er sich vorstellen könne, auch als Beirat für nachhaltige Finanzierungen zu fungieren.

Nach einer engagierten Diskussion stimmte der SDG-Beirat schließlich der Übernahme dieser neuen Aufgabe zu.

Dementsprechend wurden dem Beirat für nachhaltige Finanzierungen in seiner Sitzung im Oktober 2024 siebenundzwanzig Ausgabenbereiche („Projekte“) vorgestellt, die für die Zuteilung („Allokation“) des Erlöses aus der Emission einer nachhaltigen Anleihe in Frage kamen. Der Beirat nahm sich ausführlich Zeit für die Begutachtung und Bewertung der Projekte, die schließlich jeweils nach einem Ampelsystem bewertet wurden. Zwar gab es zu etlichen davon Anmerkungen und Verbesserungsvorschläge, schließlich musste jedoch keines von der Zuteilung des Emissionserlöses ausgeschlossen werden.

An dieser Stelle darf den Moderatoren der Sitzung, Herrn Dr. Kurt Schauer und Herrn DI Thomas Steiner, für die Aufbereitung der Unterlagen sowie den Mitgliedern des SDG-Beirats in ihrer Funktion als Beirat für nachhaltige Finanzierungen für die tiefgehende, engagierte und kritische Diskussion gedankt werden.

Investorenpräsentation

Im Rahmen der Vermarktung der Anleihe im Vorfeld der Emission wurde zuletzt noch eine Investorenpräsentation erstellt, in der Informationen über das Land Niederösterreich komprimiert dargelegt wurden.

Emission

In der Sitzung des Asset-Liability-Management-Ausschusses, eines mit externen Fachleuten besetzten Beratungsgremiums der Abteilung Finanzen, wurde im September 2024 für die nachhaltige Anleihe eine Laufzeit von zwölf Jahren und ein Emissionsvolumen von 500 Mio. Euro („Benchmark Size“) empfohlen.

Um anderen hinsichtlich Laufzeit, Kondition sowie Art und Bonität des Emittenten vergleichbaren Emissionsvorhaben aus dem Weg zu gehen, wurde daraufhin von der Abteilung Finanzen und dem für die Emission zuständigen Konsortium, bestehend aus Deutsche Bank AG, Raiffeisen Bank Inter-

national AG und HYPO NOE Landesbank für Niederösterreich und Wien AG, entschieden, die Emission der Anleihe am 30. Oktober 2024 zu finalisieren. Das Orderbuch wurde um 9 Uhr geöffnet, der Orderbuchaufbau verlief anfangs etwas langsam, nahm später aber Fahrt auf, sodass die Aufträge („Orders“) der Investoren um 10.30 Uhr das Doppelte des Anleihenominales erreichten. Als die Aufträge um 11.30 Uhr rund 1.200 Mio. Euro umfassten, wurde der ursprünglich vorgesehene Aufschlag auf den Midswap von 70,0 bp auf 65,0 bp zurückgenommen und die Schließung des Orderbuchs um 12.00 Uhr angekündigt. Bei Schließung des

Orderbuchs umfassten die Aufträge rund 1.600 Mio. Euro, womit die Anleihe dreifach überzeichnet war.

Schließlich erfolgte auf Grundlage eines Vorschlags des Anleihekonsortiums die Auftragsallokation, also die Zuteilung des Anleihenominales auf die einzelnen Investoren, die Aufträge erteilt hatten.

Abschließend wurden auf Grundlage der im Zuge des Orderbuchaufbaus festgelegten Rendite (Effektivverzinsung) die konkreten Anleihekonditionen bestimmt.

Die schließlich im Vienna ESG Segment des Amtlichen Handels der Wiener Börse notierte Inhaberschuldverschreibung mit der ISIN AT0000A3EK38 hat ein Nominale in Höhe von 500 Mio. Euro, eine Laufzeit vom 30. Oktober 2024 bis zum 30. Oktober 2036 und eine Verzinsung im Ausmaß von 3,125 %.

Der Anleihe wurde von Moody's Investors Service am 4. November 2024 die Bewertung Aa1 zuerkannt.

Berichterstattung

Die Emission einer nachhaltigen Anleihe endet jedoch nicht mit ihrer Begebung. Vielmehr ist den Investoren darüber Rechenschaft abzulegen, wofür die von ihnen dem Land Niederösterreich zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel tatsächlich verwendet wurden.

Dies erfolgt in Form von Berichten, die jährlich so lange zu erstellen und zu publizieren sind, bis der gesamte Emissionserlös widmungsgemäß verwendet wurde.

Beim Verfassen dieser Berichte wird die Abteilung Finanzen wieder von der Deutsche

„Im Oktober 2024 bestätigte der SDG-Beirat 27 Projekte: Sie alle kamen für die Zuteilung des Emissionserlöses aus der nachhaltigen Anleihe in Frage.“

Bank AG und der Raiffeisen Bank International AG unterstützt.

Register nachhaltiger Finanzierungen

Zunächst ist ein Register nachhaltiger Finanzierungen („Sustainable Finance Registry“) zu erstellen, in dem auf Grundlage der im Zuge der Anleiheemission erhobenen Daten festgehalten wird, für welche dem Rahmenwerk für nachhaltige Finanzierungen entsprechende Ausgabenbereiche der Emissionserlös konkret verwendet wurde.

Die Erstellung dieses Registers erfolgte wiederum in Zusammenarbeit mit den fachlich zuständigen Abteilungen des Amtes der NÖ Landesregierung und ist bereits abgeschlossen.

Feststellung der Wirkungen

Nach Durchführung eines nicht offenen Verfahrens ohne vorherige Bekanntmachung wurde das Institut für Industrielle Ökologie mit der fachlichen Unterstützung des Landes Niederösterreich bei der Erstellung des Allokations- und Wirkungsberichts beauftragt.

Das Institut für Industrielle Ökologie ist derzeit dabei, in Zusammenarbeit mit denjenigen Abteilungen des Amtes der NÖ Landesregierung die Wirkungen ihrer Ausgaben zu erheben, für die der Emissionserlös letztlich verwendet wurde.

Im Bereich grüner Ausgaben werden sich diese Wirkungen größtenteils genauer quantifizieren lassen, im Bereich sozialer Ausgaben wird die Berichterstattung über die Wirkungen eher qualitativ erfolgen.

Allokations- und Wirkungsbericht

Abschließend ist ein Allokations- und Wirkungsbericht („Allocation and Impact Report“) zu erstellen, in dem den Investoren bekanntgegeben wird, wofür der Erlös aus der Emission der Inhaberschuldverschreibung verwendet wurde (Allokationsbericht) und welche aus Nachhaltigkeitssicht positiven Auswirkungen dadurch ausgelöst wurden (Wirkungsbericht).

Dieser Bericht wird vom externen Prüfer, der auch das Rahmenwerk für nachhaltige Finanzierungen begutachtet hat, geprüft und danach dem Beirat für nachhaltige Finanzierungen zur Diskussion und Abnahme vorge-

„So mühsam der Prozess auch gewesen sein mag: Er hat gezeigt, wie weit Niederösterreich auf dem Weg der Nachhaltigkeit bereits fortgeschritten ist.“

legt werden. Abschließend wird er auf dem Internetportal des Landes Niederösterreich publiziert und so der Öffentlichkeit und insbesondere den Investoren zur Verfügung gestellt werden.

Zum Schluss

Die Emission einer nachhaltigen Anleihe ist ein aufwendiges Unterfangen, in das Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einer Vielzahl an Abteilungen des Amtes der NÖ Landesregierung und externer Stellen involviert sind.

Der gesamte Prozess von der Datenerhebung bis zur Berichterstattung, so mühsam er für alle Beteiligten auch gewesen sein mag, hat aber gezeigt, wie weit das Land Niederösterreich auf dem Weg der Nachhaltigkeit bereits fortgeschritten ist.

All die bereits vorhandenen Mosaiksteine haben sich zu einem beachtlichen Gesamtbild der Nachhaltigkeitsstrategie Niederösterreichs gerundet, zu dem die Abteilung Finanzen mit einer nachhaltigen Anleihe nunmehr auch einen Teil beitragen kann.

Weiterführende Informationen



- [Sustainable Finance Framework
Federal State of Lower Austria
October 2024](#)



- [Second Party Opinion \(SPO\)
Sustainability Quality of the Issuer and
Sustainable Finance Framework](#)



- [Dynamisches Bundesland
Niederösterreich:
Investorenpräsentation](#)

NÖ Klima- und Energiefahrplan 2020 bis 2030 – Update 2025

Unsere Energieversorgung ist aufgrund der Energiekrise und neuer Zielsetzungen im Energie- und Klimabereich im Umbruch. Gleichzeitig entdecken immer mehr Menschen die Möglichkeiten der Eigenversorgung durch Sonnenkraft. Deshalb hat der NÖ Landtag 2025 ein Update zum NÖ Klima- und Energiefahrplan 2020 bis 2030 beschlossen. Mit mehr heimischer Erzeugung und mehr Unabhängigkeit von Energieimporten bleibt Niederösterreich Vorreiter bei der erneuerbaren Energieproduktion und nimmt seine Verantwortung für Gesellschaft und Wirtschaft wahr.

Als Update zur ursprünglichen Beschlussfassung im Jahr 2019 wurden die damaligen Photovoltaik-Ziele von 2.000 Gigawattstunden auf nun 4.500 GWh und die Windkraft-Ziele von 7.000 GWh auf 8.000 GWh bis 2030 erhöht. Zum Vergleich: Im Jahr 2024 produzierten die niederösterreichischen PV-Anlagen etwa 2.900 GWh und die blau-gelben Windräder etwa 5.100 GWh.

Die größten Leistungszuwächse werden in Zukunft vor allem bei PV-Anlagen auf Dächern, Hallen und Parkplätzen erwartet. Bei der Windkraft liegt viel zusätzliches Energiepotenzial im Repowering, also der Modernisierung bestehender Anlagen. Voraussetzung dafür ist eine kosteneffiziente Strominfrastruktur unter Berücksichtigung von Speichermöglichkeiten im Einklang mit dem Naturschutz.

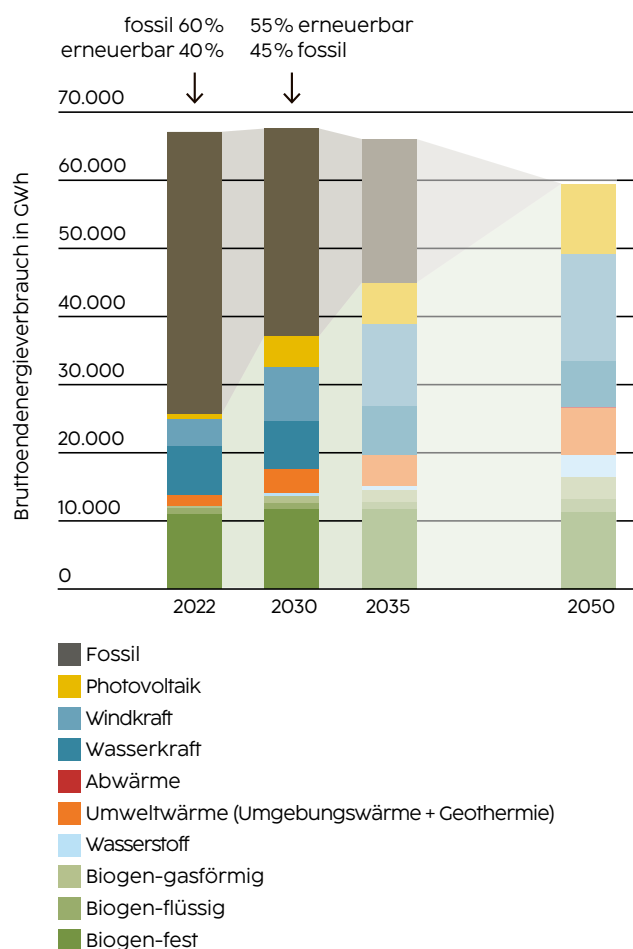
Durch einen breiten Energiemix mit innovativen Energieträgern wie Geothermie und Wasserstoff sowie dem sukzessiven Ersatz von fossilen Energien im Raumwärme- und Mobilitätsbereich wird Niederösterreich einen bedeutenden Beitrag zum österreichischen Treibhausgasziel leisten.

In wirtschaftlichen Zahlen ausgedrückt ist bei Erfüllung des Planes davon auszugehen, dass im Jahr 2030 etwa 1,1 Milliarden Euro weniger für den Import an fossilen Energien ausgegeben wird und insgesamt mehr als 60.000 Green-Jobs durch Investitionen in „Grüne Technologien“ inkl. Hebeleffekten gesichert beziehungsweise geschaffen werden.

Anteil erneuerbarer Energieträger

Quelle: Land NÖ, Abteilung Umwelt- und Energiewirtschaft (RU3)

Durch verstärkte Nutzung unserer eigenen Energiepotenziale können wir es schaffen, unseren gesamten Energiebedarf schon 2030 zu deutlich mehr als der Hälfte aus sauberer, heimischer Energie decken.



► [NÖ Klima- & Energiefahrplan 2020 bis 2030](#)

„Nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch sinnvoll“

Kesseltausch, Photovoltaik, Windkraft: Niederösterreich hat engagierte Ziele für die Energiewende. Ökonomische Hintergründe dazu haben sich Martin Kerndler und Christoph M. Scÿeider vom Economica-Institut angeschaut.

Das Land Niederösterreich hat seinen Klima- und Energiefahrplan aktualisiert. Warum wurde das aus Ihrer Sicht nötig?

KERNDLER: Dafür gibt es unserer Meinung nach zwei Notwendigkeiten. Einerseits die Bestandsaufnahme, um sich die Frage zu stellen: Wo stehen wir gerade auf dem Weg unseres Zielerreichungspfades? Andererseits haben sich die Zielvorgaben auf EU-Ebene verändert: Es sind nun für 2030 nicht nur Treibhausgas-Einsparungen von 36 Prozent gegenüber 2005 gefordert, sondern 48 Prozent. Dafür wird der Transformationspfad bis jetzt voraussichtlich nicht ausreichen. In welchen Feldern sind entsprechend Erhöhungen möglich? Da gilt die Überlegung: Wo etwas besser funktioniert, ist es natürlich einfacher, ein Ziel etwas weiter aufzuschrauben.

Wenn Sie an Niederösterreich denken: Was sind die wichtigsten Transformationsbereiche, um in der Energiewende voranzukommen?

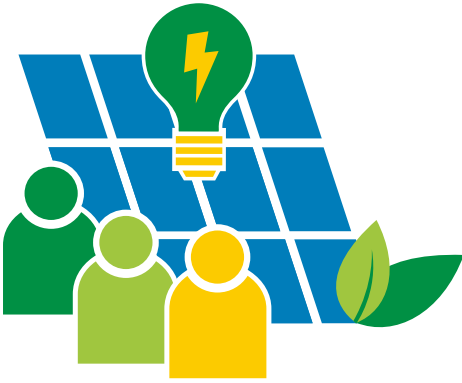
KERNDLER: Wir haben uns das in einem Team von acht Personen angeschaut, insbesondere die drei Transformationsfelder erneuerbare Energieversorgung, den Sektor Verkehr und E-Mobilität sowie Gebäude mit Fokus auf Kesseltäusche und Sanierungsquote. Im Bereich erneuerbare Energie ist Niederösterreich insbesondere im Vergleich mit den anderen Bundesländern auf einem sehr guten Weg mit dem Ausbau von Windkraft und Photovoltaik (PV). Es gab geradezu einen PV-Boom nach Beginn des Ukrainekrieges, da lag man über dem Zielpfad. Bei der Wasserkraft ist es schwieriger, zusätzliches Potenzial zu heben: Entlang der Donau ist kaum ein wei-

Christoph M. Schneider ist Geschäftsführer des Wirtschaftsforschungsinstituts Economica; **Martin Kerndler** leitete als Senior Researcher dort die Niederösterreich-Studie.

—
Am Sonnenfeld in Bruck/Leitha, wo das Foto entstand, werden per „Agri-PV“ Strom und Lebensmittel geerntet.



Foto: Ursula Röck



Crowdfunding bzw. Crowdinvesting bei Energieprojekten

Crowdfunding, auf Deutsch auch „Schwarmfinanzierung“ oder „Gruppenfinanzierung“, ist eine Art der Finanzierung aus vielen Quellen. Mit dieser Methode lässt sich Eigenkapital oder dem Eigenkapital ähnliche Mittel für Projekte, Produkte und die Umsetzung von Geschäftsideen und vieles andere beschaffen. Die Varianten reichen vom einfachen Spenden, Fördern, bis hin zum Investieren und zum Erwerb von Anteilen am Projekt. Die Kapitalgeber registrieren sich meistens Online, wo über eine Plattform oder eigene Website zum Crowdfunding aufgerufen wird.

Investoren haben bei Energieinvestitionen den Vorteil, direkt und niedrigschwellig in erneuerbare Energieerzeugung zu investieren, bei teils guter Verzinsung. Bei der Investitionsform handelt es sich oft um sogenannte „partiarische Nachrangdarlehen“: Die Investoren erhalten bei dieser Form für jedes ihrer Projekte jährlich Zinsen entsprechend dem vereinbarten Zinssatz. Das eingesetzte Kapital wird meist nach der definierten Laufzeit zurückbezahlt.

Für Privatpersonen mit lohnsteuerpflichtigen Einkünften stellt die Vergütung Nebeneinkünfte dar, welche z. B. in Österreich bis zu einem jährlichen Betrag von 730 Euro steuerfrei sind.

terer Ausbau möglich, bei kleineren Flüssen gibt es häufig Umweltschutzbedenken. Ein Re-Powering (Leistungssteigerung z. B. durch neue Turbinen, Anm.) ist bei manchen bestehenden Kraftwerken möglich. Und bei der Bio-Methan-Erzeugung ist der vorgesehene Ausbauplan sehr ambitioniert, da starten wir derzeit ganz unten.

Elektromobilität ist ein wichtiger Faktor der Energiewende. Wie sieht es in diesem Bereich aus?

KERNDLER: Die E-Mobilität war bis 2023 auf einem guten Pfad, es ging bei den Zulassungen konstant nach oben. Wenn das angehalten hätte, wären die bisher für das Jahr 2030 avisierten 20 Prozent Anteil am PKW-Bestand insgesamt geschafft worden. Aber da ist 2024 als Bremsklotz dazwischengefahren.

Was heißt das?

KERNDLER: Der steigende Trend ist vor allem bei der Zulassung auf juristische Personen, also bei Firmenautos, eingebrochen. Es schlägt also einfach die konjunkturelle Lage zu Buche, Investitionen werden insgesamt aufgeschoben – und eben auch solche in den Fuhrpark.

Auch gesamt(österreichisch) gesehen: Warum ist der Umstieg gerade in diesem Sektor so schwierig?

SCHNEIDER: Da gibt es einige weitere Aspekte: Während Treibstoff mit 2024 wieder günstiger wurde, sind die Stromkosten nicht im gleichen Ausmaß gefallen. Plus: Die motorbezogene Versicherungssteuer für E-Autos wurde mit April 2025 eingeführt. Ein dritter bremsender Aspekt ist wohl der Sekundärmarkt für E-Fahrzeuge, den es im Grunde nicht gibt. Die Technologie entwickelt sich in diesem Bereich so rasch, ältere Autos veralten schneller und werden zu teuer.

KERNDLER: Es gibt eine Deloitte-Umfrage in verschiedenen Staaten, was denn die Pro- und Kontra-Argumente für die Anschaffung eines E-Autos sind. In Österreich wirken sich die Anschaffungskosten und die Verfügbarkeit der Lade-Infrastruktur negativ aus. Im Vergleich zu anderen Staaten ist bei uns allerdings das politische Commitment zur E-Mobilität nicht so stark – auch wenn Österreich mit derzeit 15 bis 29 Prozent E-Anteil an den Neuzulassungen nicht schlecht abschneidet. Nur die Niederlande und Skandinavien liegen deutlich drüber.

SCHNEIDER: Ein weiteres Problem ist der massive Handelskrieg, im Zuge dessen sich Wettbewerbsungleichheiten offenbart haben. Die europäischen Fahrzeug-Produzenten, die in der konventionellen Zeit die Österreicherinnen und Österreicher zu ihren Hauptabnehmern zählten, gerade auch die deutschen Autobauer, sind in den letzten Jahren zurückgeblieben. Und die Neigung, ein Produkt zu kaufen, wenn die kostengünstigste oder effizienteste Marke aus China stammt, ist offenbar geringer. Das ist auch ein Bremseffekt. Die Menschen würden ein hochwertiges deutsches E-Auto eher kaufen. Aber durch die Marktdynamik oder auch aufgrund von Zöllen bekommen wir unsere Verhaltensmuster verschoben.

Als drittes Transformationsfeld haben Sie neben Erneuerbaren und Mobilität den Gebäudesektor angesehen. Wie sieht es da aus?

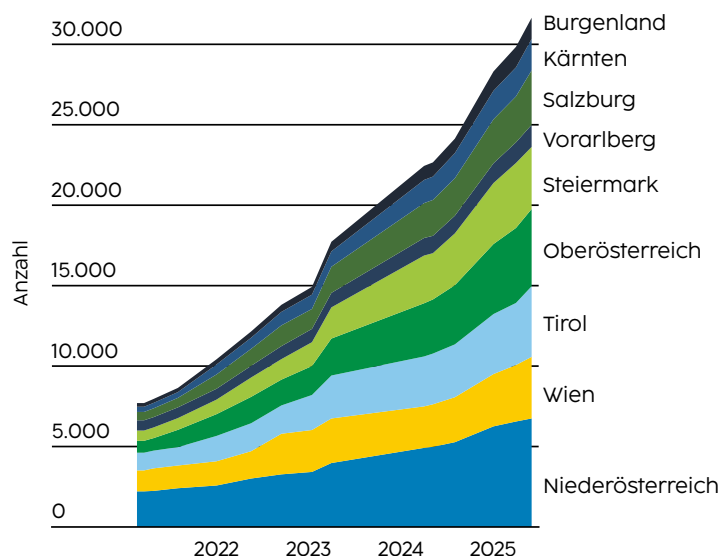
KERNDLER: In dem Feld haben wir die Besonderheit, dass bei Investitionen ein Großteil der Wertschöpfung in Österreich entsteht. Die Gebäudesanierung wirkt unmittelbar auf die heimische Wirtschaft. Eine Sanierungsförderung ist so immer auch eine konjunkturelle Maßnahme. Spezifisch Niederösterreich liegt bei der Gebäudesanierung im guten Durchschnitt der Bundesländer. Aber um die Klimaneutralität bis 2040 hinzubekommen, müsste die Sanierungsquote mehr als doppelt so hoch sein.

Wie ist der Stand bei der Umrüstung der Heizsysteme?

KERNDLER: Die Bundesförderungen zum Kesseltausch wurden in Niederösterreich stärker in Anspruch genommen als in anderen Bundesländern. Es gibt hier einen hohen Anteil an Gasheizungen; Niederösterreich hat es geschafft, das in den vergangenen fünf Jahren ordentlich zu reduzieren. Das ist eine gute Entwicklung, unterstützt durch die Bundes- und Landesförderungen.

Wie von Ihnen schon beim Sanierungssektor angedeutet: Wie wirken Investitionen in Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten auch als Wirtschaftsmotor?

KERNDLER: Ich würde da zwei Dimensionen unterscheiden: Einerseits die konjunkturell kurzfristige Komponente, die stimulatив auf private Haushalte oder Unternehmen



Anzahl der E-Ladepunkte in Österreich

Quelle: Bundesverband Elektromobilität Österreich (BEÖ),
Daten Stand April 2025

In absoluten Zahlen gibt es in Niederösterreich die meisten öffentlichen Ladepunkte – und damit erstmals ausreichend für einen möglichen Komplettumstieg auf E-Fahrzeuge.

Sowohl die Zahl der E-Pkw, als auch die öffentlichen E-Ladepunkte nehmen in Österreich deutlich zu. Ende 2024 gab es in Österreich knapp mehr als 26.800 E-Ladepunkte, um rund 10.900 mehr als Ende 2022. Die Zahl der E-Pkw ist im gleichen Zeitraum von 110.200 auf 200.600 gestiegen. Mittlerweile gibt es in Österreich rund 213.000 Elektroautos (VCÖ April 2025). Österreich liegt bei der Ausstattung mit E-Ladepunkten international im Mittelfeld.

Die meisten Ladepunkte befinden sich in Niederösterreich (>6.000), Oberösterreich und der Steiermark.

Der Ausbau des öffentlichen Ladenetzes ist wichtig, aber der Großteil der Ladevorgänge erfolgt zu Hause oder am Arbeitsplatz. Immer mehr private Haushalte und auch Unternehmen haben eine eigene Photovoltaikanlage und nutzen diese zum Laden der E-Autos (VCÖ April 2025).

Die Energie- und Umweltagentur NÖ (eNu) bietet Beratung und Unterstützung für Privatpersonen, Vereine, Gemeinden und Unternehmen beim Thema e-Mobilität und Ladeinfrastruktur.



Green Jobs

Green Jobs im engeren Sinn sind nach Definition des Bundes Berufe, die durch ihre Ausbildungsinhalte direkt die Möglichkeit bieten, Umweltschäden zu vermeiden und natürliche Ressourcen zu erhalten, beispielsweise der Beruf Entsorgungs- und Recyclingfachkraft oder auch Energietechnikerinnen und Energietechniker für erneuerbare Energien.

Green Jobs findet man in den verschiedensten Sparten, wie zum Beispiel erneuerbare Energien, öffentlicher Verkehr, nachhaltiges Bauen und Sanieren sowie Wasser- und Abwassermanagement. Der Hauptzweck von Green Jobs ist der Beitrag zum Umweltschutz. Daher können in allen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereichen Green Jobs gefunden werden bzw. können sich bestehende Berufsbilder zu Green Jobs wandeln. Niederösterreich rechnet auf Basis einer Studie des Unternehmens Economica 2024 alleine bis 2030 mit über 50.000 neuen Jobs in umweltfreundlichen Branchen.

Eine weitere Studie hat gezeigt, dass mit der Schaffung von Green Jobs weitere positive volkswirtschaftliche Effekte – sogenannte „Hebeleffekte“ – einhergehen. Dadurch werden zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen bzw. gesichert. Bis 2030 ergeben sich so über 20.000 zusätzliche Beschäftigungsverhältnisse in Niederösterreich, die durch die ca. 50.000 klassischen Green Jobs gesichert werden.

wirkt. Andererseits sind da Maßnahmen, die länger brauchen, um ihre Wirkung zu entfalten, etwa beim Erschließen erneuerbarer Energien, das geht nicht von heute auf morgen. Bis Genehmigungen, Planungsdetails etc. geklärt sind, vergehen einige Jahre bis erste Windkraftwerke entstehen.

Was sind mittel- und langfristig positive wirtschaftliche Auswirkungen etwa einer Windkraftanlage, abgesehen von der Nutzungsmöglichkeit der erneuerbaren Energie natürlich?

KERNDLER: Neben der erhöhten Wertschöpfung durch beauftragte Firmen, die eine Anlage aufstellen, ergeben sich im laufenden Betrieb positive Effekte, auch fiskalisch – das heißt, es sind Steuern und Abgaben zu zahlen, die Bund und Ländern zufließen. Diese Investitionen finanzieren sich so zu einem gewissen Teil selbst. Generell sollten wir die mittel- und langfristige Perspektive entsprechend mitdenken. Da ist etwa auch die Komponente der Versorgungssicherheit: Wenn wir weniger auf Energieimporte angewiesen sind, weil wir Energie vor Ort produzieren, dann ist das ein essenzielles Kriterium, den Strom auch zu günstigeren Preisen zur Verfügung stellen zu können. Und das Thema der Energiekosten hat seit Beginn des Ukrainekrieges ja noch einmal besonders an Bedeutung gewonnen. Wenn es gelingt, die nach unten zu bringen, tue ich effektiv etwas für den Wirtschaftsstandort.

Lässt sich das auch volkswirtschaftlich in Zahlen ausdrücken?

KERNDLER: Ja, wir haben uns den wirtschaftlichen Impuls in vier Themenbereichen angesehen: Windkraft, PV, Wasserkraft und Gebäudesanierung. Für Niederösterreich beträgt die Bruttowertschöpfung aus den geplanten Investitionen 4,9 Milliarden Euro zwischen 2023 und 2050, das entspricht 170 Millionen Euro pro Jahr. Und weil diese Zahlen viele womöglich schwer beurteilen können, haben wir sie in Relation zum typischen Wachstum der Wertschöpfung in Niederösterreich gesetzt: Davon sind das 20 Prozent. Es wäre also ein enormer Beitrag zum niederösterreichischen Wirtschaftswachstum. Andere Maßnahmen wie der Netzausbau oder der Ausbau von Biogasanlagen und auch die Wertschöpfung aus dem laufenden Betrieb der Anlagen kommen da sogar noch dazu.



➤ Arbeitsmarktservice Österreich:
Was sind Green-Jobs?

Wie werden sich entsprechend die Green Jobs entwickeln?

KERNDLER: Die Beschäftigung wird sich unseren Berechnungen nach so entwickeln, dass es 2030 rund 50.000 Personen in „umweltbezogenen Beschäftigungen“, also Green Jobs gibt. Damit sind sie für 10 Prozent der gesamten Bruttowertschöpfung verantwortlich. Um auch das in Kontext zu setzen: Niederösterreich liegt beim Zuwachs an Green Jobs deutlich über dem Durchschnitt. Und diese 50.000 Green Jobs sind schon allein aufgrund der aktuellen Trendvorschreibung zu erwarten. Wenn maßnahmensseitig mehr passiert, dann sind auch noch mehr Green Jobs zu erwarten. Wenn man hingegen auf die Bremse steigt, wären die Erwartungen entsprechend niedriger.

Haben Sie in diesem Zusammenhang auch in die andere Richtung von Investitionen geschaut, im Sinne von: Wie sinnvoll wäre es, neue Projekte über nachhaltige Finanzierungen auf die Beine zu stellen?

KERNDLER: Für die Studie haben wir uns diesen Aspekt nicht angeschaut.

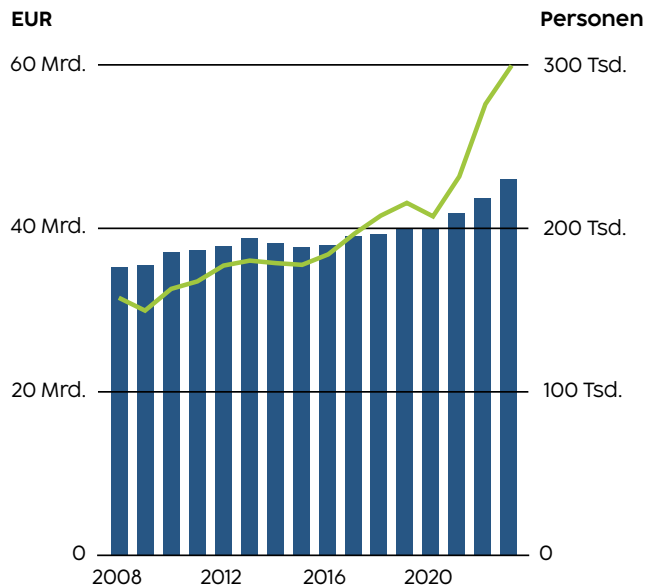
SCHNEIDER: Es ist eine gute zusätzliche Idee, Green Investments in die Planungen einzubeziehen. Ich würde mich aber nicht beschränken auf diese eine Definition von Finanzierungsmöglichkeiten. Wenn ich mich darauf verlasse, nur weil ich's gut meine, wäre das zu wenig.

Das Land Niederösterreich könnte durch das Zurückgreifen auf nachhaltige Finanzierungen allerdings Mittel zu besseren Konditionen lukrieren. Vielleicht entsteht hier durch die Taxonomie-Verordnung der EU mehr Druck?

SCHNEIDER: Ich denke, wir sollten uns hier schon an der Realität orientieren und uns nicht zu sehr einschränken. Wenn man sich durch einen solchen Fokus andere Finanzierungsquellen selbst ausschließt, ist das ein Fehler. Gleichzeitig brauchen wir auch ausländische Finanzierungen. Gerade in diesen Themen, Niederösterreich mit seiner Energiestrategie, wäre es interessant, über die Grenzen zu schauen, den Topf weiter zu öffnen und so aktiv wie möglich neue Finanzierungsmodelle zu erschließen. Ich könnte mir vorstellen, dass sich das etwa bei den sehr gut angelaufenen Energiegemeinschaften ergibt.

Wie schätzen Sie die Dynamik der Energiegemeinschaften ein?

■ Produktionswert aller Green Jobs (linke Achse)
■ Umweltbeschäftigte (rechte Achse)



Umweltbezogene Beschäftigung und Wirtschaftsentwicklung in Österreich

Quelle: Statistik Austria

Die Zahl der Beschäftigten in der österreichischen Umweltwirtschaft („Green Jobs“) steigt. Während 2008 rund 176.100 Personen in diesem Sektor tätig waren, erhöhte sich diese Zahl bis 2023 auf etwa 230.200. Das entspricht einem Zuwachs von rund 31% innerhalb von 15 Jahren.

Der Produktionswert der Umweltwirtschaft entwickelte sich noch dynamischer: Von etwa 31,5 Milliarden Euro im Jahr 2008 stieg er auf knapp 60 Milliarden Euro im Jahr 2023 – eine Steigerung von über 90%. Diese Entwicklung unterstreicht die zunehmende Bedeutung der Umweltwirtschaft für Beschäftigung und Wertschöpfung in Österreich.



➤ Übersicht Green Jobs
(klimarelevante Berufe) am
österreichischen Arbeitsmarkt



Energiegemeinschaften in Niederösterreich

Mit dem Beschluss des Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz (EAG) im Jahr 2021 eröffneten sich für Erzeuger und Verbraucher von Strom aus erneuerbaren Energiequellen ganz neue Möglichkeiten, um am Energiemarkt teilzunehmen. In sogenannten Energiegemeinschaften können nun deren Mitglieder – Bürger und Bürgerinnen, aber auch Unternehmen und Gemeinden – selbst erzeugten Strom gemeinschaftlich verwenden. Der Strom kann auch gespeichert und verkauft werden. Speziell die Erneuerbaren-Energie-Gemeinschaften (EEG) stärken die regionale Wertschöpfung und sorgen für mehr Unabhängigkeit vom Energiemarkt.

Energiegemeinschaften sind seit 2025 in allen Bezirken Niederösterreichs vertreten. Teilnehmerinnen und Teilnehmer profitieren dabei je nach Modell (siehe unten) in unterschiedlichem Ausmaß von der gemeinschaftlichen Stromnutzung, etwa aufgrund reduzierter Netzgebühren, Befreiung von Steuern und Abgaben oder besserer Absicherung gegen Tarif-Schwankungen in globalen Energiemärkten. Diese Vorteile steigern nicht nur die Wirtschaftlichkeit solcher Projekte, sondern auch ihre gesellschaftliche Akzeptanz und das Gemeinschaftsgefühl unter den Teilnehmenden.

Die bestehenden Gesetze definieren vier Modelle zur gemeinschaftlichen Stromnutzung:

- „Gemeinschaftliche Erzeugungsanlagen“ („GEA“)
- lokale und regionale „Erneuerbare-Energie-Gemeinschaft“ („EEG“)
- innerhalb Österreichs geografisch unbeschränkte „Bürgerenergiegemeinschaft“ („BEG“).

KERNDLER: Es könnte die Herausforderungen auf den überregionalen Netzen abfangen, wenn es etwa Speichermöglichkeiten in den Gemeinden gibt. Da kann es auch sinnvoll sein, dass Finanzierungsbeiträge von privaten Haushalten wahrgenommen werden. Die Österreicherinnen und Österreicher haben gerade historisch die höchste Sparquote. Und die Bereitschaft, in unabhängige Energieversorgung zu investieren, ist nach wie vor gegeben. Aber wenn individuell etwa die Garage zu klein für einen Speicher ist, dann könnte man kommunale Möglichkeiten anbieten.

SCHNEIDER: Wir sind seit drei Jahren gefangen in einem Angst-Umfeld, deshalb gibt es wieder diesen starken Trend zum Sparen. In Krisenzeiten sparen die Leute mehr, das ist eigentlich ungewöhnlich. Denn durch wirtschaftspolitische Instrumente fallen die Haushaltseinkommen normalerweise nicht zurück, sondern nehmen durch Überförderung eher zu: Seit Corona haben die österreichischen Haushalte etwa 70 Milliarden an Vermögen zugelegt. Wenn ich an die Energiegemeinschaften denke, wäre ich sehr dafür, da Anreize zu schaffen; denn immer weniger Haushalte legen ihr Geld in Unternehmen an. Die Europäerinnen und Europäer haben ein Problem damit, mit „Risikokapital“ eine Geschäftsidee zu unterstützen – das müsste man einfach sympathischer formulieren. Gerade mit unseren lokal stark aufgestellten Banken gäbe es da einen Vorteil. Und wie gesagt: Das private Vermögen im Land ist enorm. Als Bevölkerung eines Landes verschenken wir das, anstatt es zu investieren.

Woran liegt diese österreichische Investitionsunlust?

SCHNEIDER: Unsere Vermutung ist, dass die Leute eine Steuererhöhung erwarten und deshalb sparen. Die Politik könnte ihnen aber auch zeigen, wo sie ihr Geld zum eigenen Vorteil anlegen könnten – und so Investitionen lenken.

Was passiert denn, wenn wir die EU-Klimaziele nicht erreichen? In Ihrer Studie haben Sie herausgefunden, dass NÖ stärker als Österreich insgesamt vom Klimawandel betroffen sein wird.

KERNDLER: Wir haben dafür eine umfassende Literaturanalyse zu den Klimawandelauswirkungen gemacht. Dabei haben sich – neben voraussichtlich hohen Strafzah-

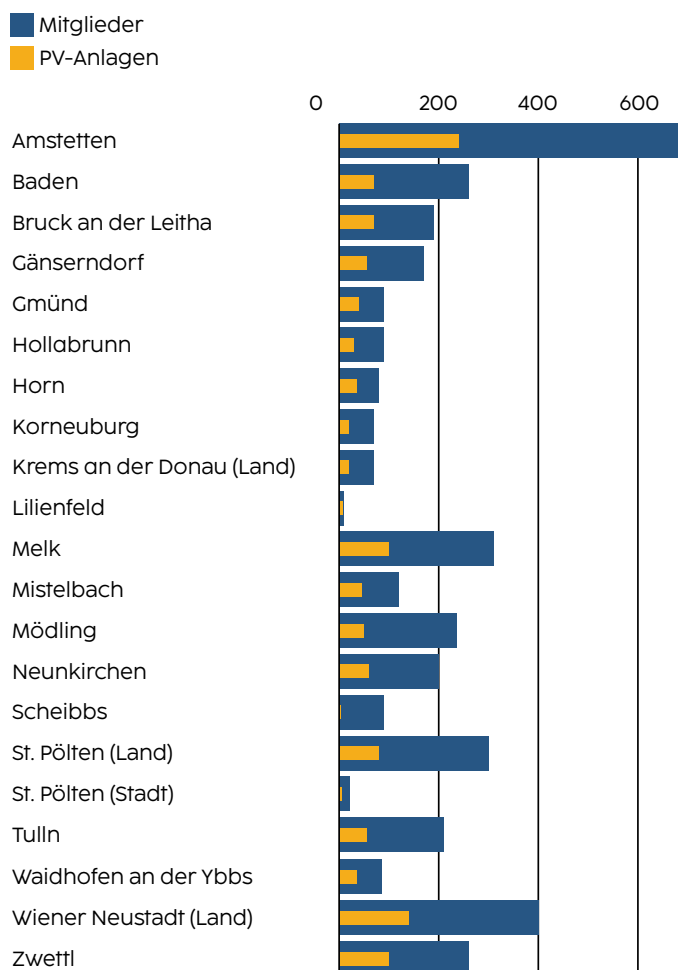


► Informieren Sie sich unter:
[Energiegemeinschaften |](#)
[Energie in Niederösterreich](#)

lungen – drei wichtige Punkte herauskristallisiert: Erstens sind die Kosten für die Folgen des Klimawandels immer höher als die Kosten der gegensteuernden Maßnahmen; wir sollten also besser nicht jetzt schon in Ehrfurcht erstarren, sondern ins Tun kommen. Zweitens steigen die Kosten mit dem Verfehlen der Klimaziele überproportional an – und die Politik sollte Unsicherheiten ja gering halten, also wäre es dringend nötig, sich an den Plan zur Erreichung der Klimaziele zu halten. Und drittens: In Niederösterreich sind Brandgefahr, Trockenheit, Extremniederschläge schon jetzt auf einem hohen Niveau. Das Bundesland ist besonders gefordert, in Richtung Adaptionsmaßnahmen zu denken, etwa beim Hochwasserschutz, bei der Renaturierung von Flussläufen, bei resilienteren Pflanzen. Aber man muss auch sagen: Der Effekt des Klimawandels wird sich nicht „weg-adaptieren“ lassen.

SCHNEIDER: Ich möchte noch einmal die Bedeutung von Investitionen hervorheben und deren Bedeutung für unseren Wohlstand. Sie schaffen Wertschöpfung und Arbeitsplätze und bringen dem Fiskus Steuern. Gleichzeitig können sie auch Risiken reduzieren und Sicherheiten schaffen, auch zukünftige Schäden minimieren. In diesem Zusammenhang müsste sich auch im Versicherungswesen etwas ändern – das müsste auf der Bundesebene passieren, könnte aber von einem stark betroffenen Bundesland wie NÖ angestoßen werden.

KERNDLER: Auch in einem größeren Zusammenhang gesehen: Europa mit seinem Green Deal muss im Klimaschutz als Vorreiter vorangehen. Wir haben uns diesen Weg bewusst ausgesucht und müssen nun zeigen, dass er nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch sinnvoll ist. Das könnten wir gerade in den Regionen vorzeigen.



Anzahl der Mitglieder und PV-Anlagen Niederösterreichischer Energiegemeinschaften 2024

Quelle: Energiezukunft Niederösterreich (EZN)

Die Entwicklung von Energiegemeinschaften verläuft in Niederösterreich sehr unterschiedlich: Amstetten lag 2024 mit 700 Mitgliedern und 240 PV-Anlagen vorne, Wiener Neustadt-Land folgt mit 400 Mitgliedern. Während die Gesamtzahl schnell wächst, entwickelt sich die Ausbreitung des Konzepts in Gemeinden relativ asymmetrisch und unterschiedlich.

Österreichweit stieg die Zahl der Energiegemeinschaften von 2021 bis 2025 rasant von null auf 3.180 Energiegemeinschaften mit derzeit 3.190 Gemeinschaftlichen Erzeugungsanlagen.

Wer fürchtet sich vor unpopulären Maßnahmen im Ort?

Die Gemeinden müssen sparen. Finanzexpertin Karoline Mitterer zeigt im Interview auf, wie das nachhaltig gelingen könnte.

In Österreich klafft ein Budgetloch, auch die Gemeinden sollen ihren Teil zur Budgetsanierung beitragen. Ist das den Gemeinden überhaupt möglich, angesichts der „tristen“ finanziellen Lage, in der sie sich derzeit befinden, wie sie unlängst sagten? Und zuerst: Wie ist es dazu gekommen?

Da haben mehrere Faktoren zusammengewirkt: Seit 2020 gab es mehrere Steuerreformen ohne Gegenfinanzierung. Das bedeutete für die Gemeinden ein weniger starkes Wachstum auf der Einnahmenseite – etwa durch die Abschaffung der kalten Progression oder auch durch die Senkung der Körperschaftsteuer. Der Steuertopf konnte daher mit den inflationsgetriebenen Ausgaben nicht mithalten. Das heißt: Von 2019 bis 2024 sind die Ertragsanteile – das ist der Anteil der Gemeinden am gemeinschaftlichen Steuertopf – um 22 Prozent gestiegen, während die laufenden

Auszahlungen um 33 Prozent deutlich stärker wuchsen. So ist eine Einnahmen-Ausgaben-Schere entstanden, die sich nicht von selbst schließen wird. Hinzu kommen steigende Aufgabenbedarfe. Bisher konnten das die Gemeinden noch selber ausgleichen, jetzt ist das aber nicht mehr möglich. Es besteht daher Handlungsbedarf, um die entstandene Finanzierungslücke wieder zu schließen. Möglich ist das nur durch eine Kombination von Maßnahmen auf der Einnahmen- und Ausgabenseite.

Wenn wir zuerst auf die Einnahmenseite blicken: Der Bund hat doch nun einige Steuern angehoben. Hilft das den Gemeinden nicht?

Auf der Einnahmenseite wurden durch die neue Bundesregierung einige Maßnahmen gesetzt, welche jedoch in hohem Maße dem Bundesbudget zugutekommen. So profitiert vom Entfall des Klimabonus und von der



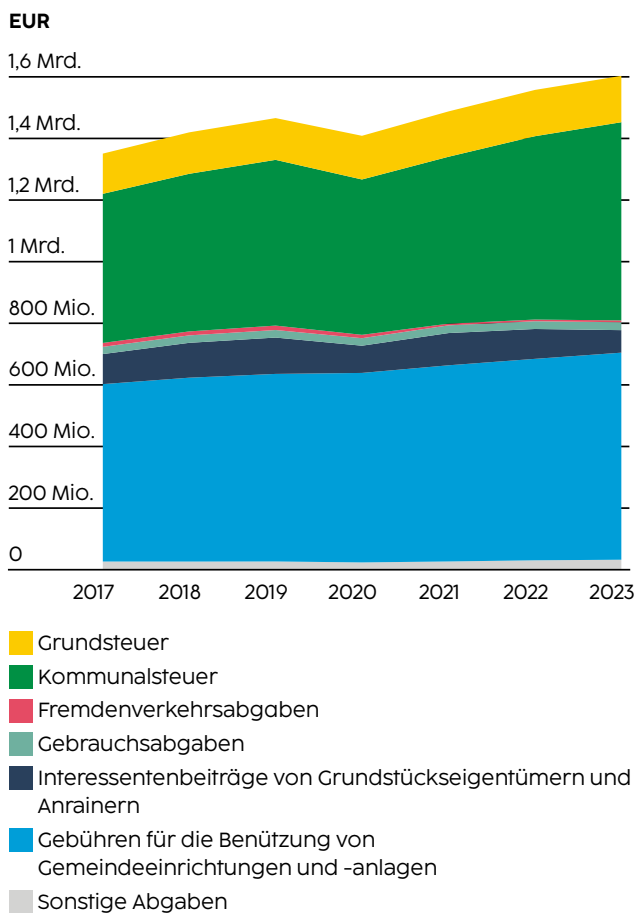
Karoline Mitterer vom Zentrum für Verwaltungsforschung KDZ koordiniert dort den Bereich zu öffentlichen Finanzen und Föderalismus, das betrifft etwa die Gemeindefinanzen.

—
Das Foto entstand im niederösterreichischen Ort Tattendorf.

Aufteilung der Gemeindeabgaben in Niederösterreich

Quelle: Statistik Austria

Die Gemeindeabgaben aller niederösterreichischen Gemeinden sind von 2017 bis 2023 von 1,35 auf 1,60 Milliarden Euro gestiegen, wobei das Wachstum von 252 Millionen Euro hauptsächlich aus der Kommunalsteuer (+159 Mio.) und den Gebühren für Gemeindeeinrichtungen (+96 Mio.) stammte. Während der COVID-19-Pandemie gingen Fremdenverkehrs- und Lustbarkeitsabgaben deutlich zurück, gleichzeitig wurde 2020 die Parkometerabgabe neu eingeführt, die bis 2023 knapp 10 Millionen Euro einbrachte.



Leistung der Stabilitätsabgabe durch die Banken ausschließlich der Bund. Für Gemeinden nennenswerte Einnahmen entstehen durch das Aussetzen des letzten Drittels der kalten Progression und die Schließung von Steuerlücken bei der Grunderwerbsteuer, was natürlich hilft. Zusammenfassend kann man aber sagen: Die Entlastungen werden für die Gemeinden nicht ausreichen, dass sie wirklich aufatmen können.

Was wären konkrete Ansatzpunkte, von denen die Gemeinden profitieren?

Da wäre etwa die Grundsteuer, die von den Gemeinden eingehoben wird: Diese basiert auf veralteten Werten aus den 1970er-Jahren, welche in keiner Weise die tatsächliche Wertentwicklung bei Grundstücken abbildet. Dadurch verliert die Grundsteuer für die Gemeinden aber immer mehr an Bedeutung. Da könnte man durch eine Erhöhung zumindest ein paar Jahre wieder gutmachen. Mittelfristig führt aber kein Weg an einer grundsätzlichen Reform vorbei. Bei Gebühren oder Leistungsentgelten im Kindergarten ist ein Anheben nur innerhalb eines gewissen gesetzlichen Rahmens möglich. Und beim Beitrag zum Mittagessen in Betreuungseinrichtungen oder der Vermietung von Turn- und Veranstaltungssälen an Vereine, wo die Gemeinden einen Spielraum haben, stellt sich die sozialpolitische Frage, ob das gewollt ist.

Wo könnten die Gemeinden umgekehrt auf der Ausgabenseite sparen?

Auch da sind die Gemeinden recht eingeschränkt: Bald ein Viertel der laufenden Ausgaben betrifft die Umlagen in den Bereichen Gesundheit und Soziales. Hier müssen die Gemeinden für regionale Leistungen mitzahlen, ohne dass sie auf das Angebot Einfluss nehmen können. Diese Ausgaben steigen jedes Jahr um durchschnittlich 7 Prozent, und damit deutlich stärker als die Einnahmen aus Ertragsanteilen. Damit verbleibt den Gemeinden immer weniger Geld für die eigentlichen kommunalen Aufgaben wie Kinderbetreuung und Schulen. Bezüglich Elementarpädagogik und Ganztagschulen gibt es Gesetze und Förderungen, die einen Ausbau fördern. Das wollen die Gemeinden selbst auch weiterhin. Was bleibt dann noch übrig? Natürlich gibt es Potenziale in der allgemeinen Verwaltung, aber auch da werden Prozesse komplexer – möglicherweise nützen da Verwaltungs-

kooperationen oder die Digitalisierung dabei, etwas einzusparen. In den Bereichen Sport, Kultur und Freizeit gibt es Förderungen – etwa an gemeinnützige Vereine –, die man durchforsten sollte, wobei diese auch wesentlich zur Lebensqualität beitragen. Im Raum steht aber auch das Reduzieren von Standards – Reduktion von Öffnungszeiten im Bürgerservicezentrum, weniger Blumenschmuck im Straßenraum, Senken der Wassertemperatur im Freibad etc. – oder das Schließen von Einrichtungen, etwa Freibädern. Man könnte auch Standorte von Feuerwehren und anderen kommunalen Einrichtungen wie Kindergärten oder Schulen zusammenlegen – aber das sind natürlich unpopulärere Maßnahmen.

Ist Einsparen also am ehesten über das Vermeiden neuer Investitionen möglich?

Bei Investitionen in den Gemeinden kamen bisher 40 bis 50 Prozent über Zuschüsse von Bund und Land. Der Rest wurde aus Überschüssen der Gemeinden aus dem laufenden Betrieb selbst finanziert, weil den Gemeinden ein Nulldefizit vorgeschrieben wird. Das geht sich jetzt aber nicht mehr aus. Weil die laufenden Überschüsse zurückgegangen sind, müssen jetzt mehr Schulden aufgenommen werden. Bisher sind die Investitionen aber nicht zurückgegangen, wodurch auch das hohe Defizit der Gemeinden erklärt werden kann.

Wäre da nicht gerade die nachhaltige Finanzierung eine Option, um zu günstigeren Konditionen an Geld zu gelangen?

Das ist natürlich ein Thema, wobei hier von EU-Seite wieder etwas zurückgerudert wird. Gemeinden sind angehalten, in grüne und soziale Nachhaltigkeit zu investieren, was ja auch dem kommunalen Versorgungsauftrag entspricht. Im Vergleich zu Bund und Ländern sind Gemeinden jedoch noch wenig verschuldet, wodurch auch die Finanzierungskosten noch im Rahmen sind. Doch auch Gemeinden denken nun an alternative Finanzierungsmodelle wie Crowdfunding oder Varianten des „Sale and lease back“ (verkaufen und zurückmieten, Anm.). Interessant sind auch Green Bonds, die etwa ein Land vergeben kann – wie Niederösterreich das tut.

„Auch Gemeinden denken nun an alternative Finanzierungsmodelle wie Crowd-Funding oder ‚Sale and lease back‘.“

Sind Investitionen in nachhaltige Gebäude/ Projekte etc. – gedacht im Sinne der SDG-Nachhaltigkeitsziele – nicht auch Investitionen in die Zukunft, die lange positiv nachwirken? Stichwort „Social Return on Investment“, siehe z. B. diese Studie zu Pflegeheimen oder jene zur Betreuung von jungen Menschen mit Behinderungen?

Definitiv, das trifft wie gesagt auf sehr viele Gemeindeprojekte zu. Zu Kindergärten zum Beispiel gibt's einige Studien bezüglich ihres volkswirtschaftlichen Nutzens. Mütter, die dann erwerbstätig sein können, zahlen Steuern, wodurch sich die Investitionskosten relativ rasch hereinspielen. Das gleiche gilt für Ganztagschulen.

Gibt es innovative Ansätze, mit welchen die Gemeinden ihre Aufgaben effizienter erbringen können?

Da sind erstens die Gemeindekooperationen: Wenn mehrere Gemeinden gemeinsam einen Kindergarten errichten, ist das nicht nur günstiger, sondern es können auch längere

Öffnungszeiten angeboten werden.

Das ist eine Win-win-Situation.

Zweitens denke ich an Crowdfunding oder PPP-Modelle, das sind „Public-Private-Partnerships“. In Villach passiert das zum Beispiel bei der Müllentsorgung: Ein privater Auftragnehmer setzt die von der Stadt festgelegten Aufgaben um. Ein weiterer Kostenfaktor sind die Freibäder, von ihrer Finanzierung her ein großes Defizitgeschäft.

Hier gibt es Beispiele, in denen ein privater Verein ein Freibad betreibt oder der Weiterbestand über Crowdfunding gesichert wurde. Derzeit sind diese alternativen Modelle aber noch Einzelfälle. Und natürlich muss hier berücksichtigt werden, dass auch ein Mehraufwand entstehen kann – etwa für regelmäßige Wirkungsberichte.

Dennoch: Könnten solche Einzelfälle gerade in der jetzt angespannten finanziellen Situation Schule machen? Das heißt: Wird es den Gemeinden durch solch innovative Maßnahmen gelingen, ausreichend zu investieren oder braucht es noch andere Maßnahmen?

Einerseits müssen Gemeinden solche innovativen Möglichkeiten stärker nutzen,



Gemeindekooperation Wohnstandorte im Waldviertel: Zukunftsfähig. Leistbar. Vernetzt.

Gemeindeverbände mit der längsten Tradition in Niederösterreich sind vor allem die Wasserversorgungsverbände. Die früheren leitungsgebundenen Dienstleistungen wurden längst durch komplexere Bereiche ausgeweitet wie Staatsbürgerschaftsverbände, Krankenanstaltensprengel, Bauamtzusammenlegung oder Standortentwicklung wie es das Projekt „Waldviertel: Zukunftsfähig. Leistbar. Vernetzt.“ vorgezeigt hat.

Mit 56 Gemeinden ist das Projekt eines der größten und mit 15 Jahren Erfahrung auch eines der nachhaltigsten interkommunalen Kooperationen zum Thema Standortentwicklung. Die Imagekorrektur der Region und die konkrete Vermarktung als Wohnstandort wird mittlerweile von den Projektgemeinden als „kommunale Kernkompetenz“ wahrgenommen. Viele der bearbeiteten Aktivitäten wären als Einzelgemeinde unmöglich umzusetzen, sowohl aufgrund der Ressourcen als auch des Know-hows.

Im Projekt wurden folgende Themen behandelt: regionale Leitplanung, Befassung mit potenziellem Leerstand, Willkommenskultur für Zuzügler, datenbasierte Bearbeitung von Entwicklungsthemen, Bewusstsein zum Thema Bodenversiegelung, Dimensionierung von zeitgemäßem Wohnraum, professionelles Herangehen an Immobilienprojekte (Ortskern), Einsatz digitaler Tools zur Steigerung der Arbeitseffizienz und zur CO₂-Vermeidung (weniger Anreiseaufwand zu Arbeitstreffen), Motivation von Ehrenamtlichen und Testimonials u.v.m.

andererseits müssen auch die bestehenden Förderprogramme zielgenauer sein. Gerade bei Klimaschutzinvestitionen gibt es zwar Förderprogramme für Investitionen, zum Beispiel zur Radwegförderung ein Programm vom Bund, das von den Ländern unterstützt wird. Der Ausbau des Radwegnetzes ist ein klares Ziel. Für den innerörtlichen öffentlichen Verkehr hingegen gibt's keinen Fördertopf – mit Ausnahme der Umstellung auf Elektrobusse, ein Programm der EU. Im öffentlichen Gebäudesektor gibt es ein 3-Prozent-Sanierungsziel, das auch für Gemeinden gilt (seit Herbst 2025 müssen mindestens drei Prozent der Gesamtfläche aller öffentlichen Gebäude auf Stand eines Niedrigstenergiehauses gebracht werden; Anm.). Allerdings ist nicht absehbar, dass das tatsächlich erreicht werden kann, weil auch hier die Förderprogramme fehlen. Die Länder haben bei der Vergabe von Gemeinde-Bedarfszuweisungen einen großen Hebel in der Hand, den sie aber meist nicht nutzen. In Vorarlberg und in Salzburg erhöht aber ein entsprechender Klimastandard die Förderhöhe.

Zu den vorhin erwähnten Wirkungsberichten: Auf Bundesebene gibt es die Methode des Green Budgeting, die auch mit einem Wirkungsmonitoring verknüpft ist, um zu erkennen, welche Investitionen wirklich nachhaltig sind oder mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen – z. B. Flussrenaturierung mit Retentionsflächen, anstatt Dämme zu bauen. Ist so etwas auch auf Gemeindeebene denkbar oder sogar schon in Umsetzung?

Es gibt eine laufende Arbeitsgruppe zum Thema Green Budgeting, das wurde im Zuge des Finanzausgleichs 2024 festgelegt. Allerdings hat man hier keine zeitliche Frist bis zur Umsetzung paktiert, wodurch zu befürchten ist, dass dies länger dauert. Für die Gemeindeebene gilt es hier eine Lösung zu suchen, die sowohl für Städte als auch für kleine Gemeinden umsetzbar und vom Aufwand her vertretbar ist.

Sie haben dazu schon einige Hinweise gegeben, aber noch einmal zusammenfassend: Wie lassen sich aus Sicht von Land bzw. Bund die Gemeinden beim Sparen sinnvoll in die Pflicht nehmen?

Ich denke, dass diesbezüglich ganz viel an den Rahmenbedingungen gearbeitet werden muss. In der regionalen Planung und Abstimmung von Leistungen besteht Potenzial, etwa



Wohnen im Waldviertel

Wo das Leben neu beginnt.



► Endbericht zum
Forschungsprojekt F2277

bei der Zusammenführung von wenig ausgelasteten Standorten von Schulen, Kindergärten oder Feuerwehren. Dazu braucht es aber den starken politischen Willen – wer so etwas plant, kann morgen schon Geschichte sein, wie sich zuletzt in der Steiermark zeigte. Es ist daher enorm wichtig zu kommunizieren, dass solche Maßnahmen nun notwendig sind, weil sich die Rahmenbedingungen für die Gemeinden deutlich verschlechtert haben. Das bedeutet auch, dass nun politisch unbeliebte Maßnahmen umgesetzt werden müssen, wie etwa das Zurückfahren von Standards, die Reduktion von Förderungen oder die Schließung von Einrichtungen. Mein großes Anliegen ist, dass dieses Sparen koordiniert passiert, damit dann nicht jede einzelne Gemeinde diese schwierigen Entscheidungen für sich treffen muss. Besonders sensibel ist hier die Kinderbetreuung, für welche trotz Ausbaubedarf zunehmend weniger Mittel zur Verfügung stehen. Hier besteht durchaus die Gefahr des Rückbaus – auch vor dem Licht, dass es schwierig ist, Personal zu finden.

Immer wieder wird erwähnt, dass es für einen Wirtschaftsaufschwung eine „positive Stimmung“ oder ein Umdenken braucht – wie ließe sich das bottom-up von den Gemeinden her erzeugen? Auch die Kommunikation von notwendigen Maßnahmen ist ja ein zentraler Punkt.

Da gibt es etwa den spannenden Ansatz des Bürgerhaushalts. Dabei können Bürgerinnen und Bürger für einen gewissen Budgetanteil einer Gemeinde mitentscheiden: Was setzen wir um, wo wird gespart? Es ist also ein Einbeziehen der Leute in politische Entscheidungen, wofür das Geld verwendet werden soll. Da heißt es dann etwa: Sollen wir unser Museum weiterbetreiben oder in die Feuerwehr investieren?

Und was halten Sie von einem Mitentscheiden über Investments, über die Möglichkeit, öffentliche Projekte für Finanzierungsbeteiligungen von privaten Haushalten zu öffnen?

Was es bereits in einigen Gemeinden gibt sind Bürgerbeteiligungsmodelle, etwa bei der Errichtung von Photovoltaikanlagen. Die Bürgerinnen und Bürger finanzieren hier die Errichtung mit und erhalten dafür eine Verzinsung. Ich kann mir auch vorstellen, dass künftig Sponsoring an Bedeutung gewinnt, wie es jetzt bei Kultur- und Sporteinrichtungen

passiert. Man kann das aber auch weiterdenken. So ist die Pflanzung eines Baumes nach dem Schwammstadtprinzip recht kostenintensiv. Hier könnte man auch Baumpatenschaften andenken, um diese wichtige Klimawandelanpassungsmaßnahme auch künftig zu ermöglichen.



► [pv-Bürgerbeteiligung in der Gemeinde](#)

Leuchtturmprojekte 2025 in der Übersicht



Abfallwirtschaft und Kreislaufwirtschaft



Neuer Landes-Abfallwirtschaftsplan 2024



Leitfäden für Repair-Café und Bibliothek der Dinge



Wanderausstellung „Denken und Handeln in Kreisläufen“

Projekt WINTRUST – Recycling von Wintersportartikeln

Branchenprojekt UP!crete

Online-Seminarreihe Kreislaufwirtschaft

Landhausküche - Partner der Initiative United Against Waste

Neophyten Leitfaden

Projekt ReVital ab 5. Mai 2025



► Projekte Abfallwirtschaft und Kreislaufwirtschaft



Konsum und nachhaltige Beschaffung



10 Jahre „wir leben nachhaltig“



So schmeckt NÖ 2024 – Anzahl an Veranstaltungen



Beschaffungsservice NEU - DORN

NH Textilprojekt der Gruppe Straße



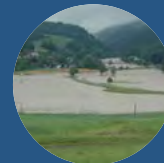
► Projekte Konsum und nachhaltige Beschaffung



Wasser



Hochwasserschutz in pluvialen Einzugsgebieten



Der NÖ Hochwasserschutzzonenplan



Landwirtschaftliche Bewässerung mit Speicherteichen

Jährliche Fachkonferenz „One Water“

Katastrophenschutztag Tulln 2024



► Projekte Wasser



Raumordnung und Mobilität



Radbasisnetze in Niederösterreich



NÖ Bahnoffensive



Regionale Raumordnungsprogramme landesweit

NIKK – Der Niederösterreichische Infrastrukturkostenkalkulator

Digitaler Zwilling – Leerflächen auf Knopfdruck sichtbar machen



► Projekte
Raumordnung und Mobilität



Nachhaltige Wirtschaft, Umwelttechnologie und Infrastruktur



Hy2NÖ – NÖ Wasserstoffinitiative



Mission Klimaziele III: aktuelle Projekte



Bewusstseinsbildung im Tourismus: regenerativer Tourismus



► Projekte Nachhaltige Wirtschaft,
Umwelttechnologie und Infrastruktur



Energie und Gebäude



20 Jahre Energieberatung NÖ mit Schwerpunktthema Hochwasser



KI gesteuerte Energiegemeinschaften im Wirtschaftspark Wolkersdorf



Neugründung von 380 Erneuerbaren Energiegemeinschaften, 157 Bürgerenergiegemeinschaften und 61 Gemeinschaftlichen Erzeugungsanlagen in NÖ



100% Erneuerbares Waldviertel – Reallabor Waldviertel



Energie in NÖ Newsletter



16 weitere PV Beteiligungsprojekte



Klimaaktiv-Gold-zertifizierte Gebäude in NÖ 2024



Umsetzung und Monitoring von 11 PV Sonneninseln

Wohnbauförderung 2024

Energiebuchhaltungs-Vorbildgemeinden

NÖ Netzinfrastukturanplan 2024–2034



► Projekte Energie

Leuchtturmprojekte 2025 in der Übersicht



Klimaschutz, Klimawandelanpassung und Luftreinhaltung



Klimainfoblätter Niederösterreich



NÖ Klima- und Energiefahrplan
Update 2025



Klimakompass NÖ

CO₂-Bilanz und Absenkpfad
zur klimaneutralen
Gemeindeverwaltung 2040

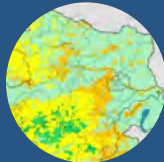
Aktive Kühlung in öffentlichen und
halböffentlichen Gebäuden



► Projekte
Klimaschutz und Klimawandelanpassung



Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Bodenschutz



Forschungsprojekt
Waldbrandmanagement



Waldjugendspiele 2025



Blau-gelber Bodenbonus 2024

Pilotprojekt Cultan für spezielles Langzeit-
Düngeverfahren

ACADIA: NÖ als eine der europäischen
Klimawandelanpassungs-Regionen



► Projekte Landwirtschaft,
Forstwirtschaft, Bodenschutz



Menschen im Land



40 Jahre Dorf- und Stadterneuerung



Initiative „Für einander Niederösterreich“



Der Gesundheitsplan Niederösterreich

Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen
in Niederösterreich

Menschen mit Behinderung
im NÖ Landesdienst

Gesunde Kindergärten

Tag der Nachbarschaft in Niederösterreich
am 30. Mai 2025



► Projekte
Menschen im Land



Bildung, Wissenschaft und Arbeit



ENU Akademie 2024



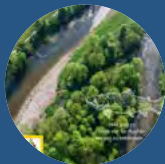
Umwelt.Wissen
KIDS TAGE 2025 –
Mit voller Power vom
Wissen zum Tun!



Wissenschafts-
vermittlung im
Bereich „Umwelt &
Nachhaltigkeit“

Green Jobs for YOU

Fördercall für eine
Stiftungsprofessur
zum Thema KI im
Handlungsfeld
„Umwelt, Klima &
Ressourcen“



Renaturierung
erlebbar machen –
Beispiel Entdeckungs-
karte Ybbs

Neue Förderschiene
„Förderung von
Umweltbildung in NÖ“

Forschungsfördercall
„Ressourcen im
Kreislauf“



► Projekte
Bildung, Wissenschaft und Arbeit



Naturschutz und Biodiversität



20 Jahre Biosphären-
park Wienerwald



40 Naturpark-Schulen
& 20 Naturpark-
Kindergärten, mit Tag
der Artenvielfalt

Betreuung der
Europaschutzgebiete
in Niederösterreich

Heckentag NÖ 2024 –
Pflanzaktion von
regional angepassten
Pflanzen

Moorrenaturier-
ungen im Naturpark
Heidenreichsteiner
Moor

Wilde Weiden im
Naturpark Leiser Berge

Naturpark Spar-
bach: Eröffnung des
Erlebnispfads „Klima-
schauplätze“



Plattform Naturland
Niederösterreich



Erweiterungsprojekt
Grimlinger und
Schallemersdorfer
Donauebenarme

NÖ
Naturparkkonzepte

Naturpark Ybbstal:
Schutz des Steinkrebs

Moorrenaturier-
ungen im Naturpark
Hochmoor Schrems

50 Jahre Naturpark
Purkersdorf

Klimawandel trifft
Naturpark-Schule

25 Jahre Nationalpark
Thayatal



► Projekte
Naturschutz und Biodiversität



Nachhaltigkeit, Vorbild Land



NH Finanzierung im Land



LED Offensive in der Landesverwaltung



Verwaltungspreis 2025 – Mehrfachaus-
zeichnung für NÖ – „KIGA Flex“ und
„Attraktiver Arbeitgeber – All Generations“

EMAS im Land Niederösterreich –
Ein Meilenstein für nachhaltiges Handeln

NÖ Landesregierung bringt Maß-
nahmen zur Verwaltungsreform und
Entbürokratisierung auf den Weg

Saubere-Fahrzeuge-Gesetz –
Umsetzung in NÖ



► Projekte
Nachhaltigkeit, Vorbild Land

Zukunft gestalten.
Maßnahmen setzen.

Energie in Niederösterreich Statusbericht 2025



UMWELT- UND
ENERGIEWIRTSCHAFT

Den Klimawandel zu bremsen und zu gestalten, gehört zu den derzeit dringendsten Aufgaben. Der Ausbau erneuerbarer Energieträger und die Verbesserung der Energieeffizienz sind wesentliche Voraussetzungen dafür und seit Jahren wichtige Eckpfeiler der heimischen Energiepolitik. Mit dem „NÖ Klima- und Energiefahrplan 2020 bis 2030“ hat sich Niederösterreich ambitionierte Ziele für die heimische Windkraft- und Photovoltaikstromproduktion vorgenommen und mit einem Update zum Klima- und Energiefahrplan nochmals verstärkt.

Grundlage einer effizienten Planung und Umsetzung ist ein Energiemonitoring, das durch die Erstellung des Berichts „Statusbericht – Energie in Niederösterreich“ gewährleistet wird. Korrespondierend zum Energiemonitoring auf Bundesebene – siehe Broschüre „Energie in Österreich“ – enthält vorliegender Bericht aktuelle energiewirtschaftliche Daten und Informationen über die einzelnen Sektoren der Energiewirtschaft, von der Energieaufbringung bis hin zum Energieverbrauch. Daten zur Energieaufbringung und -verwendung werden umfassend und konsistent ebenfalls im Rahmen der österreichischen Energiebilanz von der Statistik Austria veröffentlicht.



➤ [Energie in Österreich](#)

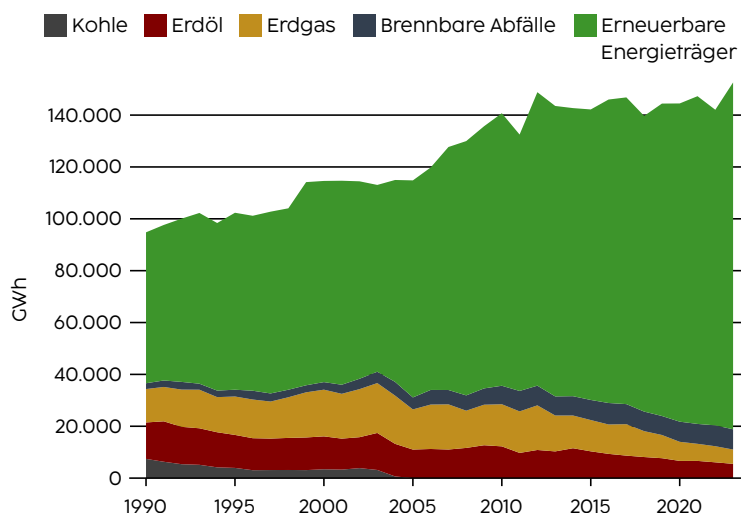
1 Energieaufbringung

Die inländische Erzeugung von Rohenergie umfasst alle aus natürlichen Vorkommen gewonnenen Energieträger wie Kohle, Erdöl, Erdgas, brennbare Abfälle sowie erneuerbare Energieträger.

- Die Primärenergieerzeugung ist in Österreich seit 1990 um 61 % und seit 2005 um 33 % gestiegen und beträgt im Jahr 2023 rund 153 TWh. Bei den Energieträgern dominieren erneuerbare Energieträger mit 87 %, vor brennbaren Abfällen mit 5 % sowie Erdgas und Erdöl mit je 3,5 %.
- Die Primärenergieerzeugung ist in Niederösterreich seit 1990 um 31 % und seit 2005 um 10 % gestiegen und beträgt im Jahr 2023 rund 42 TWh. Bei den Energieträgern dominieren erneuerbare Energieträger mit 73 %, vor Erdgas und Erdöl mit je rund 11 % sowie brennbaren Abfällen mit 5 %.

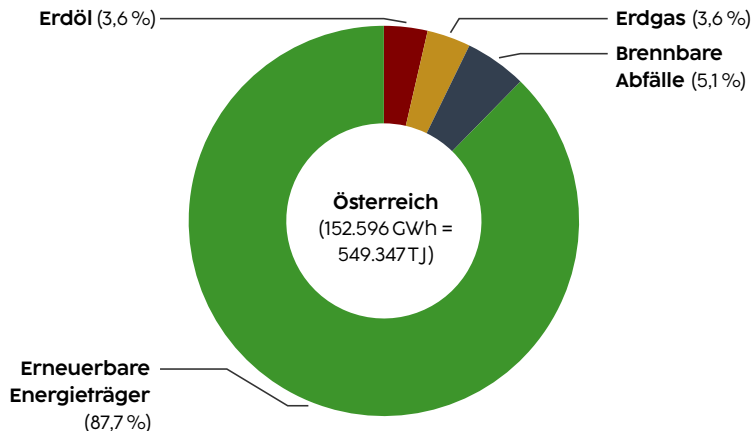
Inländische Erzeugung von Rohenergie nach Energieträgergruppen in Österreich bis 2023

Alle Daten, Quelle: Statistik Austria, NÖ Energiebilanz, Wien 2024



Inländische Erzeugung von Rohenergie nach Energieträgergruppen in Österreich – 2023

in GWh / Prozent



Entwicklung der inländischen Erzeugung von Rohenergie nach Energieträgergruppen in Österreich

In GWh

	1990	2005	2010	2015	2020	2021	2022	2023
Elektrische Energie	-	-	-	-	-	-	-	-
Fernwärme	-	-	-	-	-	-	-	-
Erneuerbare Energieträger	58,203	83,701	105,105	112,036	122,725	126,394	121,715	133,766
Brennbare Abfälle	2,242	4,626	7,125	7,750	7,772	7,672	8,038	7,812
Erdgas	12,882	15,478	16,248	12,065	7,357	6,592	6,212	5,518
Erdöl	14,049	11,012	12,242	10,326	6,637	6,633	6,089	5,501
Kohle	7,415	1	1	1	-	-	-	-
Gesamt	94,791	114,818	140,721	142,179	144,492	147,291	142,054	152,596

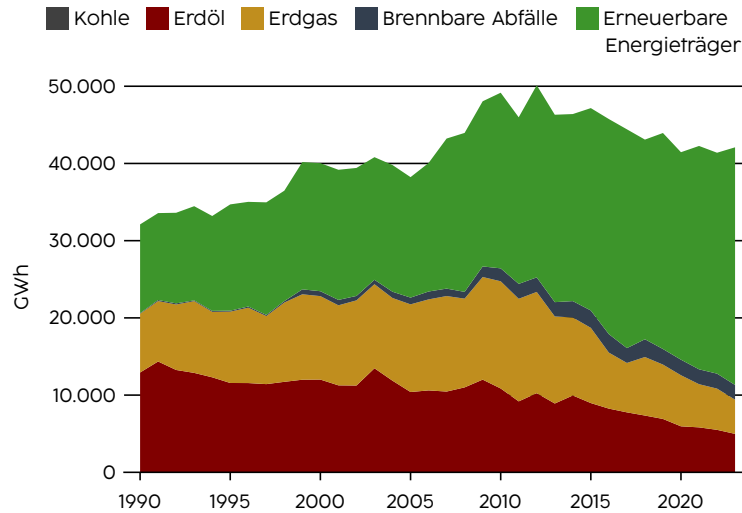
Trends der Primärenergieerzeugung in Österreich

In Prozent

	90–23	05–23	22–23
Elektrische Energie	-	-	-
Fernwärme	-	-	-
Erneuerbare Energieträger	130 %	60 %	9.9 %
Brennbare Abfälle	248 %	69 %	-2.8 %
Erdgas	-57 %	-64 %	-11.2 %
Erdöl	-61 %	-50 %	-9.7 %
Kohle	-100 %	-100 %	-
Gesamt	61 %	33 %	7.4 %

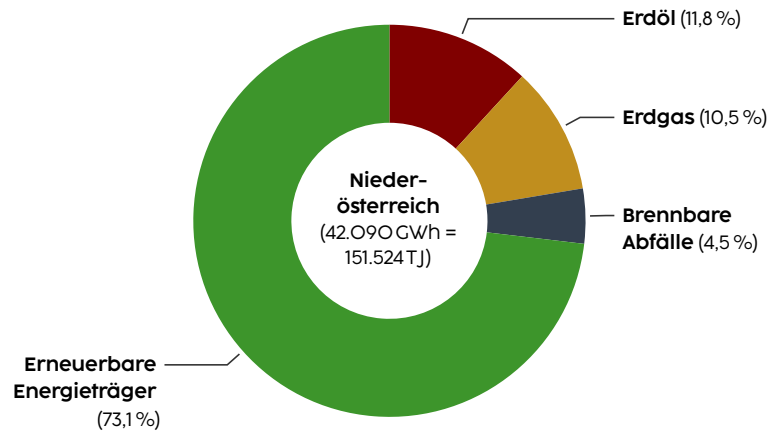
Inländische Erzeugung von Rohenergie nach Energieträgergruppen in Niederösterreich bis 2023

Alle Daten, Quelle: Statistik Austria, NÖ Energiebilanz, Wien 2024



Inländische Erzeugung von Rohenergie nach Energieträgergruppen in Niederösterreich – 2023

in GWh / Prozent



Entwicklung der inländischen Erzeugung von Rohenergie nach Energieträgergruppen in Niederösterreich

In GWh

	1990	2005	2010	2015	2020	2021	2022	2023
Elektrische Energie	-	-	-	-	-	-	-	-
Fernwärme	-	-	-	-	-	-	-	-
Erneuerbare Energieträger	11,502	15,602	22,748	26,210	26,870	28,929	28,608	30,778
Brennbare Abfälle	73	874	1,674	2,249	2,016	1,925	1,937	1,904
Erdgas	7,605	11,354	13,883	9,740	6,615	5,591	5,340	4,431
Erdöl	12,925	10,398	10,857	8,968	5,956	5,821	5,502	4,978
Kohle	3	-	-	-	-	-	-	-
Gesamt	32,109	38,229	49,162	47,168	41,457	42,267	41,388	42,090

Trends der Primärenergieerzeugung in Niederösterreich

In Prozent

	90–23	05–23	22–23
Elektrische Energie	-	-	-
Fernwärme	-	-	-
Erneuerbare Energieträger	168%	97%	7.6%
Brennbare Abfälle	2,516%	118%	-1.7%
Erdgas	-42%	-61%	-17.0%
Erdöl	-61%	-52%	-9.5%
Kohle	-100%	-	-
Gesamt	31%	10%	1.7%

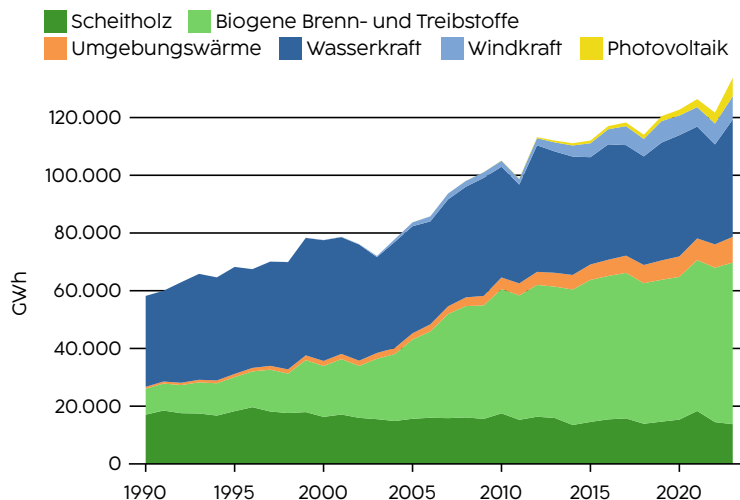
Die inländische Erzeugung von Rohenergie aus erneuerbaren Energieträgern umfasst Energien wie Scheitholz, biogene Brenn- und Treibstoffe, Umgebungswärme (Solarwärme, Wärmepumpen, Geothermie), Wasserkraft, Windkraft und Photovoltaik.

→ Die erneuerbare Primärenergieerzeugung ist in Österreich seit 1990 um 130 % und seit 2005 um 60 % gestiegen und beträgt im Jahr 2023 rund 134 TWh. Bei den erneuerbaren Energieträgern dominieren biogene Brenn- und Treibstoffe mit 42 %, vor Wasserkraft mit 30 %, Scheitholz mit 10 %, Umgebungswärme mit 7 %, Windkraft mit 6 % und Photovoltaik mit 5 %.

→ Die erneuerbare Primärenergieerzeugung ist in Niederösterreich seit 1990 um 168 % und seit 2005 um 97 % gestiegen und beträgt im Jahr 2023 rund 31 TWh. Bei den erneuerbaren Energieträgern dominieren biogene Brenn- und Treibstoffe mit 38 %, vor Wasserkraft mit 23 %, Windkraft mit 15 %, Scheitholz mit 12 %, Umgebungswärme mit 7 % und Photovoltaik mit 5 %.

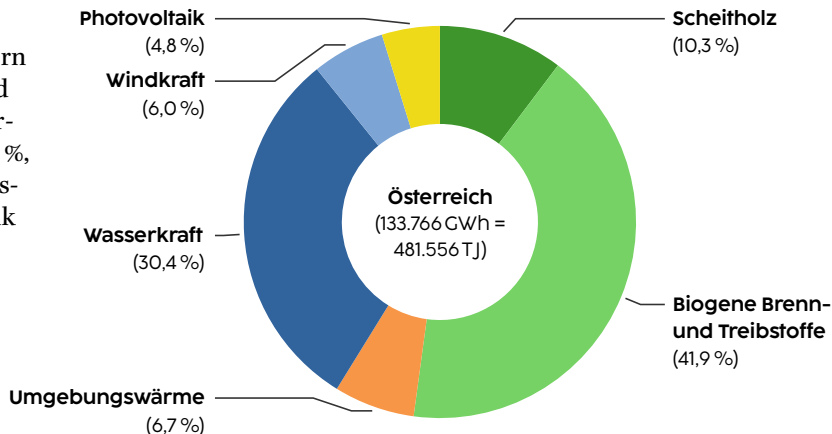
Inländische Erzeugung von Rohenergie aus erneuerbaren Energieträgern in Österreich bis 2023

In GWh / Alle Daten, Quelle: Statistik Austria, NÖ Energiebilanz, Wien 2024



Inländische Erzeugung von Rohenergie aus erneuerbaren Energieträgern in Österreich – 2023

In Prozent



Entwicklung der erneuerbaren Primärenergieerzeugung in Österreich

In GWh

	1990	2005	2010	2015	2020	2021	2022	2023
Photovoltaik	-	21	89	937	2,043	2,783	3,792	6,395
Windkraft	-	1,331	2,064	4,840	6,792	6,740	7,242	8,037
Wasserkraft	31,509	37,095	38,363	37,157	41,998	38,751	34,625	40,673
Umgebungswärme	636	2,146	3,998	5,362	7,106	7,511	8,086	8,915
Biogene Brenn- und Treibst.	9,002	27,470	43,086	49,199	49,446	52,278	53,503	55,993
Scheitholz	17,056	15,638	17,504	14,541	15,341	18,331	14,467	13,753
Gesamt	58,203	83,701	105,105	112,036	122,725	126,394	121,715	133,766

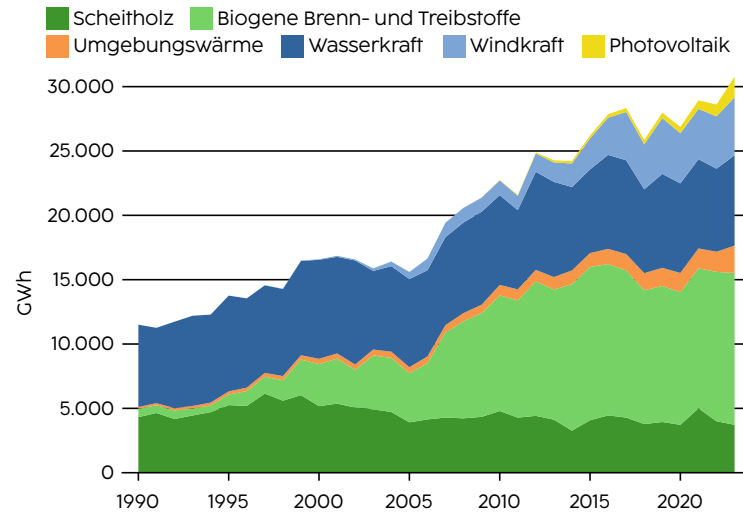
Trends der erneuerbaren Primärenergieerzeugung in Österreich

In Prozent

	90–23	05–23	22–23
Photovoltaik	-	30,325 %	68,7 %
Windkraft	-	50,4 %	11,0 %
Wasserkraft	29 %	10 %	17,5 %
Umgebungswärme	1,301 %	315 %	10,3 %
Biogene Brenn- und Treibst.	522 %	104 %	4,7 %
Scheitholz	-19 %	-12 %	-4,9 %
Gesamt	130 %	60 %	9,9 %

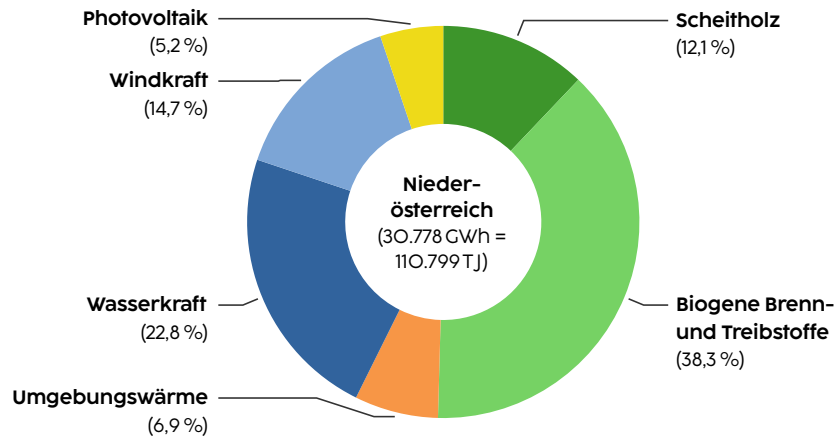
Inländische Erzeugung von Rohenergie aus erneuerbaren Energieträgern in Niederösterreich bis 2023

Alle Daten, Quelle: Statistik Austria, NÖ Energiebilanz, Wien 2024



Inländische Erzeugung von Rohenergie aus erneuerbaren Energieträgern in Niederösterreich – 2023

In Prozent



Entwicklung der erneuerbaren Primärenergieerzeugung in Niederösterreich

In GWh

	1990	2005	2010	2015	2020	2021	2022	2023
Photovoltaik	-	2	33	230	491	661	917	1,600
Windkraft	-	552	1,145	2,411	3,898	3,906	4,067	4,513
Wasserkraft	6,398	6,848	6,978	6,504	6,960	6,934	6,451	7,018
Umgebungswärme	143	460	822	1,072	1,497	1,552	1,568	2,127
Biogene Brenn- und Treibst.	645	3,825	8,976	11,917	10,302	10,873	11,608	11,800
Scheitholz	4,316	3,915	4,794	4,076	3,723	5,002	3,998	3,721
Gesamt	11,502	15,602	22,748	26,210	26,870	28,929	28,608	30,778

Trends der erneuerbaren Primärenergieerzeugung in Niederösterreich

In Prozent

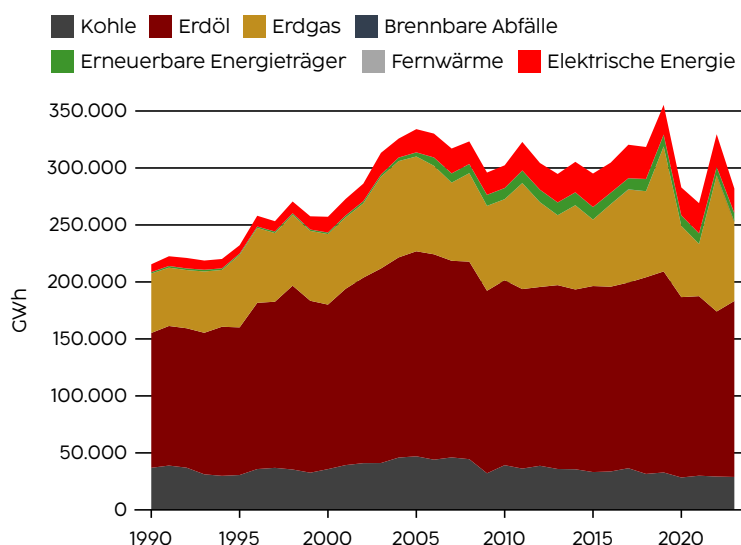
	90–23	05–23	22–23
Photovoltaik	-	76,765%	74,6%
Windkraft	-	718%	11,0%
Wasserkraft	10%	2%	8,8%
Umgebungswärme	1,385%	362%	35,7%
Biogene Brenn- und Treibst.	1,729%	208%	1,7%
Scheitholz	-14%	-5%	-6,9%
Gesamt	168%	97%	7,6%

Zur Deckung des Energiebedarfs bzw. zur Weiterverarbeitung importiert Österreich Energieträger wie Kohle, Erdöl, Erdgas, erneuerbare Energieträger und elektrische Energie.

- Die Importe nach Österreich sind seit 1990 um 31 % gestiegen, seit 2005 um 16 % gesunken und betragen im Jahr 2023 rund 282 TWh. Bei den Importen dominiert Erdöl mit 55 %, vor Erdgas mit 25 %, Kohle mit 10 %, elektrischer Energie mit 8 % und erneuerbaren Energieträgern mit 2 %.
- Die Importe nach Niederösterreich sind seit 1990 um 3 % gestiegen, seit 2005 um 20 % gesunken und betragen im Jahr 2023 rund 179 TWh. Bei den Importen dominiert Erdöl mit 86 %, vor Erdgas mit 6 %, elektrischer Energie mit 5 % und erneuerbaren Energieträgern mit 3 %.

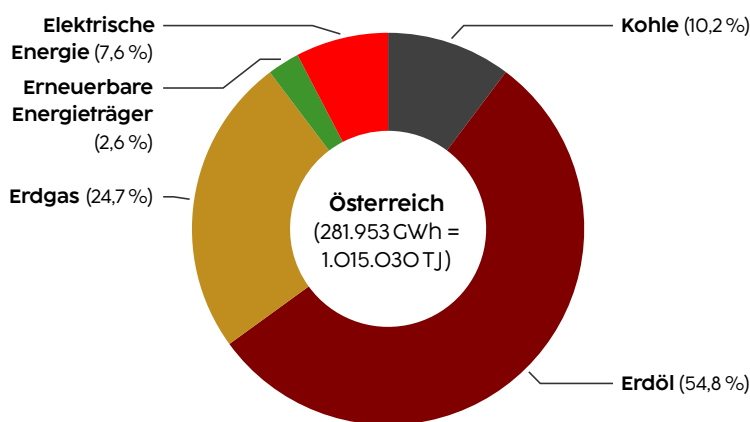
Importe nach Energieträgergruppen in Österreich bis 2023

Alle Daten, Quelle: Statistik Austria, NÖ Energiebilanz, Wien 2024



Importe nach Energieträgergruppen in Österreich – 2023

In Prozent



Entwicklung der Importe nach Energieträgergruppen in Österreich

In GWh

	1990	2005	2010	2015	2020	2021	2022	2023
Elektrische Energie	6,839	20,355	19,909	29,389	24,522	26,436	28,595	21,550
Fernwärme	-	-	-	-	-	-	-	-
Erneuerbare Energieträger	1,233	3,643	9,801	11,018	9,258	9,307	7,462	7,460
Brennbare Abfälle	-	-	-	-	-	-	-	-
Erdgas	52,199	83,179	71,121	58,331	62,460	45,875	119,486	69,645
Erdöl	118,298	179,891	162,281	163,214	158,264	157,521	144,839	154,409
Kohle	36,916	47,009	39,221	33,175	28,415	29,996	29,245	28,889
Gesamt	215,485	334,078	302,333	295,126	282,919	269,135	329,626	281,953

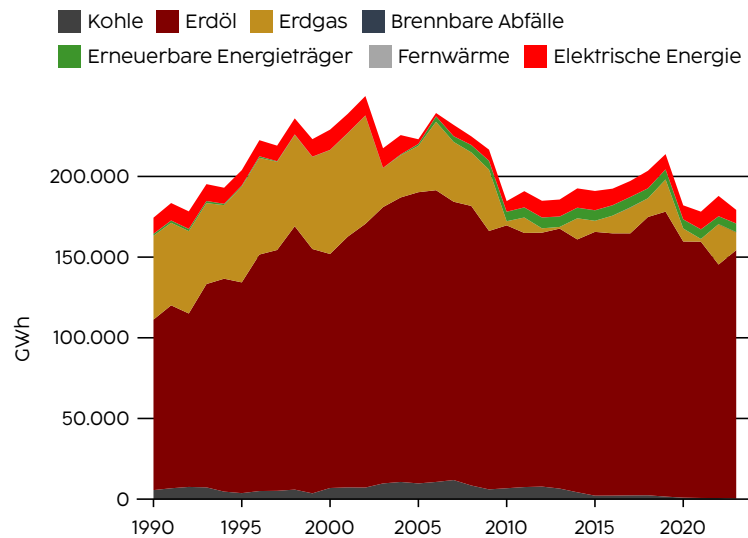
Trends der Importe in Österreich

In Prozent

90–23	05–23	22–23
215 %	6 %	-24.6 %
-	-	-
505 %	105 %	0.0 %
-	-	-
33 %	-16 %	-41.7 %
31 %	-14 %	6.6 %
-22 %	-39 %	-1.2 %
31 %	-16 %	-14.5 %

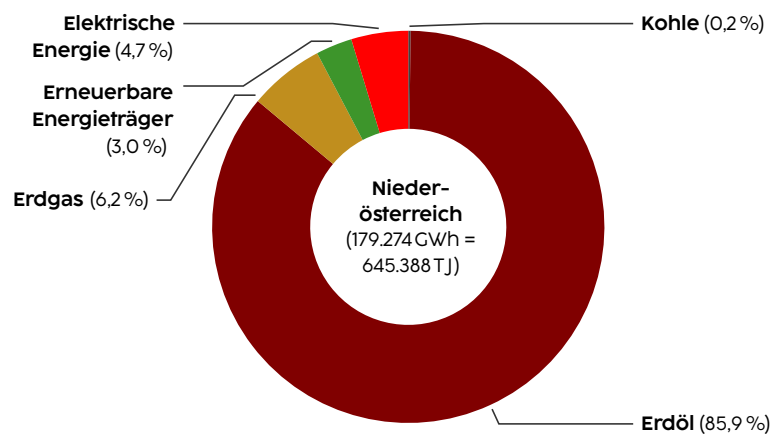
Importe nach Energieträgergruppen in Niederösterreich bis 2023

Alle Daten, Quelle: Statistik Austria, NÖ Energiebilanz, Wien 2024



Importe nach Energieträgergruppen in Niederösterreich – 2023

In Prozent



Entwicklung der Importe nach Energieträgergruppen in Niederösterreich

In GWh

	1990	2005	2010	2015	2020	2021	2022	2023
Elektrische Energie	9,972	2,839	6,541	11,941	8,687	10,917	12,576	8,412
Fernwärme	-	-	-	-	-	-	-	-
Erneuerbare Energieträger	1,229	1,233	5,908	6,548	5,683	6,010	4,892	5,369
Brennbare Abfälle	-	-	-	-	-	-	-	-
Erdgas	51,967	28,742	2,572	6,869	8,062	1,686	25,069	11,164
Erdöl	105,677	180,503	162,928	163,496	158,755	158,845	144,716	153,976
Kohle	5,589	9,733	6,749	2,146	911	716	680	352
Gesamt	174,433	223,050	184,699	191,000	182,098	178,174	187,934	179,274

Trends der Importe in Niederösterreich

In Prozent

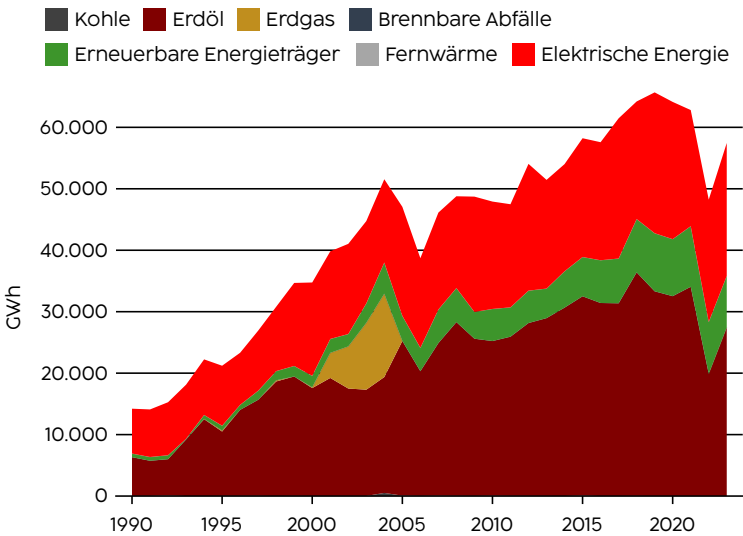
	90–23	05–23	22–23
Elektrische Energie	-16 %	196 %	-33.1 %
Fernwärme	-	-	-
Erneuerbare Energieträger	337 %	335 %	9.8 %
Brennbare Abfälle	-	-	-
Erdgas	-79 %	-61 %	-55.5 %
Erdöl	46 %	-15 %	6.4 %
Kohle	-94 %	-96 %	-48.2 %
Gesamt	3 %	-20 %	-4.6 %

Nach Deckung des Energiebedarfs bzw. nach der Weiterverarbeitung exportiert Österreich Energieträger wie Kohle, Erdöl, Erdgas, erneuerbare Energieträger und elektrische Energie.

- Die Exporte aus Österreich sind seit 1990 um 304 % und seit 2005 um 22 % gestiegen und betragen im Jahr 2023 rund 57 TWh. Bei den Exporten dominieren Erdöl mit 48 % und elektrische Energie mit 38 %, vor erneuerbaren Energieträgern mit 14 %.
- Die Exporte aus Niederösterreich sind seit 1990 um 6 % und seit 2005 um 23 % gesunken und betragen im Jahr 2023 rund 124 TWh. Bei den Exporten dominiert Erdöl mit 86 %, vor elektrischer Energie mit 9 % und erneuerbaren Energieträgern mit 5 %.

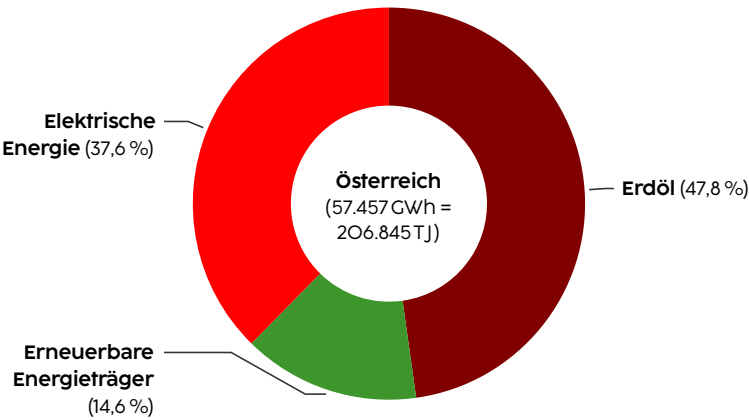
Exporte nach Energieträgergruppen in Österreich bis 2023

Alle Daten, Quelle: Statistik Austria, NÖ Energiebilanz, Wien 2024



Exporte nach Energieträgergruppen in Österreich – 2023

In Prozent



Entwicklung der Exporte nach Energieträgergruppen in Österreich

In GWh

	1990	2005	2010	2015	2020	2021	2022	2023
Elektrische Energie	7,298	17,732	17,472	19,328	22,327	18,893	19,890	21,622
Fernwärme	-	-	-	-	-	-	-	-
Erneuerbare Energieträger	587	4,085	5,223	6,387	9,280	9,860	8,434	8,382
Brennbare Abfälle	-	-	-	-	-	-	-	-
Erdgas	-	-	-	-	-	-	-	-
Erdöl	6,312	25,174	25,170	32,424	32,530	34,059	19,910	27,453
Kohle	19	69	55	88	1	0	1	-
Gesamt	14,216	47,060	47,920	58,226	64,137	62,812	48,235	57,457

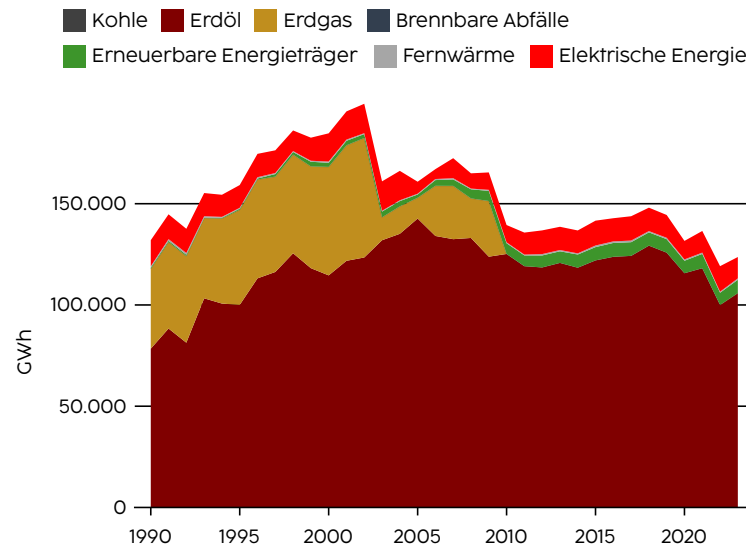
Trends der Exporte in Österreich

In Prozent

90–23	05–23	22–23
196%	22%	8.7%
-	-	-
1,327%	105%	-0.6%
-	-	-
-	-	-
335%	9%	37.9%
-100%	-100%	-100%
304%	22%	19.1%

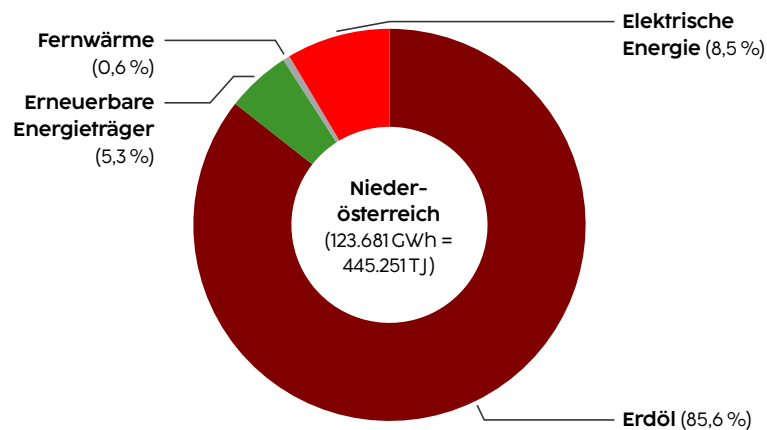
Exporte nach Energieträgergruppen in Niederösterreich bis 2023

Alle Daten, Quelle: Statistik Austria, NÖ Energiebilanz, Wien 2024



Exporte nach Energieträgergruppen in Niederösterreich – 2023

In Prozent



Entwicklung der Exporte nach Energieträger in Niederösterreich

In GWh

	1990	2005	2010	2015	2020	2021	2022	2023
Elektrische Energie	12,867	5,914	8,534	12,261	9,136	10,685	12,607	10,544
Fernwärme	659	413	463	800	663	646	510	707
Erneuerbare Energieträger	596	1,581	5,290	6,548	6,150	7,065	6,029	6,555
Brennbare Abfälle	-	-	-	-	-	-	-	-
Erdgas	39,465	10,278	-	-	-	-	-	-
Erdöl	78,409	142,652	125,176	121,979	115,682	118,145	100,018	105,875
Kohle	1	22	8	43	0	0	0	-
Gesamt	131,997	160,861	139,471	141,631	131,631	136,542	119,164	123,681

Trends der Exporte in Niederösterreich

In Prozent

90–23	05–23	22–23
-18%	78%	-16,4%
7%	71%	38,6%
1,000%	315%	8,7%
-	-	-
-100%	-100%	-
35%	-26%	5,9%
-100%	-100%	-100,0%
-6%	-23%	3,8%

2 Energieverbrauch

Allgemein

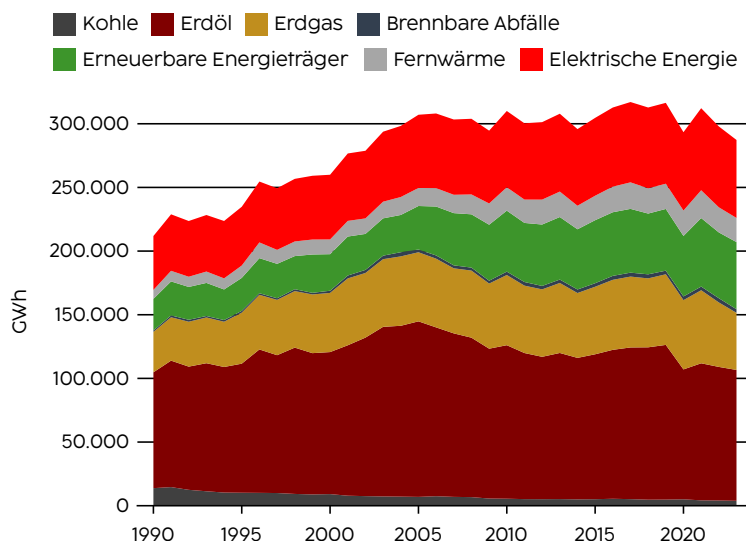
Der Bruttoinlandsverbrauch konnte in Niederösterreich weitgehend auf dem Niveau von 2005 stabilisiert werden und ist nach wie vor von den fossilen Energieträgern dominiert, deren Anteil allerdings kontinuierlich zugunsten des Anteils der erneuerbaren Energien zurückgedrängt wird.

Der Endenergieverbrauch konnte in Niederösterreich trotz Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum annähernd auf dem Niveau von 2005 stabilisiert werden, sollte aber in Hinblick auf die energie- und klimapolitischen Ziele sinken.

Der Endenergieverbrauch ist 2023 im Vergleich zum Vorjahr um 1 Prozent gesunken.

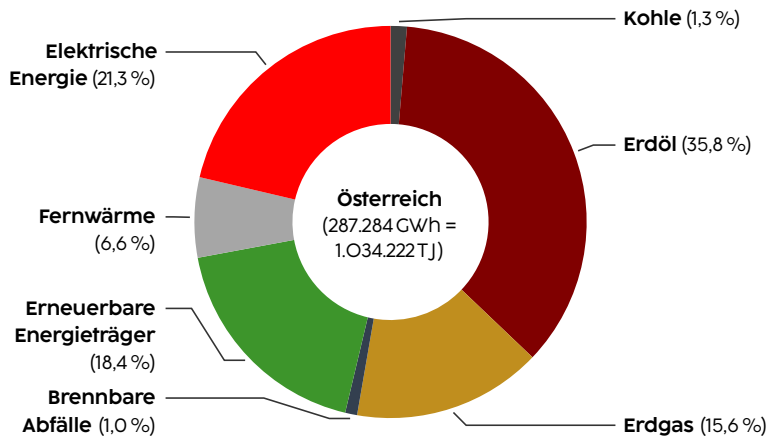
Energetischer Endverbrauch nach Energieträgergruppen in Österreich bis 2023

Alle Daten, Quelle: Statistik Austria, NÖ Energiebilanz, Wien 2024



Energetischer Endverbrauch nach Energieträgergruppen in Österreich – 2023

In Prozent



Entwicklung des energetischen Endverbrauchs nach Energieträger in Österreich

In GWh

	1990	2005	2010	2015	2020	2021	2022	2023
Elektrische Energie	42,348	57,500	59,934	61,154	61,532	64,443	63,517	61,261
Fernwärme	7,015	14,169	18,361	19,310	19,981	21,855	19,730	18,966
Erneuerbare Energieträger	24,790	34,177	47,890	49,509	47,506	53,800	51,671	52,737
Brennbare Abfälle	1,121	2,167	2,653	2,755	2,918	2,893	3,323	2,829
Erdgas	31,771	54,265	55,133	53,048	54,393	57,374	50,640	44,861
Erdöl	90,992	137,875	120,568	113,829	102,033	107,659	104,936	102,769
Kohle	13,792	6,928	5,500	5,111	5,024	4,204	4,085	3,861
Gesamt	211,829	307,079	310,040	304,717	293,387	312,226	297,901	287,284

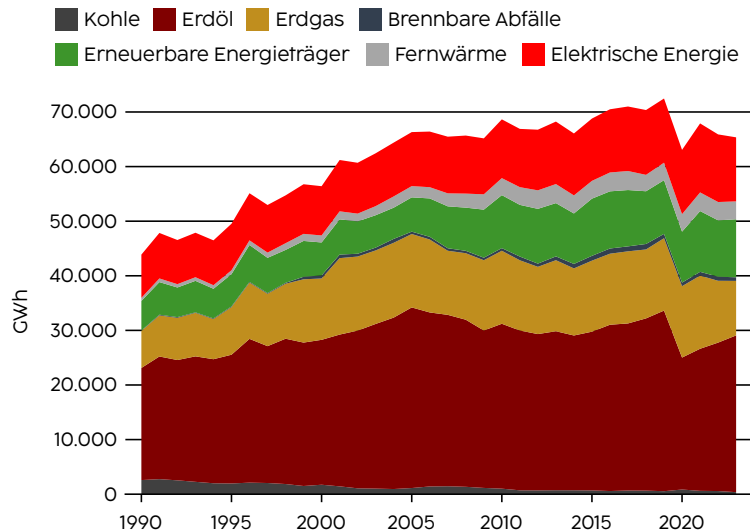
Trends des energetischen Endverbrauchs in Österreich

In Prozent

	90–23	05–23	22–23
Elektrische Energie	45%	7%	-3.6%
Fernwärme	170%	34%	-3.9%
Erneuerbare Energieträger	113%	54%	2.1%
Brennbare Abfälle	152%	31%	-14.9%
Erdgas	41%	-17%	-11.4%
Erdöl	13%	-25%	-2.1%
Kohle	-72%	-44%	-5.5%
Gesamt	36%	-6%	-3.6%

Energetischer Endverbrauch nach Energieträgergruppen in Niederösterreich bis 2023

Alle Daten, Quelle: Statistik Austria, NÖ Energiebilanz, Wien 2024



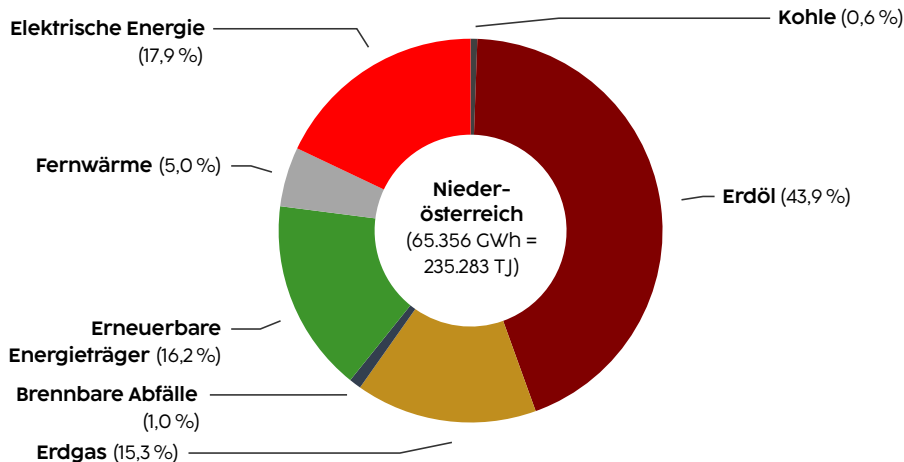
Der energetische Endverbrauch umfasst neben den Brennstoffeinsätzen von Kohle, Erdöl, Erdgas, brennbaren Abfällen und Erneuerbaren auch den Verbrauch von Fernwärme und elektrischer Energie.

→ Der Endenergieeinsatz ist in Österreich seit 1990 um 36 % gestiegen und seit 2005 um 6 % gesunken und beträgt im Jahr 2023 rund 287 TWh. Bei den Energieträgern dominiert Erdöl mit 36 %, vor elektrischer Energie mit 21 %, erneuerbaren Energieträgern mit 18 % und Erdgas mit 16 %.

→ Der Endenergieeinsatz ist in Niederösterreich seit 1990 um 49 % gestiegen, seit 2005 um 1 % gesunken und beträgt im Jahr 2023 rund 65 TWh. Bei den Energieträgern dominiert Erdöl mit 44 %, vor elektrischer Energie mit 18 %, erneuerbaren Energieträgern mit 16 % und Erdgas mit 15 %.

Energetischer Endverbrauch nach Energieträgergruppen in Niederösterreich – 2023

In Prozent



Entwicklung des energetischen Endverbrauchs nach Energieträger in Niederösterreich

In GWh

	1990	2005	2010	2015	2020	2021	2022	2023
Elektrische Energie	7,930	9,892	10,763	11,415	11,774	12,639	12,385	11,730
Fernwärme	563	2,066	3,114	3,258	3,206	3,417	3,354	3,282
Erneuerbare Energieträger	5,419	6,280	9,705	10,472	9,330	11,134	10,318	10,620
Brennbare Abfälle	68	432	487	884	655	689	753	661
Erdgas	6,783	13,447	13,371	12,898	13,073	13,395	11,323	9,986
Erdöl	20,535	33,075	30,198	29,068	24,169	26,022	27,185	28,708
Kohle	2,584	1,127	1,012	694	853	611	576	369
Gesamt	43,881	66,318	68,649	68,688	63,061	67,908	65,894	65,356

Trends des energetischen Endverbrauchs in Niederösterreich

In Prozent

	90–23	05–23	22–23
Elektrische Energie	48 %	19 %	-5.3 %
Fernwärme	483 %	59 %	-2.1 %
Erneuerbare Energieträger	96 %	69 %	2.9 %
Brennbare Abfälle	867 %	53 %	-12.2 %
Erdgas	47 %	-26 %	-11.8 %
Erdöl	40 %	-13 %	5.6 %
Kohle	-86 %	-67 %	-35.9 %
Gesamt	49 %	-1 %	-0.8 %

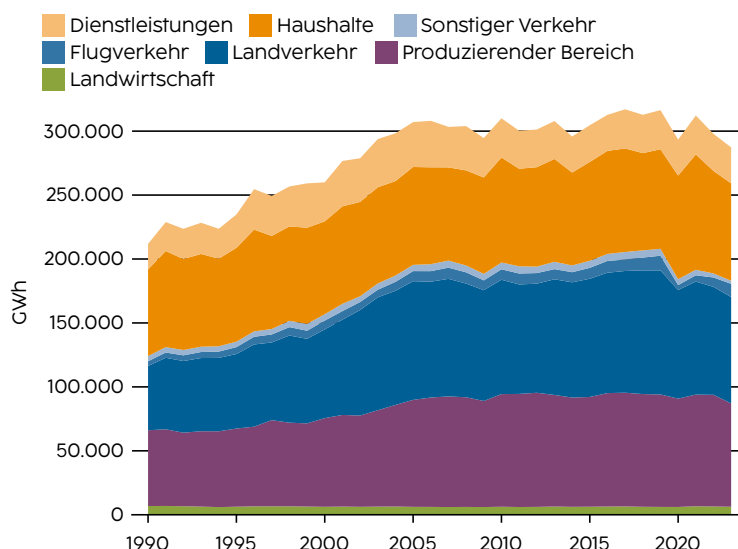
Der energetische Endverbrauch ist der Endenergieeinsatz in den Sektoren Dienstleistungen, Haushalte, Landverkehr, Flugverkehr, sonstiger Verkehr, produzierender Bereich und Landwirtschaft.

→ Der Endenergieeinsatz ist in Österreich seit 1990 um 36 % gestiegen, seit 2005 um 6 % gesunken und beträgt im Jahr 2023 rund 287 TWh. Bei den Sektoren dominiert der Landverkehr mit 29%, vor dem produzierenden Bereich mit 28 %, den Haushalten mit 27 % und den Dienstleistern mit 10 %.

→ Der Endenergieeinsatz ist in Niederösterreich seit 1990 um 49 % gestiegen, seit 2005 um 1 % gesunken und beträgt im Jahr 2023 rund 65 TWh. Bei den Sektoren dominiert der Landverkehr mit 27 %, vor den Haushalten mit 26 %, dem produzierenden Bereich mit 22 % und dem Flugverkehr mit 13 %.

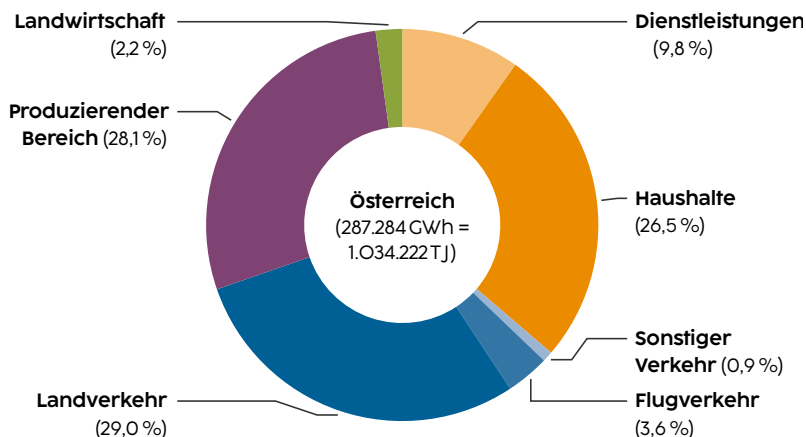
Energetischer Endverbrauch nach Sektoren in Österreich bis 2023

Alle Daten, Quelle: Statistik Austria, NÖ Energiebilanz, Wien 2024



Energetischer Endverbrauch nach Sektoren in Österreich – 2023

In Prozent



Entwicklung des energetischen Endverbrauchs nach Sektoren in Österreich

In GWh

	1990	2005	2010	2015	2020	2021	2022	2023
Dienstleistungen	20,023	35,120	30,685	28,722	28,102	30,428	29,033	28,116
Haushalte	67,712	76,531	82,091	77,294	81,083	90,218	80,152	76,139
Sonstiger Verkehr	4,070	4,891	5,315	5,565	4,585	4,318	3,175	2,454
Flugverkehr	3,656	7,884	8,171	8,495	3,902	4,892	7,354	10,273
Landverkehr	50,264	92,818	89,414	92,426	84,893	88,392	84,377	83,199
Produzierender Bereich	59,280	83,659	88,106	85,851	84,723	87,316	87,340	80,844
Landwirtschaft	6,824	6,178	6,259	6,283	6,098	6,664	6,470	6,258
Gesamt	211,829	307,079	310,040	304,635	293,387	312,226	297,901	287,284

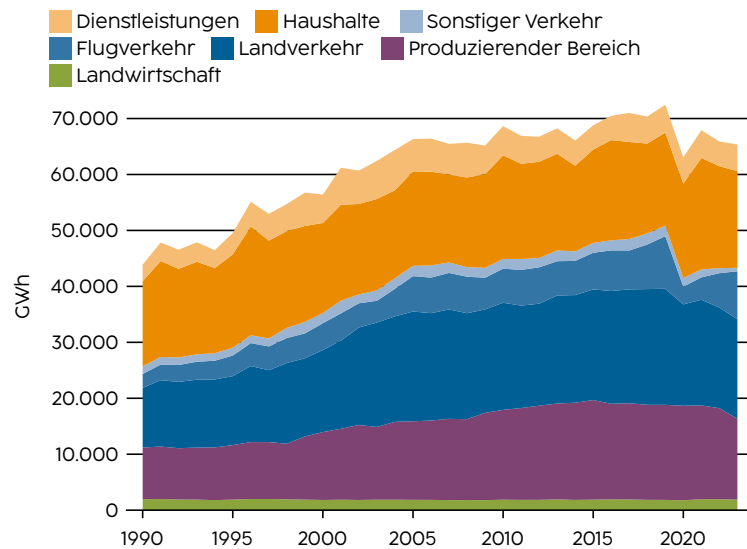
Trends des energetischen Endverbrauchs in Österreich

In Prozent

	90–23	05–23	22–23
Dienstleistungen	40 %	-20 %	-3.2 %
Haushalte	12 %	-1 %	-5.0 %
Sonstiger Verkehr	-40 %	-50 %	-22.7 %
Flugverkehr	181 %	30 %	39.7 %
Landverkehr	66 %	-10 %	-1.4 %
Produzierender Bereich	36 %	-3 %	-7.4 %
Landwirtschaft	-8 %	1 %	-3.3 %
Gesamt	36 %	-6 %	-3.6 %

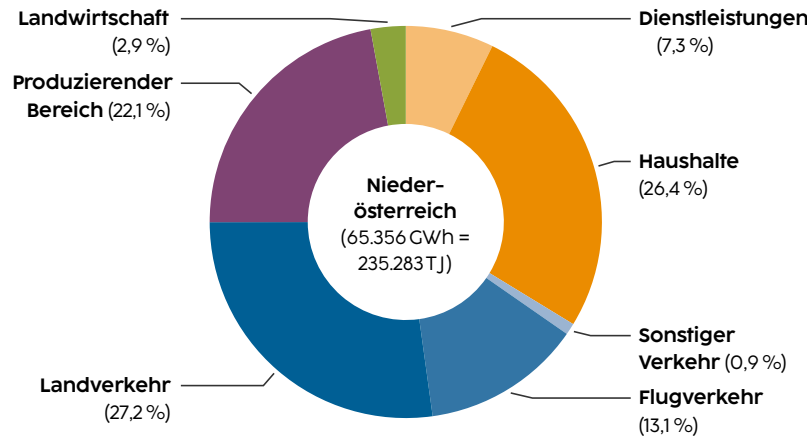
Energetischer Endverbrauch nach Sektoren in Niederösterreich bis 2023

Alle Daten, Quelle: Statistik Austria, NÖ Energiebilanz, Wien 2024



Energetischer Endverbrauch nach Sektoren in Niederösterreich – 2023

In Prozent



Entwicklung des energetischen Endverbrauchs nach Sektoren in Niederösterreich

In GWh

	1990	2005	2010	2015	2020	2021	2022	2023
Dienstleistungen	2,961	5,766	5,230	4,344	4,690	4,955	4,422	4,756
Haushalte	15,232	16,881	18,512	16,698	16,889	19,920	18,218	17,282
Sonstiger Verkehr	1,345	1,841	1,740	1,748	1,536	1,424	900	621
Flugverkehr	2,487	6,322	6,089	6,551	3,167	4,005	6,142	8,588
Landverkehr	10,663	19,622	19,149	19,774	18,117	18,878	17,982	17,760
Produzierender Bereich	9,239	14,044	16,060	17,801	16,895	16,761	16,276	14,464
Landwirtschaft	1,954	1,842	1,870	1,882	1,767	1,964	1,955	1,885
Gesamt	43,881	66,318	68,649	68,798	63,061	67,908	65,894	65,356

Trends des energetischen Endverbrauchs in Niederösterreich

In Prozent

	90–23	05–23	22–23
Dienstleistungen	61%	-18%	7.6%
Haushalte	13%	2%	-5.1%
Sonstiger Verkehr	-54%	-66%	-31.0%
Flugverkehr	245%	36%	39.8%
Landverkehr	67%	-9%	-1.2%
Produzierender Bereich	57%	3%	-11.1%
Landwirtschaft	-4%	2%	-3.5%
Gesamt	49%	-1%	-0.8%

Energienutzungskategorien nach
Bereichen in Niederösterreich

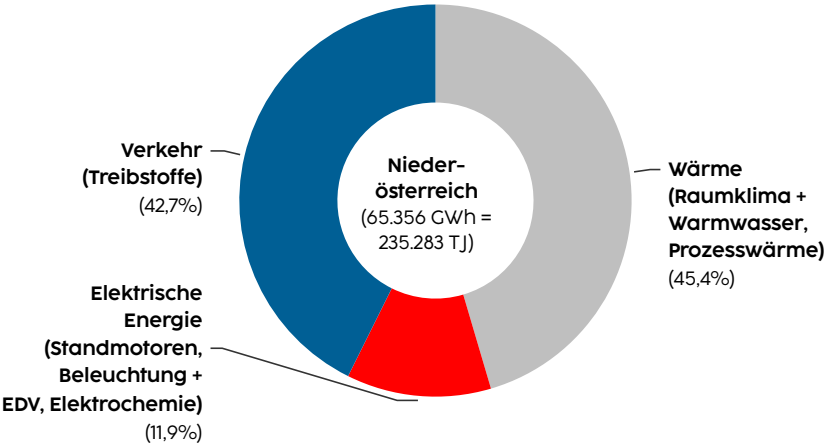
In der Nutzenergieanalyse erfolgt die Zuordnung des energetischen Endverbrauchs zu den Nutzungskategorien Wärme (Raumklima und Warmwasser, Prozesswärme), elektrische Energie (Standmotoren, Beleuchtung und EDV, Elektrochemie) und Verkehr (Treibstoffe).

Der Endenergieeinsatz beträgt in Niederösterreich im Jahr 2023 rund 65 TWh.

Bei den Nutzungskategorien dominiert Wärme mit rund 45 %, vor Verkehr mit etwa 43 % und elektrischer Energie mit rund 12 %.

Entwicklung des energetischen Endverbrauchs nach den
Bereichen der Energiebilanz

Quelle: Statistik Austria, NÖ Energiebilanz, Wien 2024



Vergleich Österreich und Niederösterreich – 2023

In GWh / Quelle: Statistik Austria, NÖ Energiebilanz, Wien 2024

Vergleich Erzeugung und
Endverbrauch in Österreich und
Niederösterreich

Ein Vergleich der Anzahl von Bevölkerung, Fläche, inländischer Primärenergieerzeugung und energetischem Endverbrauch in Österreich und Niederösterreich im Jahr 2023 zeigt nachfolgendes Bild.

Niederösterreich weist einen Anteil an der Bevölkerung von 19 % und der Fläche von 23 % von Österreich auf.

Bei der inländischen Primärenergieerzeugung beträgt der Anteil Niederösterreichs 27,6 %. Bei den Energieträgern liegen die Anteile von Erdgas und Erdöl bei über 80 % und von Windkraft mit 56 % über dem Durchschnitt der inländischen Erzeugung von Rohenergie.

Beim energetischen Endverbrauch hat Niederösterreich einen Anteil von 22,7 % an Österreich. Über dem Durchschnitt liegen der Verbrauch von Erdöl mit 28 % und die brennbaren Abfälle mit 23 %.

	Ö	NÖ	%-Anteil NÖ
Allgemeines			
Bevölkerung	9,130,697	1,721,067	18.8 %
Fläche (km²)	83,878	19,180	22.9 %
Inländische Primärenergieerzeugung (GWh)			
Photovoltaik	6,395	1,600	25.0 %
Windkraft	8,037	4,513	56.1 %
Wasserkraft	40,673	7,018	17.3 %
Umgebungswärme	8,915	2,127	23.9 %
Biogene Brenn- und Treibstoffe	55,993	11,800	21.1 %
Scheitholz	13,753	3,721	27.1 %
Brennbare Abfälle	7,812	1,904	24.4 %
Erdgas	5,518	4,431	80.3 %
Erdöl	5,501	4,978	90.5 %
Gesamt	152,596	42,090	27.6 %
Energetischer Endverbrauch (GWh)			
Elektrische Energie	61,261	11,730	19.1 %
Fernwärme	18,966	3,282	17.3 %
Erneuerbare Energieträger	52,737	10,620	20.1 %
Brennbare Abfälle	2,829	661	23.4 %
Erdgas	44,861	9,986	22.3 %
Erdöl	102,769	28,708	27.9 %
Kohle	3,861	369	9.6 %
Gesamt	287,284	65,356	22.7 %

- Gebäude: Energieverbrauchssteigerung um rund 20 %, was trotz durchgeführter Wärmedämmungen der Gebäude vor allem auf die um zwei Drittel gestiegene Wohnungsfläche zurückzuführen ist.
- Verkehr: stark steigend, wobei der Landverkehr seit 1990 um rund 85 % zulegen und der Flugverkehr bis 2023 um rund 250 % gestiegen ist und etwa ein Drittel des Energieverbrauchs im Bereich Verkehr ausmacht.
- Industrie: stark steigend bis 2015 aufgrund von Produktionszuwächsen, bis 2022 etwa gleichbleibend und im Jahr 2023 ein deutlicher Rückgang aufgrund der schwachen wirtschaftlichen Entwicklung.

Stromerzeugung aus erneuerbarer Energie in Niederösterreich

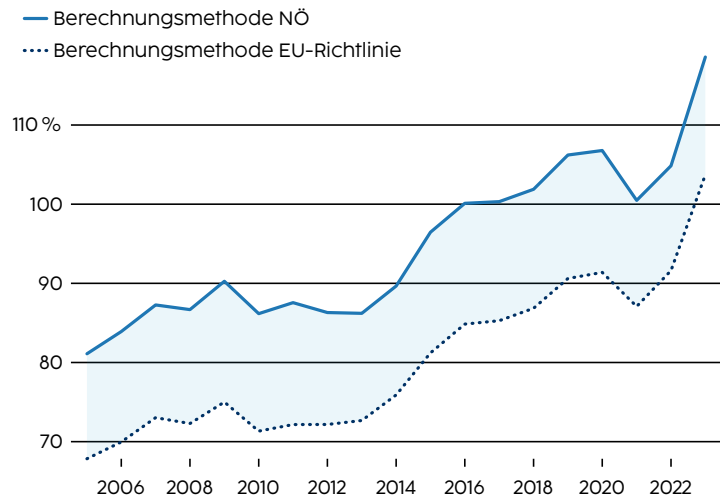
Der Anteil der erneuerbaren Stromerzeugung wird aus der normalisierten erneuerbaren Erzeugung in Bezug zum tatsächlichen Endenergieverbrauch aller Stromverbraucherinnen und -verbraucher berechnet. Normalisierung der Erzeugung bedeutet, dass der Mittelwert der erneuerbaren Erzeugung aus mehreren Jahren (bei Wasserkraft 15 Jahre bzw. bei Windkraft 5 Jahre) berücksichtigt wird.

In der Abbildung werden zwei Berechnungsmethoden ausgewiesen: Die Methode der Energiebilanz der Statistik Austria gemäß EU-Richtlinie bezieht die erzeugte Stromproduktion auf den Bruttoendenergieverbrauch, also auf den Endenergieverbrauch inklusive Verbrauch des Sektors Energie und Verluste des Energiesystems. In der NÖ-Berechnungsmethode wird die erneuerbare Erzeugung auf den Endenergieverbrauch bezogen.

Der Anteil der erneuerbaren Stromerzeugung hat sich in Niederösterreich seit 2005 nach dem „NÖ Energiefahrplan“ um 46 % auf 119 % gesteigert. Nach der Berechnungsmethode der „EU-Richtlinie“ hat sich in Niederösterreich die erneuerbare Stromerzeugung im selben Zeitraum unter Berücksichtigung der Verluste und mehrjähriger Produktionszeiträume um 53 % auf 104 % erhöht.

NÖ Anteile erneuerbare Stromerzeugung bis 2023

Quelle: Land NÖ und Statistik Austria, NÖ Energiebilanz, Wien 2024

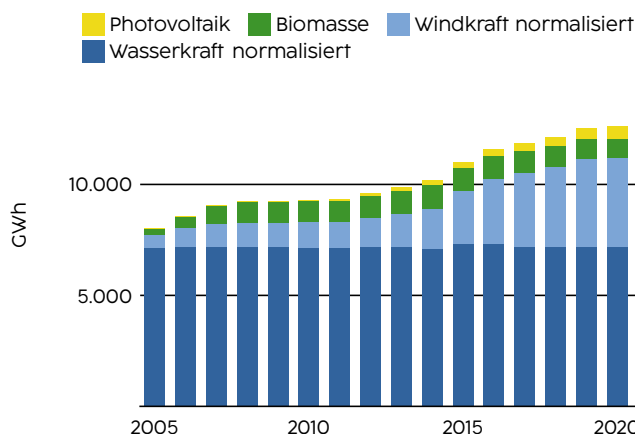


Die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern wächst seit Jahren stetig an. Hauptursache dafür

ist der starke Ausbau der Wind- und Sonnenkraftwerke. Auch in Zukunft liegt das größte Wachstumspotenzial bei diesen beiden erneuerbaren Energieformen, während bei Wasserkraftwerken und Biomassekraftwerken zur Stromproduktion die Potenziale in Niederösterreich weitgehend erschlossen sind. Normalisierte Daten werden für die Wind- und Wasserkraftproduktion verwendet. Bei der Normalisierung wird die Erzeugung aus mehreren Jahren (bei Wasserkraft aus 15 Jahren und bei Windkraft aus den letzten 5 Jahren) berücksichtigt. Angebotsseitige Schwankungen werden so ausgeglichen. Bei Photovoltaikanlagen findet eine Normalisierung indirekt über die verwendeten Volllaststunden statt. Dabei wird die angenommene installierte Leistung mit 1.000 Volllaststunden multipliziert, was in etwa der durchschnittlichen Globalstrahlung in Österreich entspricht.

NÖ Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energiequellen bis 2023 – normalisierte Daten

Quelle: Statistik Austria, NÖ Energiebilanz, Wien 2024;
PV-Produktion: RU3/eNu, St. Pölten 2024



Die Photovoltaik-Stromproduktion

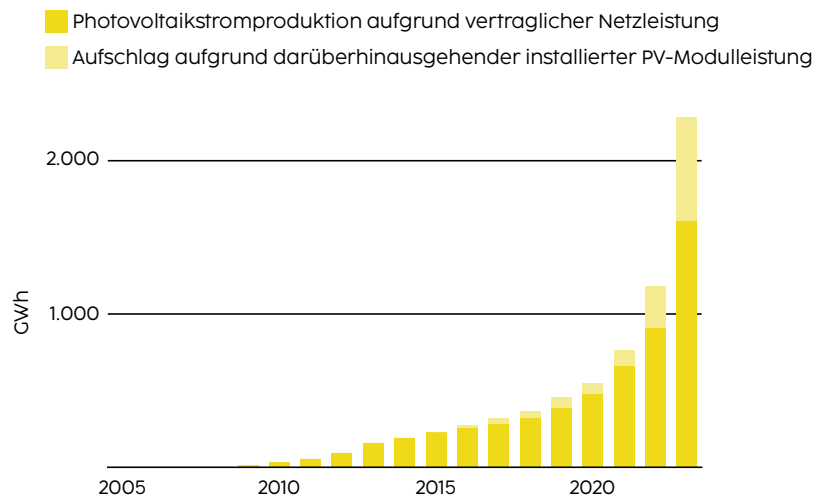
ist seit Beginn der Energiekrise stark angestiegen und hat sich zwischen 2022 und 2023 beinahe verdoppelt. Sie beträgt im Jahr 2023 ca. 2.280 GWh.

Dabei ist in der jeweiligen Statistik zu unterscheiden, ob lediglich die offiziell zur Verfügung stehende Netzleistung herangezogen wird (dunkle Balken), oder auch die darüberhinausgehende installierte PV-Modulleistung (helle Balken) berücksichtigt wird. Diese Energiemenge wird unter anderem direkt vor Ort verbraucht und nicht ins Netz eingespeist.

Allein im Jahr 2023 wurden mehr als 40.000 PV-Anlagen errichtet. Somit haben Ende 2023 rund 115.000 PV-Anlagen nachhaltigen Sonnenstrom in Niederösterreich produziert.

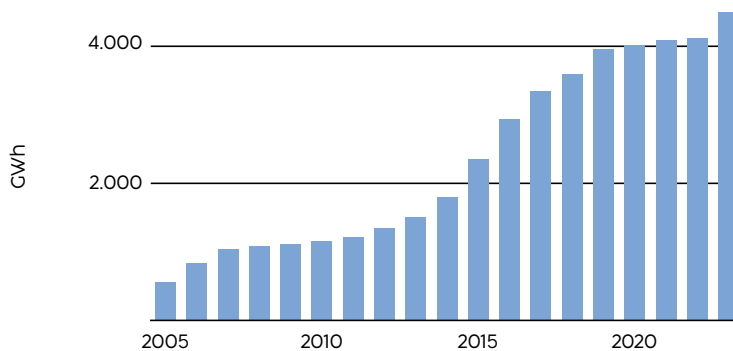
Sonnenstromproduktion in Niederösterreich bis 2023

Quelle: Land NÖ, RU3/eNu, St. Pölten 2024



Windstromproduktion in Niederösterreich (normalisiert) bis 2023

Quelle: Statistik Austria, NÖ Energiebilanz, Wien 2024

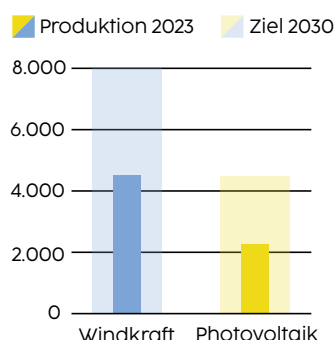


Die Windstromproduktion steigt weiterhin an.

Ursachen dafür sind neben dem Bau neuer Anlagen vor allem auch das Repowering bestehender Anlagen. Ende 2023 sind in ganz Niederösterreich rund 800 Anlagen installiert. Die Normalisierung der Produktion erfolgt über den Durchschnitt der letzten 5 Jahre.

Zielerreichungsgrad Photovoltaik- und Windstromproduktion

Quelle: Land NÖ, St. Pölten 2024



Mit dem Update zum NÖ Klima- und Energiefahrplan wurden die Ziele für die Stromproduktion aus Windkraft und Photovoltaik für das Jahr 2030 erhöht. Die Windstromproduktion soll von ca. 4.500 GWh im Jahr 2023 auf 8.000 GWh im Jahr 2030 und die Sonnenstromproduktion von 2.280 GWh im Jahr 2023 auf 4.500 GWh im Jahr 2030 steigen.

Zukunft gestalten.
Maßnahmen setzen.

NÖ Klima- und Energieprogramm 2030 Statusbericht 2025



UMWELT- UND
ENERGIEWIRTSCHAFT

Den Auswirkungen des Klimawandels muss auf zwei Arten begegnet werden:

1. Durch Emissionsreduktion muss der Temperaturanstieg auf maximal 2 °C beschränkt werden, um unbeherrschbare Folgen zu vermeiden. Je höher der Temperaturanstieg, umso teurer werden die Anpassungsmaßnahmen und umso unangenehmer bzw. unbeherrschbarer werden die Folgen für unser Leben.

2. Gleichzeitig müssen die Auswirkungen des unvermeidbaren Klimawandels durch Anpassung beherrschbar gemacht werden. Der Klimawandel ist im Gange und kann nicht mehr vollständig rückgängig gemacht werden, daher müssen wir uns anpassen. Je erfolgreicher wir im Klimaschutz sind, umso weniger Anpassung ist notwendig – ohne Klimaschutz sind die Auswirkungen so gravierend, dass die technischen Grenzen der Anpassung überschritten werden.

Für den globalen Temperaturanstieg geht die Wissenschaft derzeit davon aus, dass bei ca. 1,8 °C globalem Temperaturanstieg der „kostenoptimale“ Punkt zwischen Klimaschutz und Anpassung liegt. Will man den Temperaturanstieg unter 1,8 °C halten, gehen die Kosten für die Anpassung zwar zurück, gleichzeitig werden aber die dafür erforderlichen Klimaschutzmaßnahmen signifikant teurer. „Spart“ man beim Klimaschutz und nimmt einen globalen Temperaturanstieg über 1,8 °C in Kauf, steigen jedoch jene Kosten, die für die Anpassung notwendig wären, erheblich, bis schließlich ein Punkt erreicht ist, wo Anpassung praktisch nicht mehr möglich ist.

Nur mit Klimaschutz und Klimawandelanpassung gemeinsam ist eine leistbare und bewältigbare Entwicklung gestaltbar – dem wird das NÖ Klima- und Energieprogramm gerecht, indem es Maßnahmen aus beiden Bereichen in einem gemeinsamen Umsetzungsprogramm vereint. Diese integrative Bearbeitung erlaubt es, Synergien optimal zu nutzen, Fehlanpassungen zu vermeiden und eine bestmögliche Transparenz für alle Zielgruppen zu gewährleisten.

Mit diesem Ansatz geht Niederösterreich einen innovativen Weg in Richtung einer lebenswerten Zukunft.

**Aktiv für ein
zukunftsicheres NÖ,
denn Nicht-Handeln ist
keine Option!**

1 Gesamtentwicklung der Treibhausgas-Emissionen in NÖ

Auf diesen beiden Seiten finden Sie die gesamten Treibhausgas-Emissionen (THG) für NÖ nach den Bereichen des KEP gegliedert. Für die bessere Vergleichbarkeit werden diese entsprechend der Bundesländer-Luftschadstoff-Inventur (BLI) bezeichnet (also z. B.: KEP Energie.Versorgung – BLI Energie).

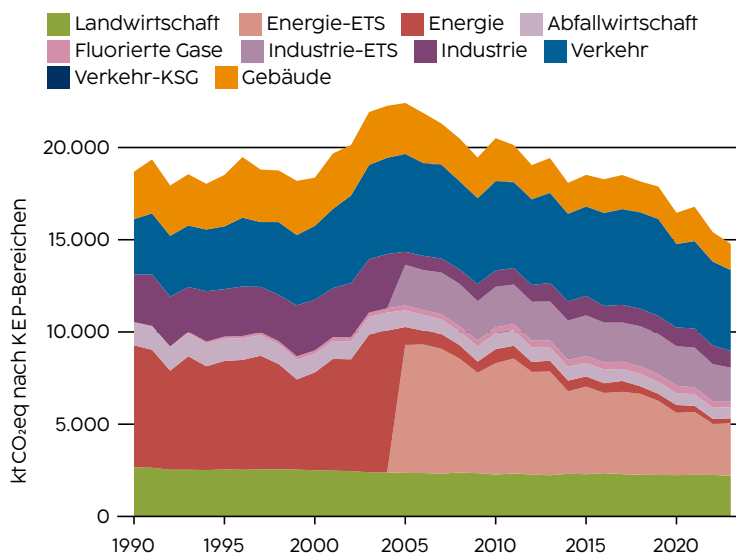
Ausgehend von 18,7 Mt CO₂eq im Jahr 1990 sinken die gesamten Treibhausgas-Emissionen Niederösterreichs in der ersten Hälfte der neunziger Jahre teilweise auf etwas unter 18 Mt CO₂eq. Ab dem Jahr 2001 ist ein deutlicher Anstieg zu erkennen, der 2005 mit etwa 22,4 Mt CO₂eq seinen Höhepunkt erreicht. Von 2006 bis 2014 sind die Emissionen in NÖ deutlich zurückgegangen und lagen zwischen 2015 und 2019 bei rund 18 Mt CO₂eq.

Im Jahr 2020 bedingt durch die Pandemie und 2022 durch den Krieg in der Ukraine sanken die Emissionen deutlich. Durch die ambitionierte Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen und eine schwächere Wirtschaftsleistung sind die Emissionen im Jahr 2023 auf insgesamt 14,8 Mio. Tonnen CO₂eq gesunken.

Die wichtigsten Trends: Emissionsabnahmen im Zeitraum seit 1990 finden sich bei der Energie mit 53 %, bei der Abfallwirtschaft mit 51 %, bei den Gebäuden mit 45 % und bei der Landwirtschaft mit 17 %. Im selben Zeitraum betragen die Emissionszuwächse bei den fluorierten Gasen über 1.000 %, beim Verkehr 47 % und bei der Industrie 5 %.

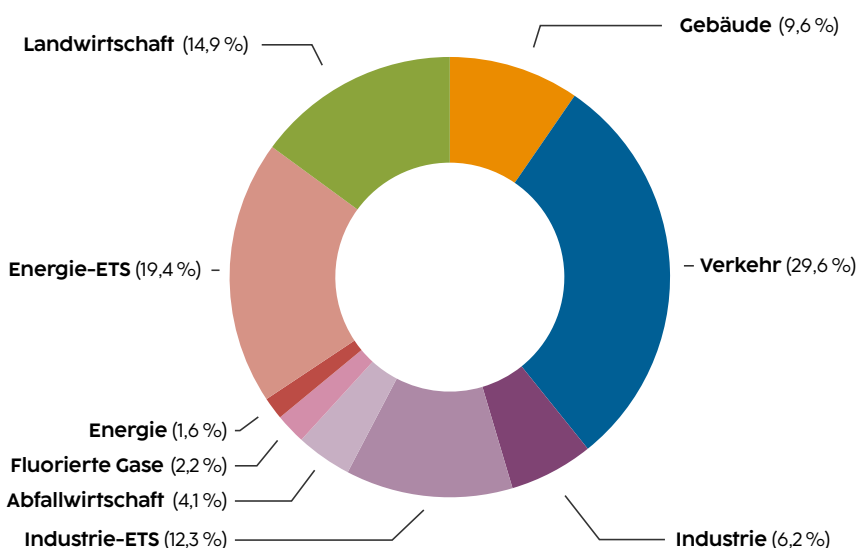
Den größten Anteil an den Gesamtemissionen Niederösterreichs (d. h. inkl. Emissionshandel) im Jahr 2023 verursacht mit 30 % der Verkehr. Auf die Energie entfallen 21 % der Emissionen, wobei hier auch die Emissionen der einzigen Raffinerie Österreichs enthalten sind. Die Anteile von Industrie und Landwirtschaft liegen bei 18 % bzw. 15 %. Die Gebäude verursachen 10 %, die Abfallwirtschaft 4 % und die fluorierten Gase 2 % der Emissionen.

NÖ Treibhausgas-Emissionen gesamt bis 2023



NÖ Emissionen gesamt 2023 KEP-Bereiche

In Prozent



Veränderung der NÖ Treibhausgas-Emissionen gesamt

NÖ Emission Trends		1990–2023	2005–2023	2022–2023
 BW	Gebäude	-45%	-49%	-11,2%
 MR	Verkehr-KSG	47%	-49%	2,4%
	Verkehr		-17%	-3,7%
 WN	Industrie	5%	28%	-9,4%
	Industrie-ETS		-17%	-9,8%
	Abfallwirtschaft	-51%	-33%	-0,2%
	Fluorierte Gase	1,186%	21%	-5,4%
 EV	Energie	-53%	-75%	-6,8%
	Energie-ETS		-59%	2,9%
 LW	Landwirtschaft	-17%	-7%	-1,9%
Gesamt		-21%	-34%	-4,1%

NÖ Treibhausgas-Emissionen gesamt

In kt CO₂eq nach KEP-Bereichen

NÖ Emission		1990	2005	2010	2015	2020	2021	2022	2023
 BW	Gebäude	2.574	2.757	2.319	1.704	1.688	1.858	1.594	1.416
 MR	Verkehr-KSG	2.989	28	28	23	11	11	14	14
	Verkehr		5.283	4.822	4.829	4.517	4.732	4.543	4.376
 WN	Industrie	2.595	713	895	1.060	1.022	1.032	1.007	912
	Industrie-ETS		2.191	2.185	2.203	2.137	2.165	2.009	1.812
	Abfallwirtschaft	1.233	901	857	735	642	633	606	606
	Fluorierte Gase	26	273	332	374	404	361	349	330
 EV	Energie	6.606	973	761	550	423	335	260	243
	Energie-ETS		6.935	6.041	4.751	3.381	3.407	2.786	2.866
 LW	Landwirtschaft	2.669	2.361	2.267	2.288	2.237	2.254	2.248	2.206
Gesamt		18.692	22.415	20.507	18.517	16.461	16.789	15.417	14.781

Unterscheidet man nach ETS- und Non-ETS-Bereich, so werden rund 70 % der Emissionen aus dem Industriebereich (Industrie-ETS) und rund 90 % der Treibhausgas-Emissionen im Sektor Energie (Energie-ETS) dem Emissions- Handelsbereich zugeordnet, welcher mit 4,7 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalent einen Anteil von rund einem Drittel an den gesamten Treibhausgas-Emissionen in Niederösterreich hat.

Getrennte Darstellung der Emissionen nach Emissionshandel (ETS) und Non-ETS

In kt CO₂eq

NÖ Emission	1990	2005	2010	2015	2020	2021	2022	2023
Non-ETS	18.692	13.261	12.253	11.540	10.933	11.206	10.608	10.089
ETS+Verkehr-KSG		9.154	8.254	6.977	5.528	5.583	4.808	4.692
Gesamt	18.692	22.415	20.507	18.517	16.461	16.789	15.417	14.781

90–23	05–23	22–23
-21%	-24%	-4,9%
	-49%	-2,4%
-21%	-34%	-4,1%

Erläuterungen zur Abgrenzung der Emissionen in diesem Bericht:

→ Abgrenzung der Emissionen aus dem Emissionshandel (ETS – Emission Trading System) und den direkt NÖ zugeordneten Emissionen (Non-ETS) ab 2005: Seit 2005 gilt die Abgrenzung der Emissionen von Nicht-Emissionshandelsbereichen (Non-ETS) und Emissionshandelsbereichen (ETS). Somit sind für die Bereiche Energie und Industrie die Emissionsdaten getrennt nach Non-ETS und ETS (*Energie-ETS und Industrie-ETS) angegeben.

→ Was sich hinter der Zeile „Verkehr-KSG“ verbirgt: Außerdem sind jene Emissionsdaten von Kohlendioxid (CO₂) aus dem nationalen Flugverkehr angegeben, die nicht zum auf europäischer Ebene geregelten Emissionshandel (ETS) zählen und auch nicht zum Non-ETS, der im Klimaschutzgesetz festgelegt ist.

Revisionen zur letzten Emissionsinventur:

→ Stärkste Änderungen traten bei der Landwirtschaft durch Aktualisierungen von Daten zur landwirtschaftlichen Praxis in Österreich und methodische Verfeinerungen der Berechnungen auf. Weitere Revisionen ergaben sich durch die Aufnahme neuer CH₄-Emissionen aus der Verwendung von Erdgas in Haushalten und Gewerbe sowie Kläranlagen.

2 Non-ETS-Treibhausgas-Emissionen in NÖ

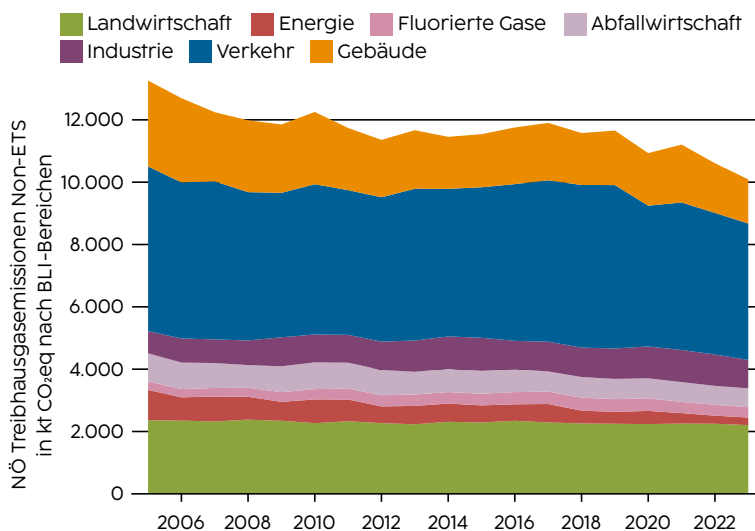
Auf diesen beiden Seiten finden sich jene Treibhausgas-Emissionen für NÖ, die nicht unter den EU-weiten Emissionshandel (ETS) fallen – also die NON-ETS-Emissionen –, wieder nach den Bereichen des KEP gegliedert und für die bessere Vergleichbarkeit mit den Bezeichnungen entsprechend der Bundesländer-Luftschadstoff-Inventur (BLI) versehen.

Der Non-ETS-Bereich hat in Niederösterreich einen Anteil von rund zwei Drittel an den Gesamtemissionen. Diese Emissionen sind im Zeitraum 2005 bis 2023 um 24 % zurückgegangen. Vom Jahr 2022 sind auf 2023 die Emissionen um 4,9 % gesunken, wobei die Abnahme auf die Bereiche Gebäude und Verkehr zurückzuführen ist.

Die Entwicklung der Emissionsdaten im Non-ETS-Bereich seit 2005 stellt sich in Niederösterreich je nach Sektor sehr unterschiedlich dar. Deutliche Emissionsrückgänge weisen die Bereiche Energie mit minus 75 %, Gebäude mit minus 49 %, Abfallwirtschaft mit minus 33 % und die Mobilität mit minus 17 % auf. Geringe Emissionsveränderungen liegen bei der Landwirtschaft mit minus 7 % vor. Deutliche Emissionssteigerungen finden sich in den Bereichen Industrie mit plus 28 % und fluorierte Gase mit plus 5,4 %.

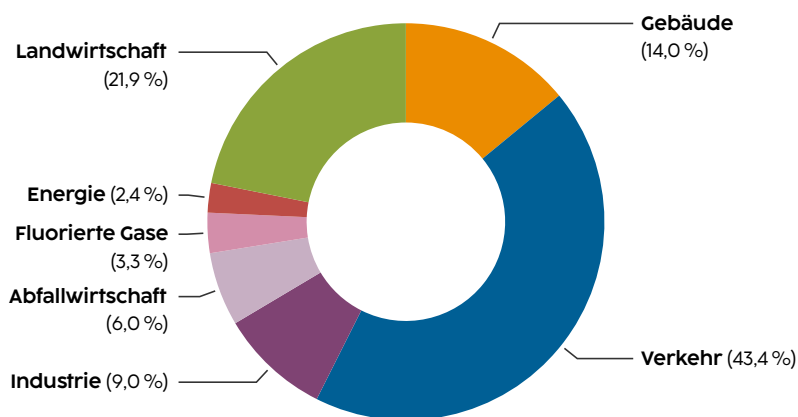
Im Jahr 2023 weist der Bereich der Verkehr mit 43 % den größten Emissionsanteil auf, gefolgt von der Landwirtschaft mit 22 %, den Gebäuden mit 14 %, der Industrie mit 9 %, der Abfallwirtschaft mit 6 % sowie Energie und fluorierte Gase mit je 3 %.

NÖ Treibhausgas-Emissionen Non-ETS bis 2023



NÖ Non-ETS Emissionen 2023 BLI-Bereiche

In Prozent



NÖ Treibhausgas-Emissionen
Non-ETS 2005–2023

In kt CO₂eq nach KEP-Bereichen

	Bereiche	2005	2010	2015	2020	2021	2022	2023
 BW	Gebäude	2.757	2.319	1.704	1.688	1.858	1.594	1.416
 MR	Verkehr	5.283	4.822	4.829	4.517	4.732	4.543	4.376
 WN	Industrie	713	895	1.060	1.022	1.032	1.007	912
	Abfallwirtschaft	901	857	735	642	633	606	606
	Fluorierte Gase	273	332	374	404	361	349	330
 EV	Energie	973	761	550	423	335	260	243
 LW	Landwirtschaft	2.361	2.267	2.288	2.237	2.254	2.248	2.206
	Non-ETS	13.261	12.253	11.540	10.933	11.206	10.608	10.089

Veränderungen der NÖ
Treibhausgas-
Emissionen Non-ETS

In Prozent nach
KEP-Bereichen

2005–2023	2022–2023
-49%	-11,2%
-17%	-3,7%
28%	-9,4%
-33%	-0,2%
21%	-5,4%
-75%	-6,8%
-7%	-1,9%
-24%	-4,9%

Entwicklung der Non-ETS-Emissionen nach Bereichen seit 2005

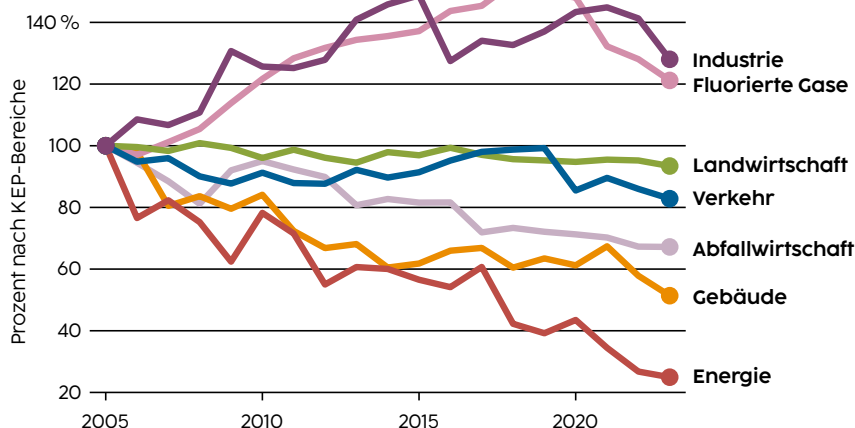
Die folgende Grafik beschreibt die Entwicklung der Non-ETS-Emissionen (also ohne Emissionshandel) und zwar bezogen auf den Ausgangswert 2005.

Darin wird deutlicher, welche prozentuellen Reduktionen in jedem Sektor bereits erreicht werden konnten. Die wichtigsten sektoralen Emissionstrends von 2005 bis 2023 sind dabei:

- **Gebäude:** stark sinkend, was auf die durchgeführten Wärmedämmungen der Gebäude und die verbesserten Heizungsanlagen sowie niedrigere Heizgradtage zurückzuführen ist.
- **Verkehr:** sinkend wegen der Beimischung von Biotreibstoffen und dem Rückgang des preisbedingten Kraftstoffexports.
- **Industrie:** insgesamt steigend aufgrund von Produktionszuwächsen, allerdings seit 2022 abnehmend.

NÖ Treibhausgas-Emissionen Non-ETS

Quelle: Umweltbundesamt, BLI, Wien 2025 / Index 2005=100



- **Abfallwirtschaft:** sinkend wegen des Rückgangs der Methanemissionen aus den Deponien.
- **Fluorierte Gase:** deutliche Emissionszunahmen aufgrund von steigendem Einsatz von Kühl- und Kältemitteln, allerdings seit 2019 sinkend.
- **Energie:** stark sinkend wegen des Rückgangs der fossilen Fernheizwerke sowie der Erdöl- bzw. Erdgas-Förderung.
- **Landwirtschaft:** leicht sinkend wegen sinkender Tierzahlen und einem verringerten Mineraldüngereinsatz.

Bereich	Welche Treibhausgas-Emissionen hier enthalten sind
 BW Gebäude	Heizungsanlagen (inkl. der Warmwasserbereitung) von privaten Haushalten, privaten und öffentlichen Dienstleistern (Bürogebäude, Handelsbetriebe, Hotel- und Gastgewerbe) und vom Kleingewerbe.
 MR Verkehr-KSG	Nationaler Flugverkehr, weder im Emissionshandel (ETS) noch in den Non-ETS-Emissionen.
 Verkehr	Personenverkehr und Güterverkehr auf der Straße, Bahnverkehr, Schifffahrt und Militär.
 WN Industrie	Pyrogene- und prozessbedingte Emissionen der Industrie und des produzierenden Gewerbes.
Industrie-ETS	Pyrogene- und prozessbedingte Emissionen der Industriebetriebe, die dem EU-Emissionshandel (ETS) unterliegen.
Abfallwirtschaft	Methanemissionen (CH ₄) aus den Deponien, von der Abfall- und Abwasserbehandlung und der Kompostierung sowie Emissionen aus der Abfallverbrennung.
Fluorierte Gase	HFC, PFC und SF ₆ aus der Industrie (Elektronische Industrie, Substitution von ozonschädigenden Substanzen bei Kühl- und Kältemitteln).
 EV Energie	Fossile Wärmeversorgung, die nicht dem ETS unterliegt, flüchtige Emissionen bei der Erdöl- und Gasförderung und Energieverteilung (Tankstellen, Gasnetz).
Energie-ETS	Pyrogene- und prozessbedingte Emissionen der Energiebetriebe, die dem EU-Emissionshandel (ETS) unterliegen.
 LW Landwirtschaft	Methanemissionen (CH ₄) aus der Nutztierhaltung (v.a. Rinder), Lachgasemissionen (N ₂ O) aus der Düngung, Emissionen des Wirtschaftsdüngermanagements und Bearbeitungen (Traktoren, etc.).

Quelle (alle Daten): Umweltbundesamt, BLI, Wien 2025

3 Langfristige Klimaentwicklung in Niederösterreich



Die langfristige Klimaentwicklung in Niederösterreich über die letzten 141 Jahre wird anhand der homogenisierten Zeitreihen der am längsten betriebenen Klimastation in Zwettl nachvollzogen. Abgesehen von geringfügigen Abweichungen besteht eine hohe Übereinstimmung mit den Flächenmittelwerten, die das Klima nach 1961 in größerer Genauigkeit für ganz Niederösterreich beschreiben.

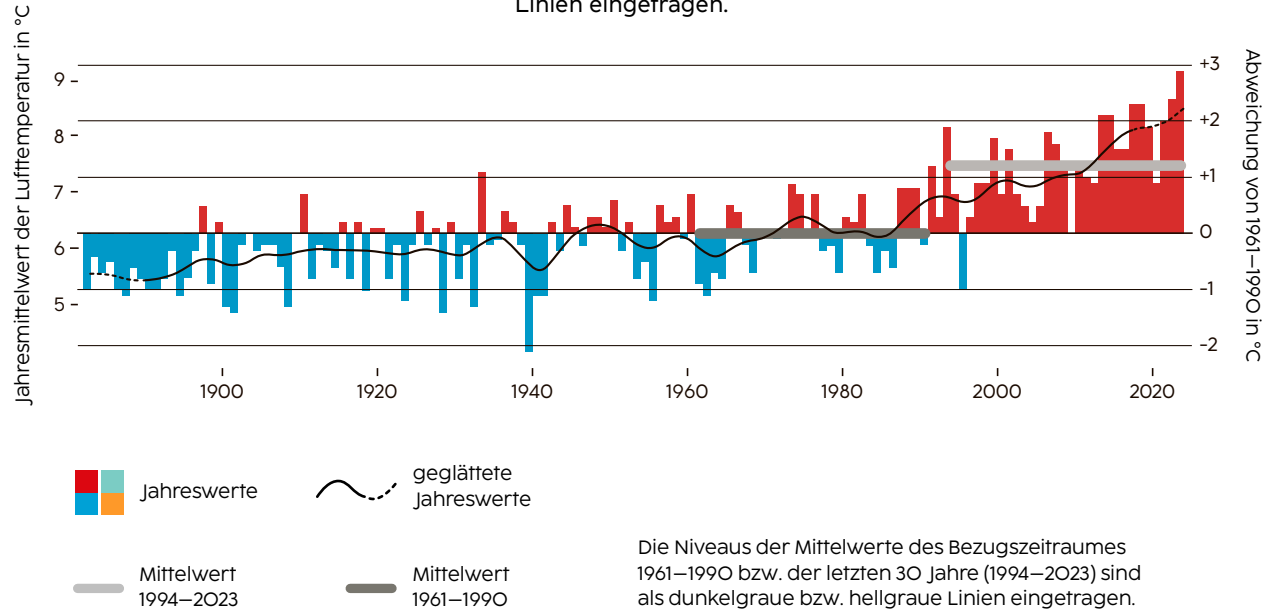
Der Trend der Lufttemperatur zeigt, dass Ende des 19. Jahrhunderts eine zunächst schwache Erwärmung einsetzte. Der Temperaturanstieg verstärkte sich um 1980 und hält seither ungebrochen an. Bereits etwa 1990 verließ das Temperaturniveau den bis dahin aus Messungen bekannten Bereich. Das Jahr 2023 bestätigt in Zwettl mit einer Abweichung von $+2,4^{\circ}\text{C}$, dass die Erwärmung rasant fortschreitet. 2023 war in ganz Niederösterreich das wärmste Jahr der Messgeschichte.

Beim Jahresniederschlag sind hingegen in Zwettl in den letzten Jahrzehnten keine langfristigen Änderungen auszumachen. Etwas niederschlagsreichere Bedingungen in den 2000er-Jahren fanden in den 2010er-Jahren keine Fortsetzung. Bei hoher Variabilität von Jahr zu Jahr unterschreitet das Jahr 2023 den vieljährigen Mittelwert um minus 5 %. Allerdings gibt die Jahressumme an einer Station keine Auskunft über regionale und jahreszeitliche Unterschiede der Niederschlagsverteilung. So sind kurzfristige Ereignisse nicht erkennbar. Generell zeigt sich aber, dass Extremwetterereignisse grundsätzlich zunehmen.

Lufttemperatur

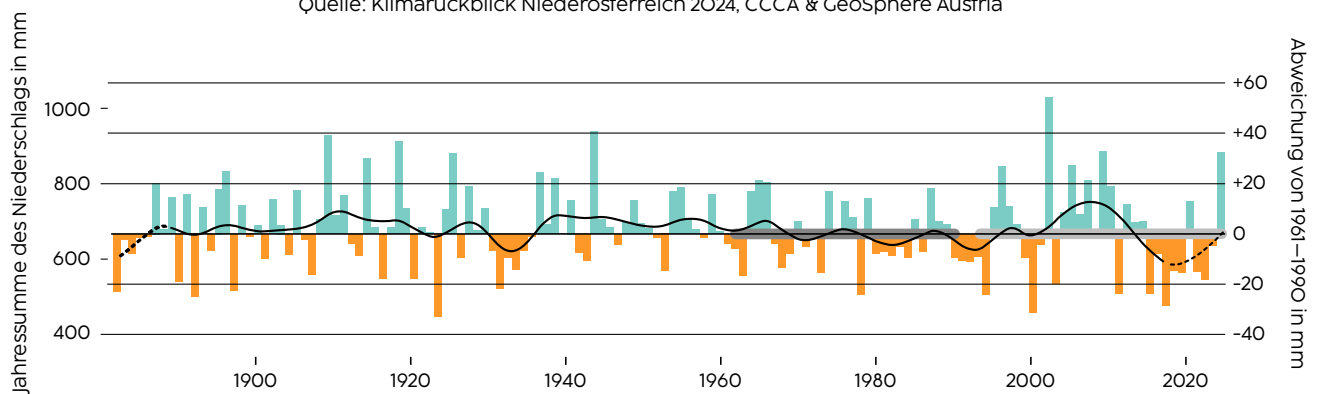
Quelle: Klimarückblick Niederösterreich 2024, CCCA & GeoSphere Austria

Langfristige Entwicklung der Jahreswerte von Lufttemperatur (oben), Niederschlagssumme (unten) in Zwettl vom Beginn instrumenteller Messungen bis 2023. Die Niveaus der Mittelwerte des Bezugszeitraumes 1961–1990 bzw. der letzten 30 Jahre 1993–2022 sind als dunkelgraue bzw. hellgraue Linien eingetragen.



Niederschlagssumme

Quelle: Klimarückblick Niederösterreich 2024, CCCA & GeoSphere Austria



Quelle: Klimarückblick Niederösterreich 2024, CCCA & GeoSphere Austria

4 Die 3 großen KEP-Ziele

Das aktuelle NÖ Klima- und Energieprogramm 2030/1 ist das erste von insgesamt zwei geplanten Umsetzungsprogrammen auf dem Weg zur Erreichung der Klima- und Energieziele für 2030 in Niederösterreich und bezieht sich auf den Umsetzungszeitraum 2020 bis 2025.

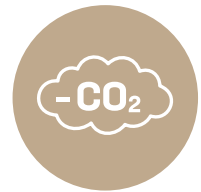
Ergänzt um das nachfolgende NÖ Klima- und Energieprogramm 2030/2 und unter der Voraussetzung, dass auf Bundesseite die für die Maßnahmenumsetzung erforderlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden, können bis 2030 folgende Ziele erreicht werden.

Dynamische Entwicklungen erfordern flexibles Handeln:

Das vorliegende NÖ Klima- und Energieprogramm wurde unter den 2020 gültigen Rahmenbedingungen entwickelt. Entsprechend der sich veränderten Zielvorgaben für Österreich (-48 % ggü. -36 %) wird aktuell an der Entwicklung eines neuen Klima- und Energieprogramms für Niederösterreich gearbeitet.

1. Reduktion der Treibhausgas-Emissionen um 36 % gegenüber 2005 (ohne Emissionshandel)

Die Evaluierung der Maßnahmenpotenziale zeigt, dass das vorliegende Programm als erstes Teilprogramm für die Periode 2021 bis 2025 einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der aktuell gültigen Bundes- und Landesziele für 2030 leisten kann. Voraussetzung dafür ist eine vollumfängliche Maßnahmenumsetzung auf der Ebene aller Gebietskörperschaften.



2. Ausbau des Anteils erneuerbarer Energieträger

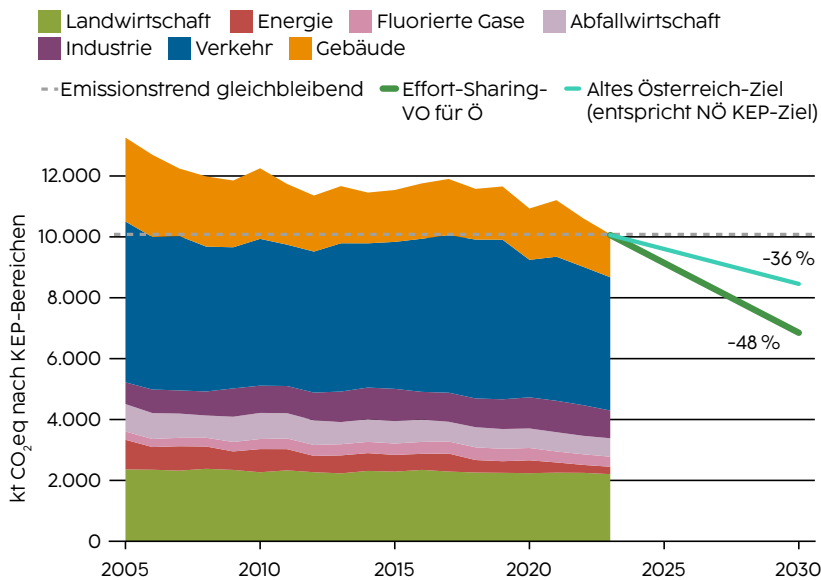
Die den Energiemaßnahmen unterlegte Bewertung der Ausbaupotenziale zeigt, dass das vorliegende Programm geeignet ist, um die Erneuerbaren-Ausbauziele im Einklang mit den Zielen des Klima- und Energiefahrplanes zu erreichen. Entscheidend dafür sind jedoch auch die Rahmensetzung durch den Bund und die Entwicklung des Endenergieverbrauchs – sowohl die demografische Entwicklung als auch ein Prosperieren der Wirtschaft werden Einfluss darauf nehmen.



3. Verbesserte Anpassung an die Folgen des Klimawandels

Entsprechend der Verletzlichkeitsanalyse für Niederösterreich wurde das Maßnahmenportfolio so gewählt, dass von einer Erhöhung der Resilienz Niederösterreichs gegenüber den erwartbaren Klimawandelfolgen auszugehen ist.

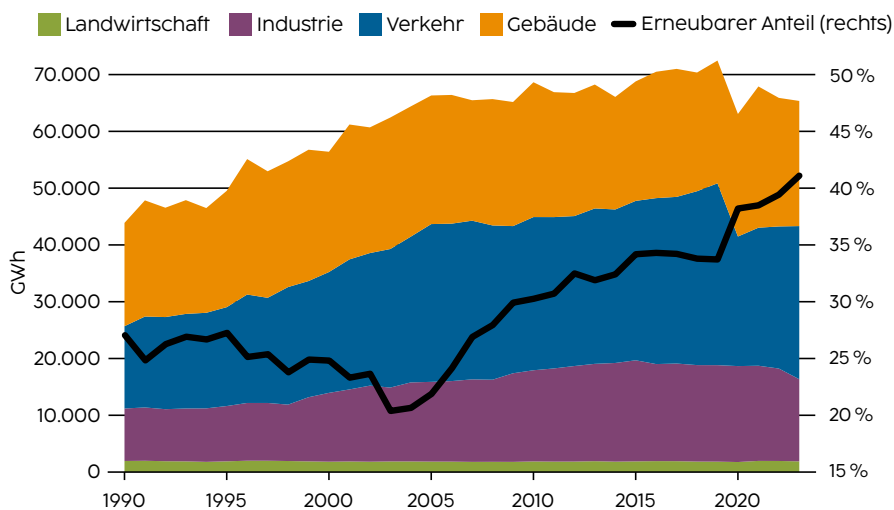




NÖ Treibhausgas-Emissionen Non-ETS und Zielpfad bis 2030

Daten bis 2030 in kt CO₂eq
Quelle: Land NÖ, Umweltbundesamt,
BLI, Wien 2025

Die Ziele zur Reduktion der Treibhausgas-Emissionen für NÖ sind im NÖ Klima- und Energieprogramm beschlossen und wurden direkt aus den ursprünglichen Zielvorgaben der EU für Österreich abgeleitet. Im Rahmen der neuen „EU Effort Sharing“-Verordnung wurde 2023 der Zielwert für Österreich von -36 % auf -48 % verschärft.



NÖ Energetischer Endverbrauch

Quelle: Land NÖ, Statistik Austria,
NÖ Energiebilanz, Wien 2024

Die Ziele für den Energiebereich ergeben sich aus der Kombination aus Reduktion des Energieverbrauchs und der Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energieträger. Die schwarze Linie zeigt die Entwicklung der erneuerbaren Energieträger in NÖ an und die Flächen weisen den energetischen Endverbrauch aus. Ab dem Jahr 2005 wurde der Ausbau der erneuerbaren Energieträger signifikant gesteigert.

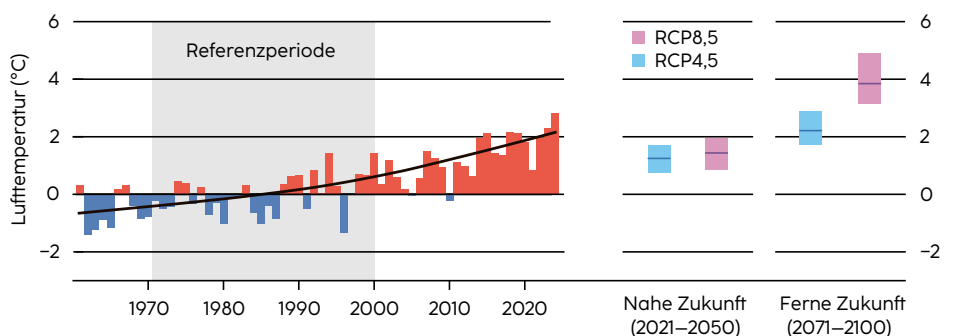
Simulierte Änderung gegenüber 1971–2000

Quelle: GeoSphere Austria

Emissionsszenarien des Weltklimarats (IPCC) beschreiben mögliche Pfade der Gesellschaftsentwicklung im 21. Jahrhundert. Szenario RCP4,5: wirtschaftliche Entwicklung mit moderatem Klimaschutz. Es entstehen vulnerable Regionen. Szenario RCP8,5: starke soziale und ökonomische Verwerfungen durch verstärkte Nutzung fossiler Rohstoffe.

Temperaturentwicklung für den Standort Zwettl inkl. Anomalie der gemittelten Lufttemperatur im Vergleich zur Referenzperiode (1971–2000) basierend auf dem SPARTACUS-Datensatz.

Simulierte Änderung der gemittelten Lufttemperatur im Vergleich zur Referenzperiode (1971–2000) für die nahe (2021–2050) und ferne Zukunft (2071–2100) basierend auf dem ÖKS15-Datensatz.



5 Umsetzungserfolge nach KEP-Bereichen im Jahr 2024

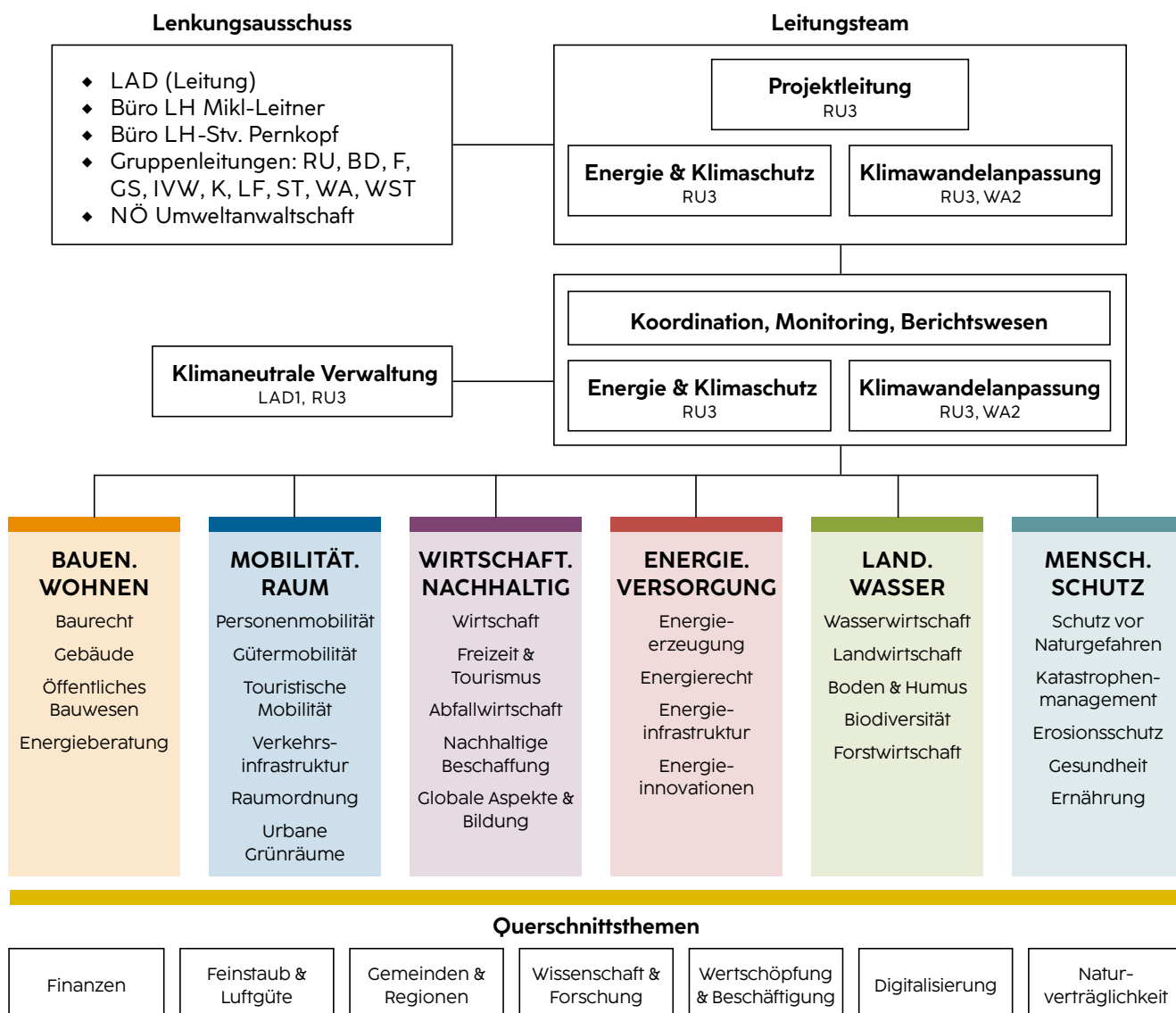
Aufbauend auf den Erfahrungen aus den Vorgängerprogrammen seit 2004 und ergänzt um die vollwertige Integration der Anpassung an den Klimawandel wurde folgende Programm-Struktur etabliert. Das Kernelement des NÖ Klima- und Energieprogramms bildet die von der Landesamtsdirektion eingesetzte Projektgruppe Klimaschutz aus über 180 Personen, die für die Umsetzung der einzelnen Maßnahmen verantwortlich sind.

**Tun,
was ein
Land tun
kann.**

Darüber hinaus wurden folgende Organisationselemente festgelegt:

- 6 Bereiche mit 29 Handlungsfeldern als thematische Schwerpunkte inklusive fachlicher Zuständigkeiten.
- 7 Querschnittsthemen mit Vernetzungsaufträgen.
- Leitungs- und Koordinations-team zur Umsetzung des Gesamtprozesses.
- Lenkungsausschuss aus Politik und Verwaltung als übergeordnetes Steuerungsgremium.

Der organisatorische Aufbau des KEP



Diese Programmstruktur ermöglicht es dem Land Niederösterreich, den Herausforderungen des Klimawandels und der Energiewende für die Periode 2021 bis 2025 auch organisatorisch gerecht zu werden.

Anzahl der beschlossenen Maßnahmen

Im Klima- und Energieprogramm des Landes NÖ wurden für die Periode 2020–2025 in Summe 353 Maßnahmen beschlossen, die in 62 Stoßrichtungen und 6 Bereichen gebündelt sind. Dabei fallen 71 Maßnahmen in den Bereich BAUEN. WOHNEN, 87 Maßnahmen in MOBILITÄT.RAUM, 64 in WIRTSCHAFT. NACHHALTIGKEIT, 29 in ENERGIE. VERSORGUNG, 71 in LAND.WASSER und 31 in MENSCH.SCHUTZ.

In diesen 353 Maßnahmen sind 45 Maßnahmen enthalten, in denen Forderungen an den Bund formuliert sind, damit für NÖ die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden; 39 Maßnahmen, in denen das Land NÖ selbst als Vorbild agiert, und 269 Maßnahmen, in denen das Land gemäß seiner Kompetenzlage die entsprechenden Rahmenbedingungen auf dem Weg in eine klimafitte Zukunft setzen kann. In den folgenden Detaildarstellungen nach Bereichen wird der Umsetzungsstatus der durch das Land verantworteten

Maßnahmen dargestellt und im Kapitel „Vorbild Land“ jene Maßnahmen aus allen Bereichen zusammengeführt, bei denen wir als Land selbst Vorbild sind.

Weiters wurden sowohl Maßnahmen berücksichtigt, die direkt als Klimaschutzmaßnahmen bezeichnet werden können (268 Maßnahmen), sowie Maßnahmen, die dabei helfen, die Energieziele zu erreichen (134 Maßnahmen), als

auch Maßnahmen, die uns helfen, die Folgen des Klimawandels besser beherrschen zu können (173). Dabei ist zu beachten, dass einzelne Maßnahmen einen positiven Beitrag zu mehr als einer dieser 3 Zielsetzungen leisten können.

Außerdem wurde der Zusammenhang des Programms mit der Umsetzung der Sustainable Development Goals (SDG) der vereinten Nationen analysiert.

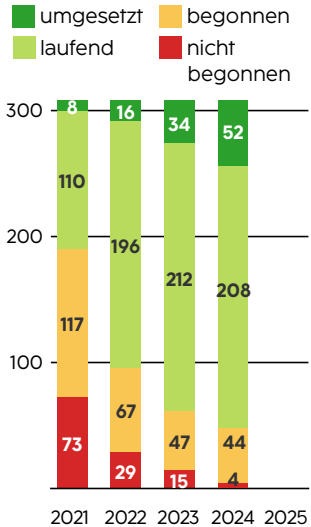
Bereich	🏠 BW	🚲 MR	🌿 WN	⚡ EV	💧 LW	👤 MS	Σ
Vorbild Land	16	9	6	1	4	3	39
in Landeskompetenzen	46	69	52	20	60	22	269
Anzahl Maßnahmen Land NÖ	62	78	58	21	64	25	308
Forderungen an den Bund	9	9	6	8	7	6	45
Anzahl Maßnahmen gesamt	71	87	64	29	71	31	353
Klimaschutz	68	72	60	29	32	7	268
Energie	53	19	28	29	5	0	134
Klimawandelanpassung	34	21	33	1	56	28	173
Betroffene SDG	6	8	7	6	9	7	14

Foto: Land NÖ, Abteilung Umwelt- und Energiewirtschaft (RU3)



NÖ Klima- und Energieprogramm 2021–2025: Umsetzungsstand des KEP im Überblick

Im NÖ Klima- und Energieprogramm wurden bereits im vierten Jahr 52 Maßnahmen umgesetzt, bei 208 Maßnahmen finden laufende Umsetzungen statt, 44 sind begonnen und 4 Maßnahmen sind nicht begonnen worden.



6 BAUEN.WOHNEN



Baurecht

BD4, Schnauffer / RU1, Stockinger

Das Handlungsfeld Baurecht entwickelt die gesetzlichen Voraussetzungen für ein klimabewusstes Bauen und Wohnen – Herzblut und Fachwissen sind dabei unabdingbare Notwendigkeiten.

—

Gebäude

F2, Holzmann, Putre

Das Handlungsfeld Gebäude forciert über Förderanreize für private Haushalte (Eigenheime) und im sozialen Wohnbau die thermisch-energetische Sanierung und den Umstieg auf erneuerbare Energiesysteme.

—

Öffentliches Bauwesen

LAD3, Dorninger / RU3, Kunze

Das Handlungsfeld Öffentliches Bauwesen verstärkt die Vorbildwirkung des Landes durch energetische Optimierung der Landesgebäude in Richtung Null-Emissionen sowie Erhöhung der Nachhaltigkeit – unter Berücksichtigung der Grundsätze der Zweckmäßigkeit, Sparsamkeit und Effizienz.

—

Energieberatung

eNu, Flamisch

Das Handlungsfeld Energieberatung steuert die bedarfsorientierte Energieberatung für Haushalte und Gemeinden je nach dem Informationsbedürfnis der Kundinnen und Kunden.

Der Bereich BAUEN.WOHNEN umfasst den gesamten Energieeinsatz und die damit verbundenen Treibhausgas-Emissionen von Haushalten, privaten Dienstleistungsgebäuden und öffentlichen Gebäuden. Mit 14 % der Emissionen, die nicht dem EU-Emissionshandel unterliegen, ist dieser Bereich in NÖ jener mit den vierthöchsten Emissionen. Davon stammen rund 90 % aus fossil beheizten Wohngebäuden (Haushalte), der Rest entfällt auf Nicht-Wohngebäude (z. B. Büros, Hotels, Einkaufs- und Handelsgebäude). Der Emissionsrückgang seit 2005 beträgt bereits 45 %. Es wurde also schon viel erreicht.

Optionen zur Reduktion der Treibhausgas-Emissionen bei Gebäuden bestehen vor allem im Ausstieg aus fossilen Energieträgern, die zur Beheizung verwendet werden, sowie in der thermischen Verbesserung der Gebäudehülle durch Dämmmaßnahmen.

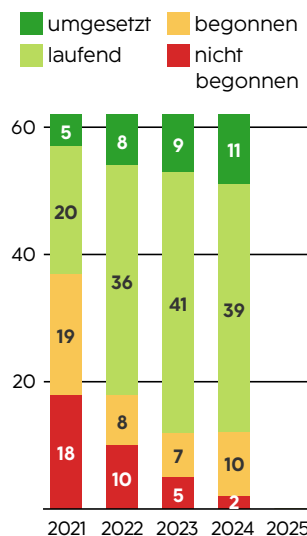
Der Klimawandel beeinflusst den Bereich BAUEN.WOHNEN am stärksten durch den damit verbundenen Temperaturanstieg. Dieser wirkt sich zwar im Winterhalbjahr durch einen sinkenden Heizwärmebedarf positiv auf die Emissionsentwicklung aus, im Sommerhalbjahr zeichnet sich bedingt durch die längeren Hitzeperioden bereits ein steigender Kühlbedarf ab. Auch die Zunahme von extremen Wetterereignissen, allen voran kleinräumiger Starkregen und die damit verbundene Gefahr von Hangrutschungen und lokalen Hochwässern, haben einen steigenden Einfluss auf diesen Bereich.

Der Bereich BAUEN.WOHNEN ist für das Land Niederösterreich aus rechtlicher Sicht von besonderer Bedeutung, da hier die Kompetenzen zur Umsetzung von Maßnahmen z. B. über die Bauordnung oder die Wohnbauförderung in sehr hohem Maße beim Land selbst liegen – unter Berücksichtigung der Grundsätze der Zweckmäßigkeit, Sparsamkeit und Effizienz (keine übermäßigen Baukosten).

Umsetzungsstand BAUEN.WOHNEN

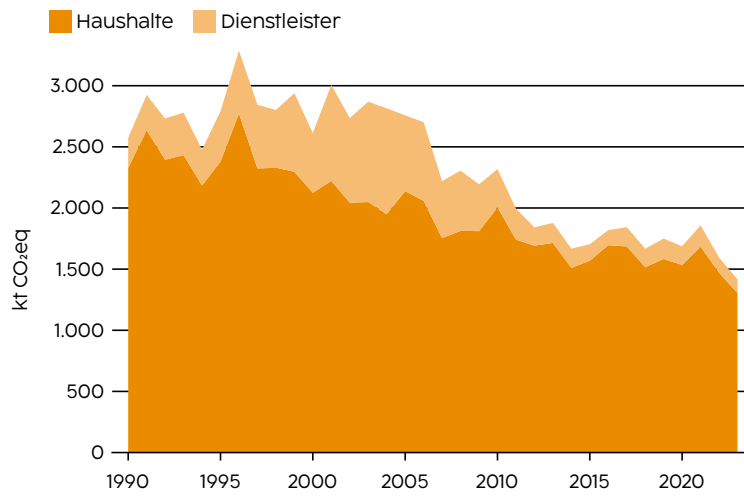
Anzahl der Maßnahmen

Im Bereich „BAUEN.WOHNEN“ wurden von den 62 Maßnahmen im vierten Jahr 11 Maßnahmen umgesetzt, bei 39 Maßnahmen finden laufende Umsetzungen statt, 10 sind begonnen und 2 noch nicht begonnen worden.

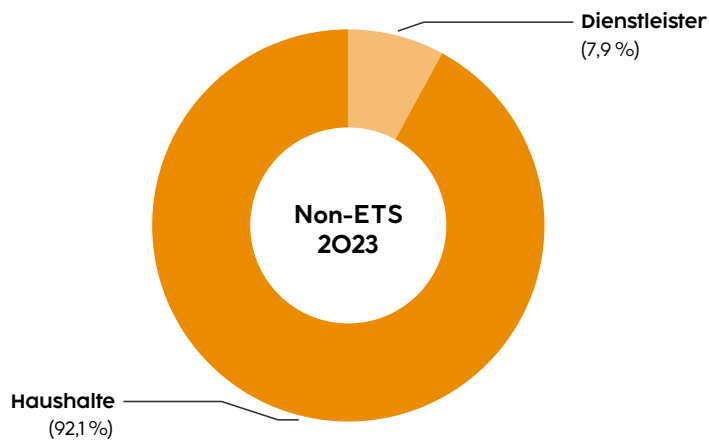


NÖ Emission Gebäude bis 2023

Alle Daten, Quelle: Umweltbundesamt, BLI, Wien 2025



Die Treibhausgas-Emissionen der Gebäude haben seit 1990 um 45 % und seit 2005 um 49 % abgenommen. Bei den Dienstleistern sind die Emissionen seit 1990 um 54 % und seit 2005 um 82 % gesunken. Bei den Haushalten beträgt die Emissionsabnahme seit 1990 rund 44 % und seit 2005 etwa 39 %. Im Jahr 2023 sind die Hauptemittenten des Bereichs die privaten Haushalte mit rund 90 % und die privaten und öffentlichen Dienstleister mit rund 10 % der Emissionen.



NÖ Emission Gebäude

In kt CO₂eq

	1990	2005	2010	2015	2020	2021	2022	2023
Dienstleister	247	619	313	135	154	175	123	112
Haushalte	2.327	2.138	2.006	1.569	1.534	1.683	1.471	1.304
Gesamt	2.574	2.757	2.319	1.704	1.688	1.858	1.594	1.416

Veränderung der Emissionen

In Prozent

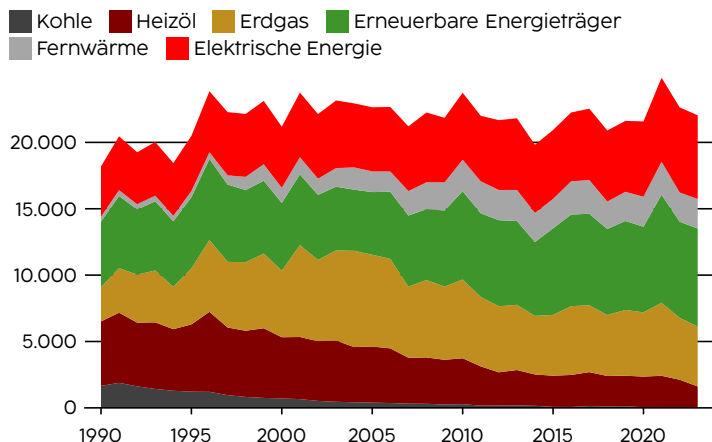
	90–23	05–23	22–23
Dienstleister	-54%	-82%	-8,8%
Haushalte	-44%	-39%	-11,4%
Gesamt	-45%	-49%	-11,2%

6 Strukturdaten



Endenergieeinsatz in NÖ Gebäuden nach Energieträgern bis 2023

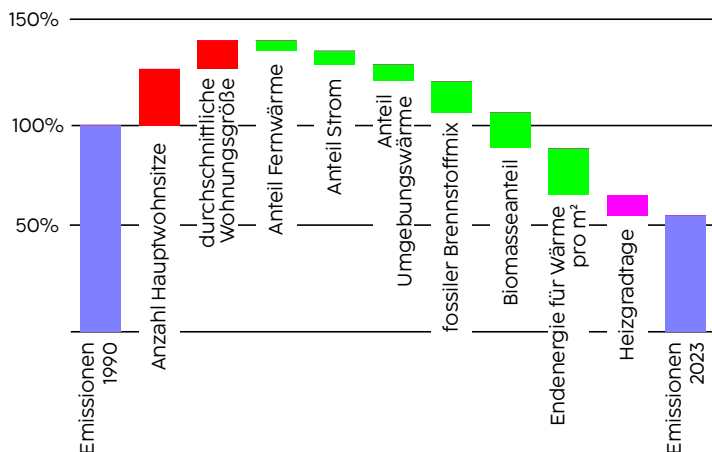
In GWh / Quelle: Statistik Austria, NÖ Energiebilanz, Wien 2024



Zum Endenergieeinsatz der Gebäude tragen die Haushalte rund 80 % und die Dienstleister rund 20 % bei. Bei der Betrachtung der Entwicklung des Endenergieeinsatzes der Gebäude wirken sich einerseits der Wechsel von Kohle und Heizöl hin zu Erdgas und Erneuerbaren sowie andererseits die stark gestiegenen Zuwächse am Fernwärme- und Stromverbrauch aus. Der Endenergieeinsatz der Gebäude in Niederösterreich ist im Zeitraum 1990 bis 2023 um 21 % auf 22.000 GWh gestiegen, seit 2005 allerdings um rund 3 % gesunken.

NÖ Raumwärmebereitstellung – Komponentenzerlegung für die privaten Haushalte

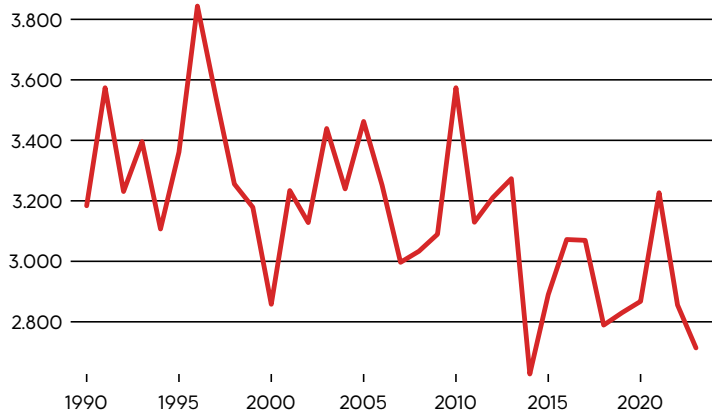
Trendanalyse CO₂-Emissionen, Jahr 1990 = 100 % / Quelle: Umweltbundesamt, BLI, Wien 2025



Die Analyse des Emissionstrends für die Raumwärmebereitstellung der Haushalte erfolgt mittels ausgewählter Einflussfaktoren. Daraus wird ersichtlich, durch welche Maßnahmen es zu einer Reduktion der THG-Emissionen gekommen ist und welche zu einem Zuwachs geführt haben. Bei den emissionssteigernden Komponenten wirkt sich die zugenommene Wohnfläche verteilt auf Anzahl und Größe der Wohnungen aus. Bei den emissionsmindernden Parametern weisen der gesunkene Endenergieeinsatz pro m² Wohnfläche aufgrund der verbesserten Gebäudedämmung und effizienteren Heizungsanlagen, der Einsatz von kohlenstoffärmeren fossilen Brennstoffen und der gestiegene Anteil von Biomasse die größten Effekte auf.

NÖ Heizgradtage

HGT 20/12 in Kd / Quelle: GeoSphere Austria und Statistik Austria, BLI, Wien 2025



Die Heizgradtage HGT errechnen sich aus der Summe der täglichen Differenzen zwischen der Raumtemperatur und der mittleren Außentemperatur während der gesamten Heizperiode. Diese Differenzen werden dann für jeden Tag der Heizperiode aufsummiert. Die Heizgradtage sind meist bezogen auf eine Heizgrenze von +12 °C und eine Raumtemperatur von +20 °C (deshalb HGT 20/12 in Kelvin*Tag-Kd). In Niederösterreich liegen die Heizgradtage im Zeitraum 1990 bis 2023 zwischen 2.627 HGT (2014) und 3.844 HGT (1996). Der Mittelwert in diesem Zeitraum beträgt rund 3.160 HGT. Seit 1990 sind die Heizgradtage um 15 % gesunken und seit 2005 um 22 % gesunken. Insgesamt zeigt sich trotz der jährlichen Schwankungen ein Rückgang der Heizgradtage in Niederösterreich.

Leuchttürme 6



Wohnbauförderung 2024

Die Förderung EIGENHEIM des Landes NÖ unterstützt bei der Neuerrichtung eines Eigenheimes sowie dem Ersterwerb eines Reihenhauses bzw. einer Eigentumswohnung von einem Bauträger. Hierbei wird nicht nur eine energieeffiziente Bauweise honoriert, sondern auch ein besonderes Augenmerk auf die Unterstützung von Familien sowie den ländlichen Raum und die Schließung von Baulücken in Ortskernen gelegt.

Im Rahmen der Förderung Eigenheim erhält man für Förderanträge in den Jahren 2024 und 2025 zusätzlich zum Förderungsdarlehen des Landes auf Antrag einen Einmalzuschuss in der Höhe von 5 % eines Bankdarlehens bis zu einem Darlehensvolumen von 200.000 Euro, was einem Zuschuss von bis zu 10.000 Euro entspricht.

Aufgrund der guten Förderbedingungen ist 2024 die Anzahl an Förderungen massiv angestiegen. Die Förderungen wurden 2025 in gleicher Weise fortgesetzt.

Als Grundvoraussetzung für die Zuerkennung der Förderung, muss das Gebäude über ein „hocheffizientes alternatives Heizsystem“ verfügen (z. B. Wärmepumpe, biogene Heizung oder Fernwärmeanschluss) und einen energetischen Mindeststandard erreichen.

**Land NÖ,
Abteilung Wohnungsförderung (F2)**

Klimaaktiv-Gold-zertifizierte Gebäude in NÖ 2024

Die Energie- und Umweltagentur (eNu) ist Partner der Klimaschutzinitiative des Bundesministeriums für Wirtschaft, Energie und Tourismus (BMWET) und unterstützt das Programm in Niederösterreich. Der Klimaaktiv-Standard für Gebäude betrachtet unterschiedlichste Themen rund um erneuerbare Energien und Energieeffizienz. Anhand dieses Standards werden Gebäude zertifiziert und ausgezeichnet.

Einige konkrete Beispiele:

- Land ISTA-Kindergarten Klosterneuburg
- BASOP/BAfEP mit Praxiskinderkarten und Hort, St. Pölten
- MS Schwechat

Die Initiative verbindet zahlreiche Organisationen aus verschiedenen Bundesländern zu einem österreichweiten Netzwerk und garantiert so eine optimale Streuung der Programminhalte.

Ziel der Programmpartner und -partnerinnen ist es, den Klimaaktiv-Gebäudestandard für Neubau und Sanierung in ganz Österreich zu verbreiten. Darüber hinaus wird die Wissensvermittlung an Stakeholder aus dem Baugewerbe unterstützt.

ecoplus

20 Jahre Energieberatung NÖ mit Schwerpunktthema Hochwasser

Die NÖ Energieberatung nimmt seit 20 Jahren alle Bürgerinnen und Bürger sowie die Gemeinden mit auf eine Reise zu den neuen Formen des Wohnens, zu den Vorteilen der Energiewende für Niederösterreich, zu einer nachhaltigen und bequemen Mobilität und zeigt Möglichkeiten auf, wie jeder von uns einen aktiven Beitrag für den Klimaschutz leisten kann.

Die Energieberatung NÖ ist eine Initiative der Energie- und Umweltagentur des Landes NÖ. Die Expertinnen und Experten sind über ganz Niederösterreich verteilt und stehen allen Menschen in Niederösterreich beratend zur Seite. Sie beraten zu den Themen Heizungstausch, Sanierung, Photovoltaik, Elektromobilität, Energiesparen und vielem mehr.

Aufgrund des Jahrhunderthochwassers 2024 wurden spezielle inhaltliche Schwerpunkte zur Sanierung von Hochwasserschäden, zum Hochwasserschutz und zu Klimawandelanpassungsstrategien angeboten.

Die Resonanz und der Zuspruch zur Energieberatung seitens der Bevölkerung und der Gemeinden ist seit Jahren ungebrochen.

**Energie- und Umweltagentur
Niederösterreich (eNu)**

7 MOBILITÄT.RAUM



Personenmobilität

RU7, Rausch

Das Handlungsfeld Personenmobilität setzt Maßnahmen, um ein klimagerechtes Mobilitätsverhalten der Verkehrsteilnehmenden zu ermöglichen und zu forcieren.

—

Gütermobilität

RU7, Kopp

Das Handlungsfeld Gütermobilität ermöglicht flexible und differenzierte Transportketten mit einem möglichst hohen Anteil CO₂-freier bzw. CO₂-neutraler Verkehrsmittel.

—

Touristische Mobilität

NÖ Werbung, Spiegl, Markl

Das Handlungsfeld Touristische Mobilität stärkt den Tourismusstandort NÖ durch nachhaltige und umweltfreundliche Mobilitätslösungen.

—

Verkehrsinfrastruktur

ST3, Kreis

Das Handlungsfeld Verkehrsinfrastruktur forciert die Mobilitätswende durch die Schaffung einer zukunftsfiten Verkehrsinfrastruktur.

—

Raumordnung

RU7, Pomaroli

Das Handlungsfeld Raumordnung strebt kompakte und energiesparende Siedlungsstrukturen an, um den Flächenverbrauch zu verringern und kurze Wege zu gewährleisten.

—

Urbane Grünräume

RU3, Pomaroli

Das Handlungsfeld Urbane Grünräume gestaltet durch klimafitte grüne Infrastruktur urbane Räume nachhaltiger und lebenswerter.

Der Bereich MOBILITÄT.RAUM umfasst den gesamten Energieeinsatz und die damit verbundenen Treibhausgas-Emissionen aus dem Personen- und Güterverkehr. Mit über 40 % der Emissionen, die nicht dem EU-Emissionshandel unterliegen (43 % für das Jahr 2023), ist dieser Bereich der mit Abstand größte Verursacher in Niederösterreich. Davon entfallen 63 % auf den Personen- und 35 % auf den Güterverkehr auf der Straße. Die Emissionen des Güterverkehrs per Schiff und Bahn sind im Vergleich dazu mit 2 % nur sehr gering. Im Bereich der Mobilität ist seit der Pandemie das Emissionsniveau um rund 10 % gesunken, insgesamt ist seit dem Jahr 1990 eine rund 50-%ige Steigerung der Emissionen zu verzeichnen.

Optionen zur Reduktion der Treibhausgas-Emissionen im Bereich MOBILITÄT.RAUM liegen im Rückzug aus fossilen Treibstoffen, d. h. dem vermehrten Einsatz von Strom aus erneuerbaren Energieträgern, und in einer Verlagerung hin zu emissionsfreien Mobilitätslösungen.

Damit diese Maßnahmen langfristig nachhaltig wirken können, bilden z. B. Second-Life-Projekte für Fahrzeugbatterien sowie ein fachgerechtes Batterierecycling eine wesentliche Grundvoraussetzung für zukünftige Energie- und Klima Planungen, insbesondere auch im Hinblick auf die Kreislaufwirtschaft.

Der Klimawandel beeinflusst den Bereich MOBILITÄT.RAUM am stärksten durch den damit verbundenen Temperaturanstieg. Dies zeigt sich sowohl in der thermischen Belastung der Verkehrsinfrastruktur als auch einem zunehmenden Hitzestress für aktive Verkehrsteilnehmende wie Zufußgehende und Radfahrende sowie in einem steigenden Kühlbedarf in den Fahrzeugen und Wartebereichen. In der Raumentwicklung gilt es darüber hinaus, rechtzeitig auf sich verschärfende Nutzungskonflikte zu achten, die sich aufgrund steigender Temperaturen und sich häufender Extremwetterereignisse ergeben.

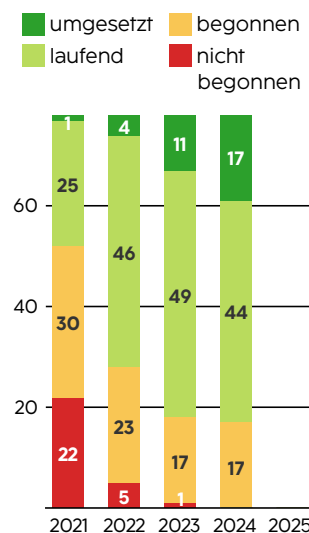
Im Gegensatz zum Gebäudebereich liegen im Mobilitätsbereich viele der rechtlichen Möglichkeiten auf Bundesseite. Das Land Niederösterreich setzt im Rahmen seiner Kompetenzlage daher auf eine Vielzahl von Maßnahmen, die den Umstieg auf emissionsfreie und klimafitte Mobilitätsformen fördern, wobei sichergestellt werden muss, dass eine funktionierende und verlässliche öffentliche Anbindung des ländlichen Raums berücksichtigt wird, um eine lückenlose Erreichbarkeit zu gewährleisten. Darüber hinaus darf es nicht zu einer Benachteiligung von Menschen kommen, die im ländlichen Raum auf ein Auto angewiesen sind.

Umsetzungstand MOBILITÄT.RAUM

Anzahl der Maßnahmen

—

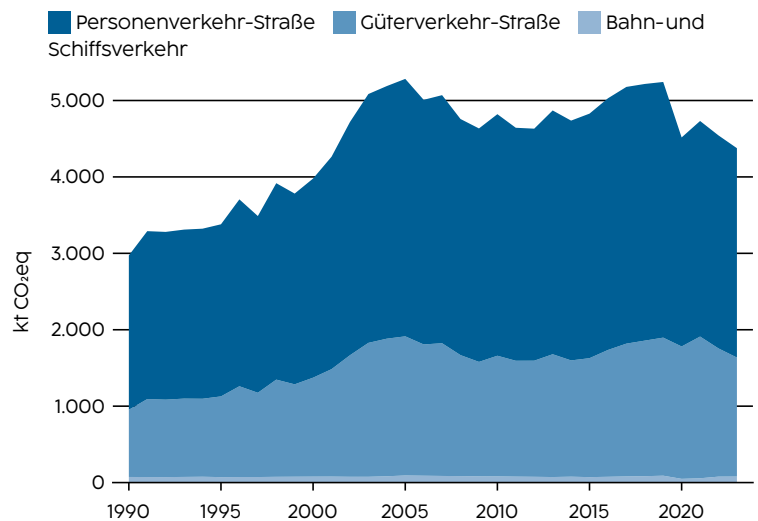
Im Bereich „MOBILITÄT.RAUM“ wurden von den 78 Maßnahmen im vierten Jahr 17 Maßnahmen umgesetzt, bei 44 Maßnahmen finden laufende Umsetzungen statt, 17 sind begonnen und keine Maßnahme ist noch nicht begonnen worden.



Bei der Planung und Umsetzung aller Maßnahmen im Mobilitätsbereich müssen die EU-Nachhaltigkeitsziele mit den nationalen Klimaziele so verknüpft werden, dass die Grundsätze der Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit, wie beispielsweise in der Fahrzeugbeschaffung, eingehalten werden. Durch vorausschauende Raumentwicklung soll zudem klimafreundliches Verhalten der Bevölkerung unterstützt werden.

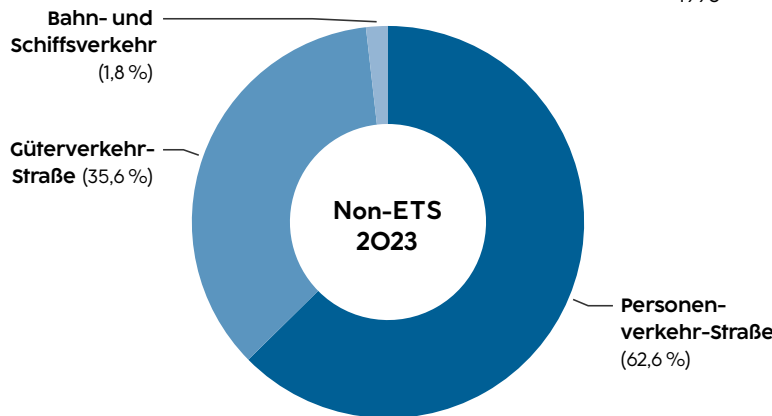
NÖ Emission Verkehr bis 2023

Alle Daten, Quelle: Umweltbundesamt, BLI, Wien 2025



Die Treibhausgasemissionen des Verkehrs haben seit 1990 um rund 50 % zugenommen und seit 2005 um 17 % abgenommen, was sowohl auf die Beimischung von Biotreibstoffen als auch auf den Rückgang des preisbedingten Kraftstoffexports zurückzuführen ist.

Beim Personenverkehr auf der Straße sind die Emissionen seit 1990 um 36 % gestiegen und seit 2005 um 19 % gesunken. Beim Güterverkehr auf der Straße beträgt die Emissionszunahme seit 1990 rund 80 % und seit 2005 die Emissionsabnahme 7 %.



Die Hauptemittenten des Bereichs im Jahr 2023 sind der Personenverkehr auf der Straße mit 63 % und der Güterverkehr auf der Straße mit 35 %. Nur 2 % der Emissionen entfallen auf den Bahn- und Schiffsverkehr. Der Flugverkehr wird derzeit noch nicht berücksichtigt.

NÖ Emission Verkehr

In kt CO₂eq

	1990	2005	2010	2015	2020	2021	2022	2023
Personenverkehr-Straße	2.020	3.369	3.161	3.200	2.735	2.821	2.788	2.740
Güterverkehr-Straße	880	1.821	1.579	1.557	1.732	1.855	1.678	1.557
Bahn- und Schiffsverkehr	73	93	81	71	49	56	78	79
Gesamt	2.973	5.283	4.821	4.828	4.517	4.732	4.543	4.376

Veränderung der Emissionen

In Prozent

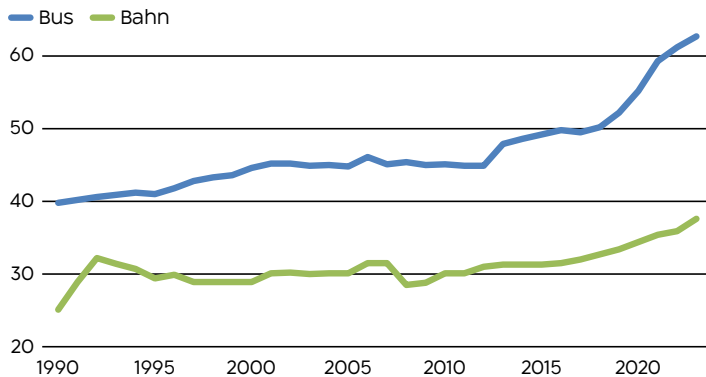
	90–23	05–23	22–23
Personenverkehr-Straße	36 %	-19 %	-1,7 %
Güterverkehr-Straße	77 %	-14 %	-7,2 %
Bahn- und Schiffsverkehr	7 %	-15 %	1,2 %
Gesamt	47 %	-17 %	-3,7 %

7 Strukturdaten



NÖ Öffentlicher Personen-Nahverkehr bis 2023

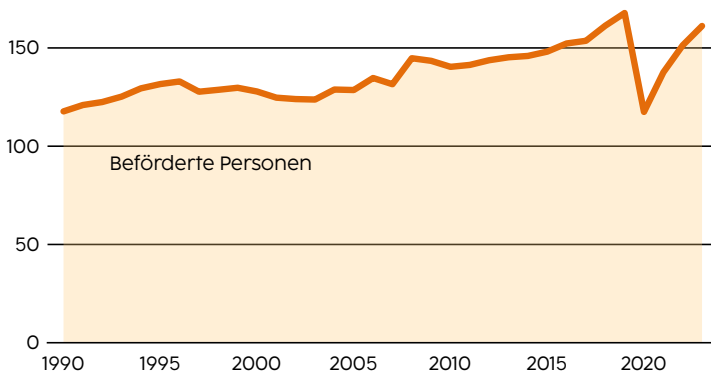
In Mio. Fahrzeugkilometer pro Jahr / Quelle: Verkehrsverbund Ost-Region (VOR), Wien 2025



Der Ausbau des öffentlichen Personen-Nahverkehrs ist ein zentrales Anliegen, um die im Verkehrsbereich stark angestiegenen Fahrleistungen des motorisierten Personenverkehrs (MIV) in den Griff zu bekommen. Die Anzahl der Fahrzeugkilometer erhöhten sich seit 1990 beim Busverkehr um 57% auf 63 Mio. km und beim Bahnverkehr um 50% auf 38 Mio. km, wobei hier ab August 2023 auch die private Westbahn enthalten ist.

NÖ Öffentlicher Personen-Nahverkehr bis 2023

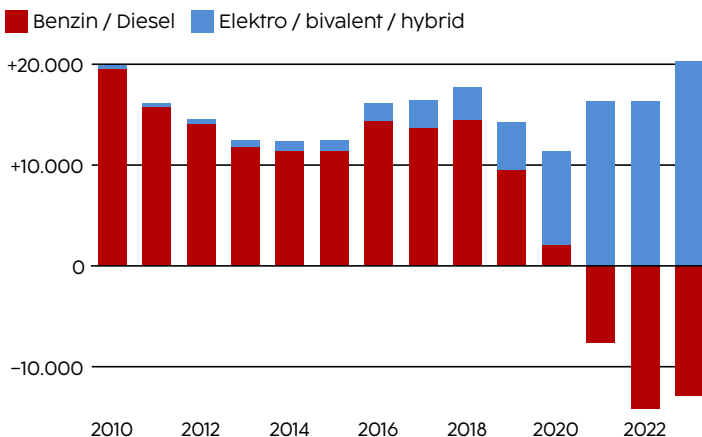
In Mio. beförderte Personen pro Jahr / Quelle: Verkehrsverbund Ost-Region (VOR), Wien 2025



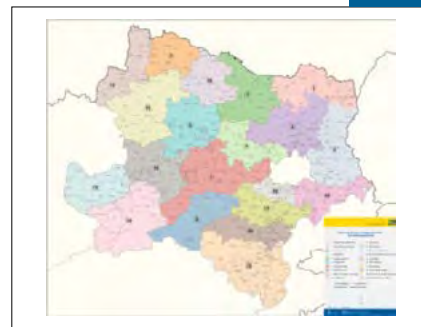
Die Anzahl der beförderten Personen im Nahverkehr in NÖ erhöhte sich nach dem pandemiebedingten Rückgang im Jahr 2020 wieder und liegt im Jahr 2023 mit 161 Mio. Personen um 37% über dem Wert von 1990.

Veränderungen des PKW-Bestandes in NÖ bis 2023

Anzahl der Fahrzeuge / Quelle: Statistik Austria, KFZ-Bestand, Wien 2024



In der Veränderung im PKW-Bestand in Niederösterreich zeigt sich der Rückgang bei den fossilen Antrieben von Benzin und Diesel sowie die Steigerung bei den alternativen Antrieben von Elektro, Hybrid- und Bivalentensystemen. Seit dem Jahr 2021 gibt es bei den PKWs einen Rückgang bei den Bestandszahlen der fossilen Antriebe. Die Elektromobilität ist im Steigen begriffen, wird in den nächsten Jahren zunehmen und gemeinsam mit anderen alternativen Treibstoffen wie z. B. Wasserstoff weiter stark an Marktanteilen gewinnen.



Radbasisnetze in Niederösterreich

Um viele Menschen zu motivieren, das Fahrrad zu nutzen, braucht es ein möglichst unterbrechungsfreies, durchgängiges Netz an Radverkehrsinfrastruktur. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde eine Potenzialanalyse hinsichtlich der benötigten Radverkehrsinfrastruktur für den Alltagsradverkehr durchgeführt.

Auf dieser Basis wurde die Planung von Radbasisnetzen erstellt. Im Vordergrund steht der Netzgedanke bzw. der überregionale, ortsverbindende Aspekt. Das Ziel ist, Lücken bzw. Unterbrechungen hintanzuhalten und dabei möglichst attraktive, breite Radwege umzusetzen. Maßgeblich für den Netzgedanken ist es, Punkte und Orte innerhalb der Gemeinden (z. B. Schulen, Supermärkte, öffentliche Einrichtungen) miteinander zu verbinden. Zudem soll auch zwischen den Ortschaften eine attraktive Verbindung ermöglicht werden.

Die Planungen zu den Radbasisnetzen wurden komplett durch das Land finanziert und umfassen insgesamt 190 Gemeinden, die zu 37 Potenzialregionen zusammengefasst wurden. Die Gemeinden waren maßgeblich in die Planungen involviert, etwaige darauf aufbauende Planungs- und Bauarbeiten werden mittels gemeinsamer Bundes- und Landesförderung in Höhe von bis zu 70 % unterstützt.

Land NÖ, Abteilung Raumordnung und Gesamtverkehrsangelegenheiten (RU7)

NÖ Bahnoffensive

Die NÖ Bahnoffensive bezeichnet den nahverkehrsrelevanten Ausbau von Bahnlinien im Eigentum der bundeseigenen ÖBB-Infrastruktur in Niederösterreich. In Summe werden in den nächsten 20 Jahren 2,3 Milliarden Euro in Modernisierung, Attraktivierung und Ausbau der Schieneninfrastruktur investiert. Der Landtag von Niederösterreich hat für dieses Vorhaben eine Investition von rund 400 Mio. Euro beschlossen.

Die NÖ Bahnoffensive umfasst unter anderem folgende zentrale Projekte:

- Investitionen in die Attraktivierung und den barrierefreien Ausbau von Bahnhöfen und Haltestellen
- infrastrukturelle Ertüchtigung, Attraktivierung und Kapazitätserweiterung der Franz-Josefs-Bahn (FJB)
- Infrastrukturausbau und Modernisierung der Regionalbahnstrecken Traisentalbahn, Erlaufalbahn, Kampalbbahn und Puchbergerbahn
- viergleisiger Ausbau der Südbahn im Streckenabschnitt Meidling–Mödling
- Attraktivierung und Kapazitätserweiterung wesentlicher regionaler Außenäste des S-Bahnsystems
- zweigleisiger Ausbau der Strecke Tulln an der Donau–Regionalbahnhof Tullnerfeld
- Infrastrukturentwicklungen für die Innere Aspangbahn

Land NÖ, Abteilung Raumordnung und Gesamtverkehrsangelegenheiten (RU7)

Regionale Raumordnungsprogramme landesweit

Regionale Raumordnungsprogramme sind eine Grundlage für die weitere räumliche Entwicklung Niederösterreichs. Sie konkretisieren die Ziele des Landes in Hinblick auf die Siedlungsentwicklung sowie auf die Nutzung und Erhaltung der natürlichen Ressourcen. Die Festlegungen der Regionalen Raumordnungsprogramme sind für die örtliche Raumordnung der Gemeinden rechtsverbindlich.

2025 wurden erstmals flächendeckend in ganz Niederösterreich Regionale Raumordnungsprogramme verordnet. Die insgesamt 20 Raumordnungsprogramme basieren auf einem landesweiten Planungsprozess (Regionale Leitplanungen). Unter Begleitung von Expertinnen und Experten wurde eine partnerschaftliche Abstimmung zwischen den 573 niederösterreichischen Gemeinden und dem Land durchgeführt.

Land NÖ, Abteilung Raumordnung und Gesamtverkehrsangelegenheiten (RU7)



➤ Raumordnung in Niederösterreich

8 WIRTSCHAFT.NACHHALTIG



Wirtschaft

WST3, Riess, Aigelsreiter

Das Handlungsfeld Wirtschaft begleitet Unternehmen bei der Ökologisierung, Dekarbonisierung und bei der Anpassung an den Klimawandel.

—

Freizeit und Tourismus

WST3, Riess

Das Handlungsfeld Freizeit und Tourismus treibt Niederösterreich als klimafitte Tourismusdestination voran.

—

Abfallwirtschaft

RU3, Mayerhofer

Das Handlungsfeld Abfallwirtschaft stellt im Sinne der Kreislaufwirtschaft die Vermeidung von Abfällen und die verbesserte Nutzung von Wertstoffen in den Fokus.

—

Nachhaltige Beschaffung

RU3, Steiner

Das Handlungsfeld Nachhaltige Beschaffung unterstützt über das öffentliche Beschaffungswesen die klimaneutrale und nachhaltige öffentliche Verwaltung.

—

Globale Aspekte und Bildung

RU3, Käfer-Schlager

Das Handlungsfeld Globale Aspekte und Bildung setzt Bildungs- und Klimaaktivitäten anhand der globalen Entwicklungsziele (SDG) um – in NÖ und über die Grenzen hinweg.

Der Bereich WIRTSCHAFT.NACHHALTIG umfasst den gesamten Energieeinsatz und die damit verbundenen Treibhausgas-Emissionen der Unternehmen, inklusive der Abfallwirtschaft und der fluorierten Gase. Ohne die Emissionen der großen, energieintensiven Industriebetriebe, die durch den EU-weiten Emissionshandel geregelt werden, ist dieser Bereich mit 18 % für die dritthöchsten Emissionen in NÖ verantwortlich. Rund die Hälfte stammt aus der Verbrennung von fossilen Energieträgern und aus Industrieprozessen in den Betrieben, gefolgt von 32 % der Abfallwirtschaft (Abfallverbrennung mit 17 % und Deponien mit 15 %) und 18 % aus fluorierten Gasen (vor allem Kühl- und Kältemittel). Die Entwicklung der Emissionen seit 2005 zeigt ein heterogenes Bild: Während die Abfallwirtschaft die Emissionen um etwa 33 % reduzieren konnte, haben sowohl die Emissionen der Unternehmen um rund 28 % als auch der fluorierten Gase um rund 21 % zugenommen.

Die größten Hebel zur Verringerung von Emissionen im Bereich WIRTSCHAFT.NACHHALTIG liegen im Ausstieg aus fossilen Energieträgern und in der Steigerung der Energieeffizienz. In der Abfallwirtschaft liegen die Ansatzpunkte in der Vermeidung von Methanemissionen aus den Deponien und der Reduktion fossiler Einsatzstoffe in der Müllverbrennung. Da Emissionen aus Produktion und Entsorgung letztlich durch Kauf- und Konsumverhalten verursacht werden, sind Maßnahmen der nachhaltigen Beschaffung, ein klimaschonender Lebensstil und globales Agieren

wesentliche strategische Bausteine in diesem Bereich.

Vom Klimawandel ist der Bereich WIRTSCHAFT.NACHHALTIG in doppelter Weise betroffen. Einerseits werden Produktionsprozesse gefährdet, indem Extremwetterereignisse zunehmend Probleme bei Lieferketten oder Produktionsstandorten verursachen können. Auch die zunehmende Hitzebelastung kann Menschen und Anlagen negativ beeinflussen. Andererseits entstehen durch die Energiewende und die Anpassung an den Klimawandel auch eine Nachfrage nach innovativen Dienstleistungen und Produkten und damit neue Marktchancen für Unternehmen in Niederösterreich. Der Tourismus als Teil der Wirtschaft ist in unterschiedlicher Weise von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen: So können steigende Temperaturen einen Nachteil für den klassischen Wintertourismus darstellen, gleichzeitig bieten sich dadurch auch Chancen für einen Ganzjahrestourismus.

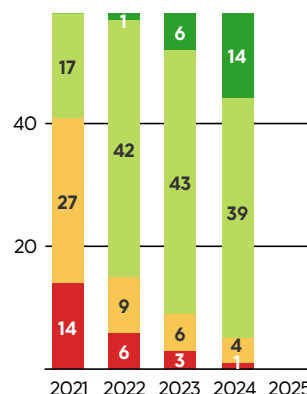
Da das Land Niederösterreich mit seiner Beschaffung selbst ein wichtiger Wirtschaftsakteur ist, zielt das Programm nicht nur darauf ab, Unternehmen sowie Konsumentinnen und Konsumenten in einem klimafitten Verhalten zu unterstützen, sondern auch selbst durch nachhaltiges und klimaverträgliches Handeln Vorbild zu sein.

Umsetzungsstand WIRTSCHAFT.NACHHALTIG

Anzahl der Maßnahmen

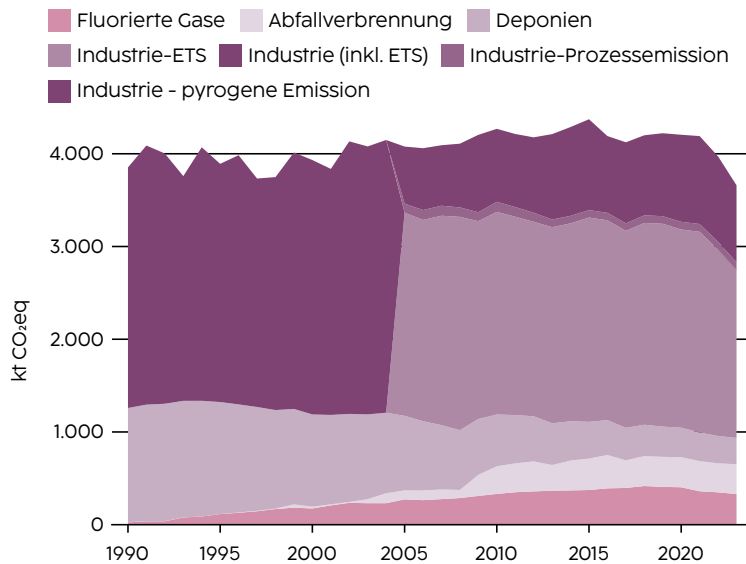
Im Bereich „WIRTSCHAFT.NACHHALTIG“ wurden von den 58 Maßnahmen im vierten Jahr 14 Maßnahmen umgesetzt, bei 39 Maßnahmen finden laufende Umsetzungen statt, 4 sind begonnen und 1 noch nicht begonnen worden.

umgesetzt
laufend
begonnen
nicht begonnen

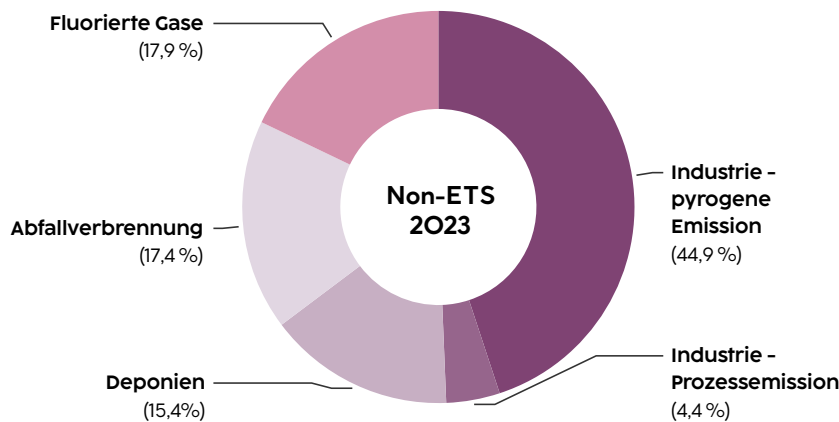


NÖ Emission Wirtschaft bis 2023

Alle Daten, Quelle: Umweltbundesamt, BLI, Wien 2025



Die Treibhausgasemissionen der Wirtschaft setzen sich aus den Emissionen des produzierenden Bereichs, den Emissionen der Abfallwirtschaft und den Emissionen der fluorierten Gase zusammen. Seit 1990 haben die Emissionen (inklusive ETS-Bereich) im Bereich der Wirtschaft um 5% abgenommen. Die Emissionszunahme seit 1990 beträgt bei den fluorierten Gasen rund 1.200% und bei der Industrie rund 5%, wohingegen bei der Abfallwirtschaft ein Rückgang von 51% vorliegt.



Im Bereich der Wirtschaft haben seit 2005 die Emissionen (inklusive ETS-Bereich) um 10% abgenommen, wobei der Non-ETS-Bereich 2% gesunken ist und der ETS-Bereich um 17% gesunken ist. Die Emissionszunahme im Non-ETS-Bereich seit 2005 beträgt bei den fluorierten Gasen rund 21% und bei der Industrie rund 28%, wohingegen bei der Abfallwirtschaft ein Rückgang von rund 33% vorliegt.

NÖ Emission Wirtschaft

In kt CO₂eq

	1990	2005	2010	2015	2020	2021	2022	2023
Industrie, pyrogene Emission	2.595	615	787	980	939	948	922	831
Industrie, Prozessemission		97	109	81	83	84	85	82
Industrie-ETS		2.191	2.185	2.203	2.137	2.165	2.009	1.812
Deponien	1.232	804	559	397	318	308	294	284
Müllverbrennung	1	98	298	339	324	325	312	321
Fluorierte Gase	26	273	332	374	404	361	349	330
Gesamt (Non-ETS)		1.887	2.084	2.169	2.068	2.026	1.962	1.848
Gesamt (inkl. ETS)	3.853	4.078	4.269	4.372	4.205	4.191	3.971	3.660

Veränderung der Emissionen

In Prozent

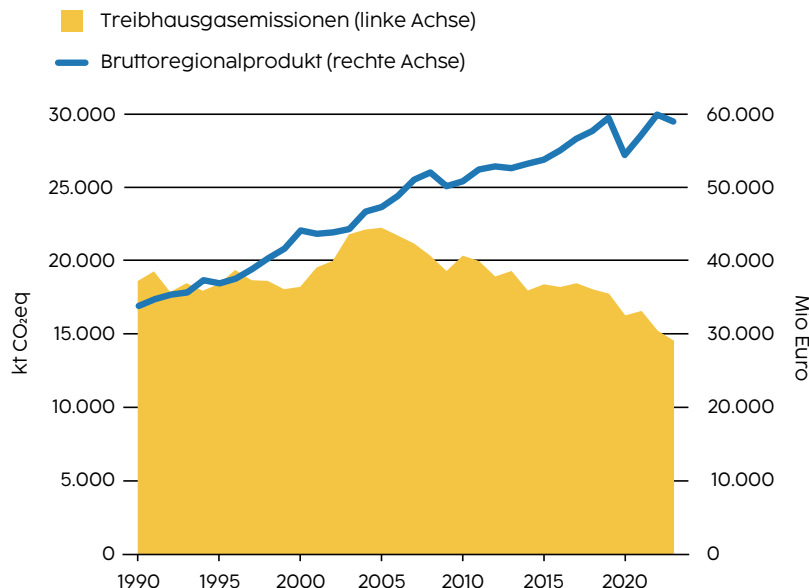
	90-23	05-23	22-23
5%		28%	-9,4%
		-17%	-9,8%
-51%		-33%	-0,2%
1,186%		21%	-5,4%
		-2%	-5,8%
-5%		-10%	-7,8%

8 Strukturdaten



Entwicklung der Treibhausgasemissionen und des Bruttoregionalprodukts in Niederösterreich bis 2023

Quelle: Umweltbundesamt, BLI und Statistik Austria,
Regionale Gesamtrechnung, Wien 2025

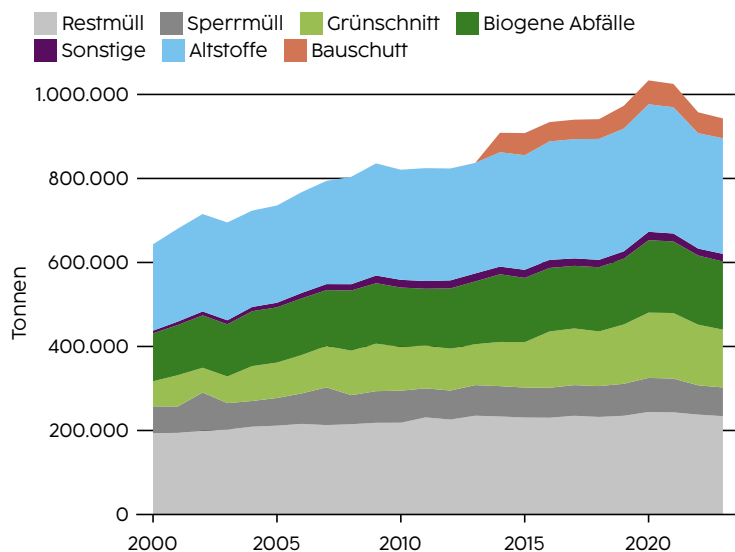


Während das NÖ Bruttoregionalprodukt weitestgehend eine kontinuierliche Zunahme verzeichnet, sind die Emissionen bis 2005 gestiegen und anschließend gesunken. Die Linie zeigt den Verlauf des Bruttoregionalprodukts. In den Krisen Jahren 2009 und 2020 sowie auch 2023 weist das Bruttoregionalprodukt jeweils einen Rückgang auf. Die Treibhausgasemissionen umfassen sowohl den Non-ETS-Bereich als auch den ETS-Bereich und sind insbesondere in den Jahren 2022 und 2023 deutlich zurückgegangen.

Insgesamt hat seit 1990 die Wirtschaftsleistung bis 2023 um 75 % zugelegt, wohingegen die Treibhausgasemissionen im selben Zeitraum um 22 % abgenommen haben. Da der energetische Endverbrauch seit 1990 um rund 50 % zugelegt hat, ist der Emissionsrückgang auf den Wechsel von fossilen zu erneuerbaren Energieträgern zurückzuführen.

Entwicklung kommunaler Abfallmengen in Niederösterreich bis 2023

Quelle: Abfallwirtschaft Niederösterreich, Land NÖ, RU3, St. Pölten, 2024



Die kommunalen Abfallmengen sind zwischen 2000 und 2023 um 47 % gestiegen und im Jahr 2023 gegenüber dem Vorjahr um 2 % gesunken. Durch die Erfolge der getrennten Sammlung sind die Mengen an Rest- und Sperrmüll nur um rund 20 % gestiegen. Rest- und Sperrmüll werden in Niederösterreich fast ausschließlich einer thermischen Behandlung zugeführt. Die gesammelten Abfallmengen im Jahr 2023 bestehen zu rund einem Drittel aus Grünschnitt und biogenen Abfällen und zu je rund 30 % aus Rest- und Sperrmüll sowie aus Altstoffen wie Papier, Verpackungen, Glas und Holz.



Leitfäden für Repair-Cafés und Bibliotheken der Dinge

Das Land Niederösterreich hat praxisnahe Leitfäden für die breite Umsetzung von zwei innovativen Konzepten – Repair-Cafés und Bibliotheken der Dinge – herausgegeben. Beide Initiativen zielen darauf ab, einen Beitrag zur Abfallvermeidung und Wiederverwendung zu leisten und die Kreislaufwirtschaft zu stärken.

Repair-Cafés sind Veranstaltungen, bei denen Bürgerinnen und Bürger gemeinsam mit Freiwilligen defekte Geräte oder Gegenstände reparieren. Die Reparaturhilfe ist kostenlos und freiwillige Spenden tragen zum Betrieb des Repair-Cafés bei. Die Treffen sind nicht kommerziell organisiert und ergänzen damit das Angebot zur Reparatur. Im Vordergrund stehen das gegenseitige Helfen und der Informationsaustausch bei einer Tasse Kaffee oder Tee. Repair-Cafés fördern damit auch soziale Aspekte wie Kommunikation, Austausch von Wissen und die Vernetzung von Menschen in der Gemeinde.

Eine Bibliothek der Dinge ist ein Ort, an dem Alltagsgegenstände wie Werkzeuge, Haushalts- oder Freizeitgeräte verliehen werden. Das Konzept kann Teil einer Bibliothek sein oder auch als eigenständiger Leihladen umgesetzt werden.

Land NÖ, Abteilung Umwelt- und Energiewirtschaft (RU3)

Landhausküche als Partner von United Against Waste

In Österreich fallen pro Jahr rund 1,2 Millionen Tonnen Lebensmittelabfälle an. Davon ist der Großteil dem Bereich der Haushalte zuzuordnen (rd. 61 %) gefolgt von der Außer-Haus-Verpflegung (rd. 17 %). Großküchen in der Gemeinschaftsverpflegung, darunter Krankenhäuser, Pflegeheime und Schulen, können daher maßgeblich dazu beitragen, Lebensmittelabfälle zu reduzieren.

Insgesamt 186 österreichische Betriebe der Außer-Haus-Verpflegung, 24 davon in NÖ, haben sich mit diesem Ziel der Branchenplattform United Against Waste angeschlossen. Mit der Landhausküche in St. Pölten hat sich im Herbst 2024 ein neuer Standort der Initiative angeschlossen, der das Aufkommen an Lebensmittelabfällen im eigenen Betrieb laufend erhebt. Auch sieben Häuser der NÖ Landesgesundheitsagentur sind Teil der Initiative United Against Waste: das Universitätsklinikum St. Pölten, die Landeskliniken Amstetten, Mauer, Neunkirchen und Lilienfeld sowie die zwei Pflege- und Betreuungszentren Gloggnitz und Berndorf.

Land NÖ, Abteilung Gebäude- und Liegenschaftsmanagement (LAD3 – Landhausküche)



➤ [United Against Waste](#)

Regenerativer Tourismus in Niederösterreich – ein Leuchtturm für nachhaltige Entwicklung

Mit dem Leitfaden „Regenerativer Tourismus in Niederösterreich“ setzt das Bundesland neue Maßstäbe im nachhaltigen Reisen und ein starkes Zeichen für eine zukunftsweisende Entwicklung des Tourismus. Im regenerativen Tourismus liegt der Fokus nicht nur auf dem Erhalt, sondern auf der aktiven Verbesserung von Natur, Kultur und regionaler Identität. Dabei stehen die Revitalisierung kultureller Stätten, die Stärkung lokaler Gemeinschaften sowie klimafreundliche Mobilität im Zentrum.

Ein Beispiel mit Strahlkraft ist die behutsame Belebung der Weinviertler Kellergassen: liebevoll revitalisiert, mit kulturellem Leben erfüllt und durch Veranstaltungen wie Kellergassenfeste oder Führungen erlebbar gemacht. Hier verbinden sich regionale Geschichte, sozialer Mehrwert und sanfter Tourismus auf authentische Weise.

Zusätzlich unterstützt ein Gastgebercoaching-Programm Betriebe dabei, regenerative Prinzipien praktisch umzusetzen – etwa durch bewusste Ressourcennutzung, faire Arbeitsbedingungen oder Kommunikation nachhaltiger Angebote.

Niederösterreich etabliert sich damit als Modellregion für regenerativen Tourismus im deutschsprachigen Raum – und inspiriert Gäste und Betriebe gleichermaßen, Teil eines verantwortungsvollen Wandels zu sein.

Niederösterreich Werbung

9 ENERGIE.VERSORGUNG



Energieerzeugung

eNu, Otepka

Das Handlungsfeld Energieerzeugung forciert über einen gut abgestimmten Mix an erneuerbaren Energien die Energie- und Klimawende.

—

Energierrecht

WSTI, Kastler

Das Handlungsfeld Energierrecht schafft die für die Energie- und Klimawende erforderlichen rechtlichen Rahmenbedingungen.

—

Energieinfrastruktur

RU3, Fischer

Das Handlungsfeld Energieinfrastruktur unterstützt die für die Energie- und Klimawende notwendige zukunftsfitte Infrastruktur in Form von modernen Netzen, ausreichenden Flächen und vielem mehr.

—

Energieinnovationen

eNu, Otepka

Das Handlungsfeld Energieinnovationen forciert die für die Energie- und Klimawende unerlässlichen klimafreundlichen Lösungen wie Energieeffizienz, Sektorkopplung und vieles mehr.

Der Bereich ENERGIE.VERSORGUNG umfasst den Energieverbrauch und die direkten Emissionen aus Energieversorgungsunternehmen, d. h. all jenen Anlagen, die zur Umwandlung von Primärenergie (Rohöl, Rohgas, Holz, Wasserkraft, Windkraft etc.) in für die Haushalte und die Wirtschaft konsumierbare Endenergieformen (z. B. Treibstoffe, Strom, Fernwärme, Pellets) notwendig sind. Der größte Teil der Emissionen aus der Energieversorgung wird durch den EU-weiten Emissionshandel geregelt. Die Emissionen der Energieversorgung, die nicht dem EU-Emissionshandel unterliegen, machen nur 3 % der Emissionen Niederösterreichs aus. Diese stammen zu nur mehr rund 10 % aus kleinen Anlagen zur Strom- und Wärmeversorgung mit fossilen Energieträgern, zu 2 % aus der Öl- und Gasförderung sowie zu etwa 90 % aus flüchtigen Emissionen bei der Erdöl- und Gasförderung und Energieverteilung (Tankstellen, Gasnetz). Die Entwicklung der Non-ETS-Emissionen zeigt, dass seit 2005 eine Reduktion von etwa 75 % erzielt werden konnte.

Der größte Hebel zur Verringerung von Emissionen aus diesem Bereich liegt in der Umstellung auf erneuerbare Energieformen, wobei die Umstellung von kleinen, fossil-betriebenen Strom- und Wärmeversorgungsanlagen die am raschesten wirksame Option darstellt. Ebenfalls in diesem Bereich zusammengefasst werden all jene Maßnahmen, die notwendig sind, um die Energieinfrastruktur an die sich verändernden

Anforderungen durch die Steigerung des Anteils erneuerbarer Energieträger anzupassen.

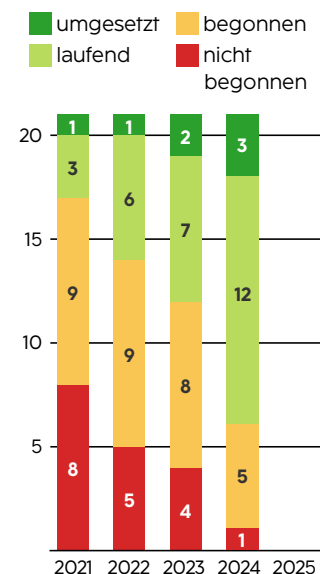
Von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen ist der Bereich ENERGIE.VERSORGUNG vor allem durch Extremwetterereignisse, die Infrastruktureinrichtungen gefährden – wie Stürme, Hangrutschungen, Hochwasser und extreme Hitze. Weiters wird es durch häufiger auftretende Niedrasserstände infolge von Trockenperioden zu einem Rückgang der Erträge aus Wasserkraft kommen.

Im Bereich ENERGIE.VERSORGUNG liegt die Kompetenzlage weitgehend beim Bund. Das Land Niederösterreich wird den Ausbau erneuerbarer Energieträger und damit die Energiewende durch die Umsetzung innovativer Lösungen sowie durch das gemeinsame Entwickeln langfristiger Strategien mit den in Niederösterreich tätigen Energieunternehmen forcieren. Dabei wird besonderer Wert auf die Grundsätze der Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit gelegt, um sicherzustellen, dass ein Ausstieg aus fossilen Energieträgern in der Energieversorgung und die notwendige Anpassung der Energieinfrastruktur effizient, zielgerichtet und nachhaltig umgesetzt werden.

Umsetzungsstand ENERGIE.VERSORGUNG

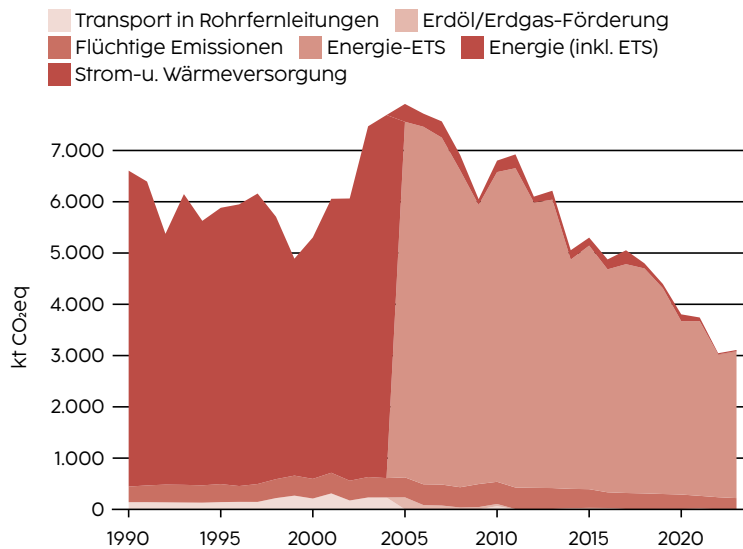
Anzahl der Maßnahmen

Im Bereich „ENERGIE.VERSORGUNG“ wurden von den 21 Maßnahmen im vierten Jahr 3 Maßnahmen umgesetzt, bei 12 Maßnahmen finden laufende Umsetzungen statt, 5 sind begonnen und 1 noch nicht begonnen worden.

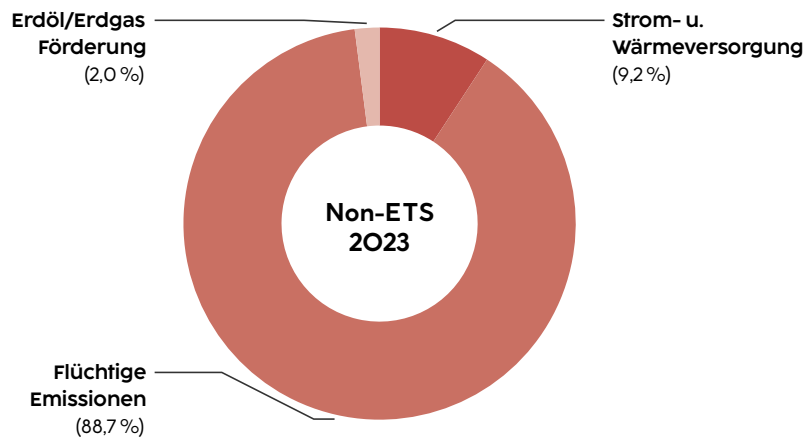


NÖ Emission Energie bis 2023

Alle Daten, Quelle: Umweltbundesamt, BLI, Wien 2025



Die Treibhausgasemissionen der Energie (inklusive ETS-Bereich) haben seit 1990 um 53 % abgenommen. Die Emissionsabnahme seit 1990 beträgt bei der Strom- und Wärmeversorgung 53 % und bei den flüchtigen Emissionen 29 %.



Im Bereich der Energie haben seit 2005 die Emissionen (inklusive ETS-Bereich) um 61 % abgenommen, wobei der Non-ETS-Bereich um 75 % und der ETS-Bereich um 59 % gesunken sind. Die Emissionsabnahme im Non-ETS-Bereich beträgt seit 2005 bei der Strom- und Wärmeversorgung 94 %, bei den flüchtigen Emissionen 45 % und bei der Erdöl/Erdgas-Förderung 98 %. Im Jahr 2023 sind die Hauptemittenten des Non-ETS-Bereichs die Strom- und Wärmeversorgung mit rund 10 % und die flüchtigen Emissionen mit etwa 90 %.

NÖ Emission Energie

In kt CO₂eq

	1990	2005	2010	2015	2020	2021	2022	2023
Strom- u. Wärmeversorgung	6.162	349	223	156	134	71	23	22
Energie-ETS		6.935	6.041	4.751	3.381	3.407	2.786	2.866
Flüchtige Emissionen	304	389	433	364	282	249	233	215
Erdöl/Erdgas-Förderung		235	42	29	6	15	4	5
Transport in Rohrfernleit.	141	0	63	1	2	0	0	0
Gesamt (Non-ETS)		973	761	550	423	335	260	243
Gesamt (inkl. ETS)	6.606	7.908	6.802	5.301	3.804	3.743	3.046	3.109

Veränderung der Emissionen

In Prozent

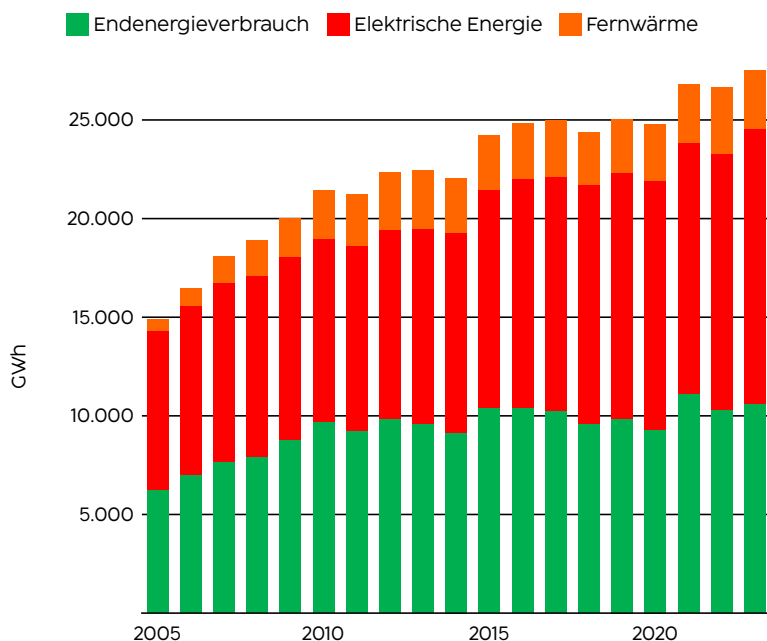
	90–23	05–23	22–23
Strom- u. Wärmeversorgung	-53 %	-94 %	-3,5 %
Energie-ETS		-59 %	2,9 %
Flüchtige Emissionen	-29 %	-45 %	-7,6 %
Erdöl/Erdgas-Förderung		-98 %	17,4 %
Transport in Rohrfernleit.			-78 %
Gesamt (Non-ETS)		-75 %	-6,8 %
Gesamt (inkl. ETS)	-53 %	-61 %	2,1 %

9 Strukturdaten



Entwicklung der Erneuerbaren-Energie-Produktion in Niederösterreich bis 2023

Quelle: Statistik Austria, NÖ Energiebilanz, Wien 2024

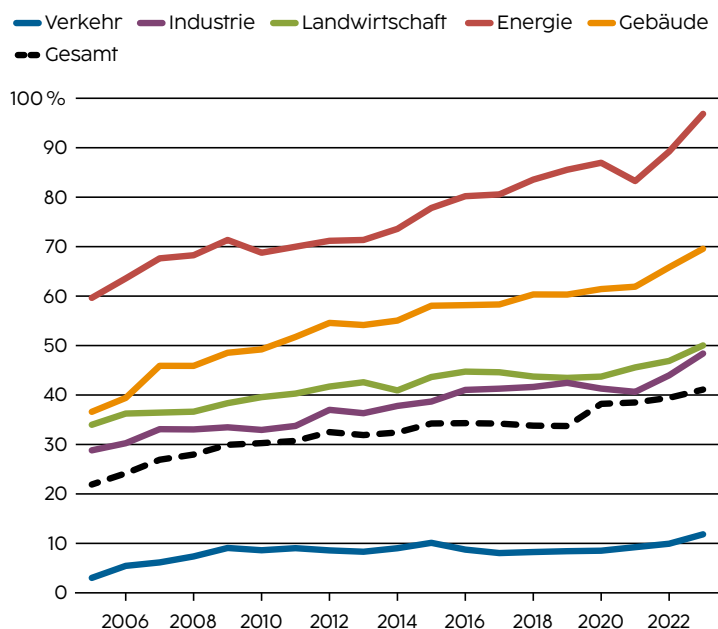


Die anrechenbare Erneuerbare-Energie-Produktion setzt sich aus dem erneuerbaren Endenergieverbrauch, aus der erneuerbaren elektrischen Energie-Erzeugung und aus der erneuerbaren Fernwärme-Erzeugung zusammen. Im Jahr 2023 liegt dieser Anteil in Niederösterreich bereits bei über 40%.

Im Zeitraum 2005 bis 2023 ist die Erneuerbare-Energie-Produktion um 85 % auf 27.500 GWh gestiegen. Im Jahr 2023 weist die elektrische Energie einen Anteil von rund 50 % aus, gefolgt vom Endenergieverbrauch mit rund 40 % sowie der Fernwärme mit etwa 10 %.

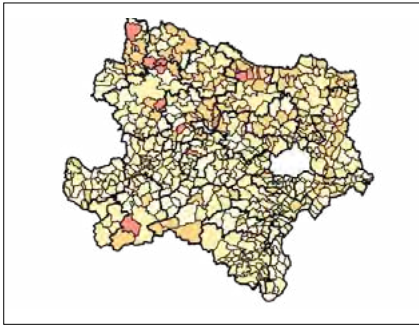
Entwicklung des Anteils der erneuerbaren Energieträger in Niederösterreich (nach EU-Richtlinie) bis 2023

Quelle: Statistik Austria, NÖ Energiebilanz, Wien, 2024



In der NÖ Energiebilanz erfolgt jährlich die Berechnung des Anteils der erneuerbaren Energieträger nach den Vorgaben der EU-Richtlinie 2009/28/EG. Dieser setzt sich aus dem Verhältnis der anrechenbaren erneuerbaren Energieträger und dem Bruttoendenergieverbrauch zusammen.

Seit 2005 ist dieser Anteil in Niederösterreich insgesamt auf über 40 % gestiegen. Bei der Energie (Strom- und Fernwärmeversorgung) liegt der Anteil der Erneuerbaren bei fast 100 %, bei den Gebäuden bei 70 %, gefolgt von Landwirtschaft und Industrie mit je rund 50 % sowie dem Verkehr mit etwa 10 %.



NÖ verabschiedet sich von fossilen Energieträgern

2024 sind in Niederösterreich 15.734 fossile Heizsysteme entsorgt worden. Dies entspricht einer Steigerung um knapp 40 % im Vergleich zum Jahr davor – ein neuer Rekord! Niederösterreich hat mit dem Klima- & Energieprogramm eine ambitionierte Strategie, um die Weichen in Richtung einer klimaneutralen Zukunft zu stellen. Nur mit weiteren konkreten Maßnahmen, z. B. dem raschen Ausstieg aus Öl und Gas, können die gesetzten Ziele erreicht werden.

Die Top 3 bei der Anzahl an getauschten Ölkesseln pro Einwohner erreichten die Bezirke Waidhofen an der Thaya, Zwettl und Melk, mit insgesamt 915 entsorgten Ölheizungen. Die meisten Gaskessel bzw. Gasthermen pro Einwohner wurden in den Bezirken Gmünd, Mistelbach und Korneuburg entsorgt und gegen moderne und umweltfreundliche Heizsysteme getauscht - in Summe 1.949 Geräte.

Unsere Expertinnen und Experten unterstützen Sie bei Ihrem Projekt, vom Heizungstausch über Dämmung bis hin zu Fenstertausch und Photovoltaik.

**Energie- und Umweltagentur
Niederösterreich (eNu)**



Klimakompass NÖ

Der Klimakompass für NÖ Gemeinden gilt als Wegweiser für nachhaltigen Klimaschutz!

Das interaktive Online-Tool unterstützt die niederösterreichischen Gemeinden dabei, die Fortschritte in Richtung der Klimaziele 2030 zu messen und darzustellen. So können nachhaltige Klimaschutzmaßnahmen abgeleitet und erfolgreich umgesetzt werden.

Der NÖ Klimakompass ist für jede Gemeinde zugänglich. Eine Kombination aus statistischen Zahlen und Dateneinträgen durch die Gemeinden ermöglicht eine exakte Auswertung in Echtzeit und gibt den Weg in Richtung Zielerreichung vor. Somit ist der Klimakompass ein Aushängeschild für aktiven Klimaschutz und stellt unter Beweis, wie entschlossen die Gemeinden bei der Energiewende vorgehen.

**Energie- und Umweltagentur
Niederösterreich (eNu)**



16 weitere PV-Beteiligungsprojekte

Die Sonne als unerschöpfliche und saubere Energiequelle steht im Mittelpunkt dieses Projektes – gemeinsam mit den niederösterreichischen Bürgerinnen und Bürgern.

PV-Sonnenkraftwerke sind Photovoltaikprojekte auf öffentlichen Gebäuden, die auf diese Art umweltfreundlichen Strom erzeugen. Bürgerinnen und Bürger haben die Möglichkeit, sich direkt an diesen zukunftsweisenden Projekten zu beteiligen.

Aktuell wurden bereits 105 PV-Projekte mit 13.300 kWp Leistung und über 3.400 beteiligten Haushalten umgesetzt. Davon entstanden 16 Projekte mit 1.936 kWp im Jahr 2024.

Drei gute Gründe fürs Mitmachen:

1. Klimaschutz aktiv gestalten: Sonnenstrom ist CO₂-frei und ersetzt fossile Energieträger.
2. Regionale Wertschöpfung sichern: Investitionen in Photovoltaik schaffen Arbeitsplätze in Planung, Bau und Wartung – und das direkt vor Ort.
3. Attraktive Beteiligung: Teilnehmende profitieren nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch.

**Energie- und Umweltagentur
Niederösterreich (eNu)**

10 LAND.WASSER



Wasserwirtschaft

WA2, Winkler

Das Handlungsfeld Wasserwirtschaft kümmert sich um eine nachhaltige Wasserversorgung in ausreichender Qualität und Quantität.

—

Landwirtschaft

LF3, Müller-Reinwein

Das Handlungsfeld Landwirtschaft sichert die Lebensmittelversorgung, die in Krisenzeiten besonders wichtig ist.

—

Boden und Humus

NÖABB, Gärber

Das Handlungsfeld Boden und Humus plant und organisiert die verschiedenen Nutzungsansprüche an die begrenzte Ressource Boden.

—

Biodiversität

RU5, Mirwald

Das Handlungsfeld Biodiversität sorgt für den Schutz der Biodiversität, die unser aller Lebensgrundlage darstellt.

—

Forstwirtschaft

LF4, Brenn

Das Handlungsfeld Forstwirtschaft stellt über eine klimawandelangepasste Baumartenzusammenstellung die nachhaltige Bereitstellung des Rohstoffs und Energieträgers Holz sicher.

Der Bereich LAND.WASSER umfasst den Energieverbrauch und die direkten Emissionen aus der Land- und Forstwirtschaft. Keiner der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe in Niederösterreich unterliegt dem EU-Emissionshandel. Der Anteil der Landwirtschaft an den Gesamtemissionen (d. h. in allen Bereichen, inkl. EU-Emissionshandel) beträgt 15 %. Betrachtet man nur die Emissionen außerhalb des Emissionshandels, ist die Landwirtschaft mit 22 % für die zweithöchsten Emissionen in NÖ verantwortlich. Der überwiegende Teil dieser Emissionen stammt aus der landwirtschaftlichen Produktion selbst: 41 % aus der Rinderhaltung (Methanemissionen), 15 % aus dem Gülle- und Gärmanagement und 29 % aus den Lachgasemissionen der landwirtschaftlichen Flächen. Emissionen aus der direkten Nutzung fossiler Energieträger in land- und forstwirtschaftlichen Maschinen haben einen Anteil von 15 %. Seit dem Jahr 2005 ergab sich im Bereich Land- und Forstwirtschaft eine Reduktion an Emissionen von 7 %.

Mit Blick auf die Energieversorgung ergibt sich der wichtigste Hebel zur Senkung der Emissionen im Bereich LAND.WASSER durch eine Verringerung der Nutzung von fossilen Treibstoffen. Dabei ist insbesondere die Versorgungssicherheit auch in klimatischen Krisenzeiten – wie Hochwasser, Starkregenperioden, Kälte- und Hitzeperioden unter Wahrung der Ernährungssicherheit zu berücksichtigen. Gesamt betrachtet stellt vor allem die Umstellung auf eine klimaschonende Landwirtschaft den

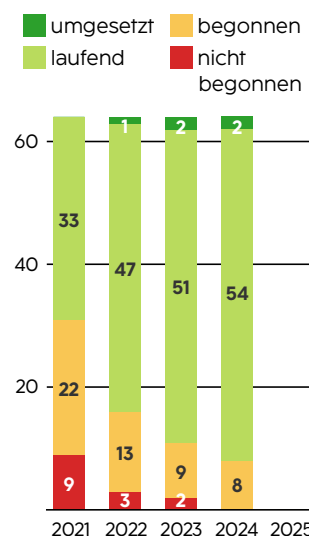
bedeutendsten Beitrag dar. Bei Maßnahmen zur Unterstützung einer flächendeckenden Energieversorgung sind – insbesondere in ländlichen Gegenden – auch die Grundsätze der Zweckmäßigkeit, Sparsamkeit und Effizienz zu beachten.

Der Klimawandel wirkt direkt auf den Bereich LAND.WASSER, da jede Änderung des Klimas unmittelbar auf die land- und forstwirtschaftlichen Produktionsbedingungen und die Ökosystemleistungen der Natur einwirkt. Dabei stellen Extremereignisse wie Dürre, Spätfrost, Starkregen und Stürme die größte Bedrohung dar, die auch die Ausbreitung von heimischen Schadorganismen und invasiven Neobiota begünstigen können. Vegetationszonen verschieben sich und die Zusammensetzung von Arten bestimmter Ökosysteme ändert sich. Besonders betroffen von diesen Veränderungen sind Feuchtgebiete. Für die Forstwirtschaft ist zusätzlich der Faktor Zeit zu beachten: Die Baumartenauswahl von heute prägt Struktur und Widerstandsfähigkeit des Waldes bis Ende des Jahrhunderts. Vor dem Hintergrund des Klimawandels gilt es, die Ökosystemleistungen der Natur neu zu bewerten und entsprechende Anpassungen vorzunehmen, um deren Resilienz gegenüber klimatischen Veränderungen zu verbessern.

Umsetzungsstand LAND.WASSER

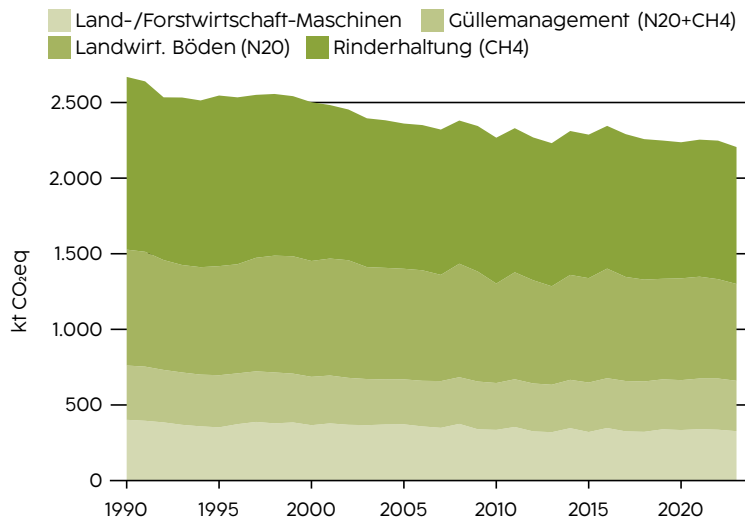
Anzahl der Maßnahmen

Im Bereich „LAND.WASSER“ wurden von den 64 Maßnahmen im vierten Jahr 2 Maßnahmen umgesetzt, bei 54 Maßnahmen finden laufende Umsetzungen statt, 8 sind begonnen und keine Maßnahme ist noch nicht begonnen worden.

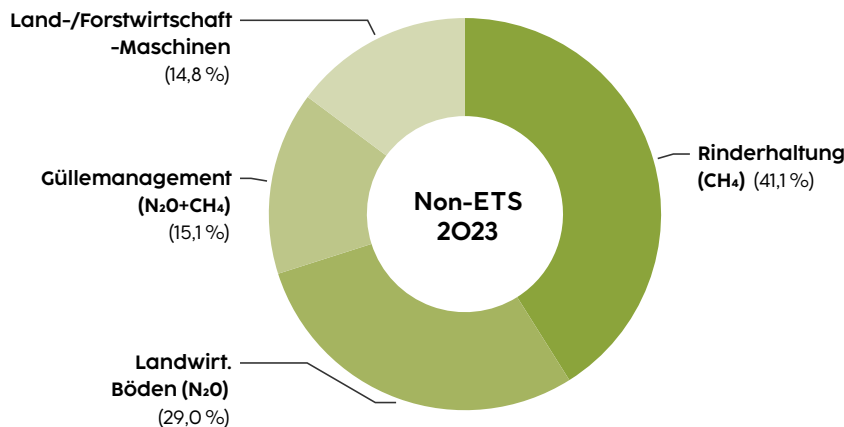


NÖ Emission Land- und Forstwirtschaft bis 2023

Alle Daten, Quelle: Umweltbundesamt, BLI, Wien 2025



Die Treibhausgasemissionen der Land- und Forstwirtschaft haben seit 1990 um 17% und seit 2005 um 7% abgenommen. Bei der Rinderhaltung sind die Methanemissionen seit 1990 um 21% und seit 2005 um 6% gesunken. Bei den landwirtschaftlichen Böden beträgt die Emissionsabnahme seit 1990 rund 16% und seit 2005 rund 12%. Beim Güllema- nagement sind die Emissionen seit 1990 um 7% gesunken und seit 2005 um 12% gestiegen. Die Emissionen den land- und forstwirtschaftlichen Maschinen sind seit 1990 um 19% und seit 2005 um 12% gesunken.



Die Hauptemittenten des Bereichs im Jahr 2023 sind die Methanemissionen der Rinderhaltung mit 41%, die Lachgasemissionen aus den landwirtschaftlichen Böden mit 29%, die Emissionen aus dem Güllema- nagement mit 15% und die Emissionen aus den land- und forstwirtschaftlichen Maschinen mit 15%.

NÖ Emission Land- und Forstwirtschaft

In kt CO₂eq

	1990	2005	2010	2015	2020	2021	2022	2023
Rinderhaltung (CH ₄)	1.142	960	965	949	900	906	916	906
Landwirt. Böden (N ₂ O)	766	731	658	690	673	673	657	640
Güllemanagement (N ₂ O+CH ₄)	359	297	310	327	330	335	339	333
Land-/Forstwirts.-Maschinen	402	372	335	321	334	340	336	327
Gesamt	2.669	2.361	2.267	2.288	2.237	2.254	2.248	2.206

Veränderung der Emissionen

In Prozent

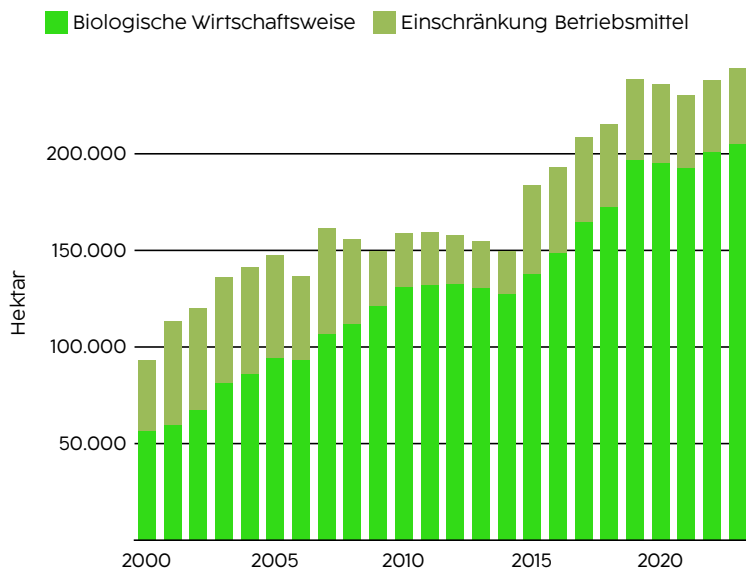
	90–23	05–23	22–23
Rinderhaltung (CH ₄)	-21%	-6%	-1,1%
Landwirt. Böden (N ₂ O)	-16%	-12%	-2,6%
Güllemanagement (N ₂ O+CH ₄)	-7%	12%	-1,6%
Land-/Forstwirts.-Maschinen	-19%	-12%	-2,9%
Gesamt	-17%	-7%	-1,9%

10 Strukturdaten



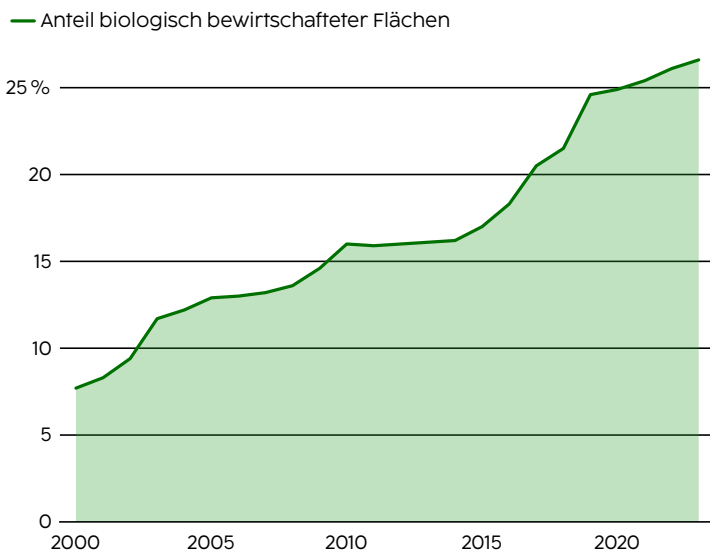
ÖPUL-Biologische Wirtschaftsweise & Einschränkung Betriebsmittel (Fläche) bis 2023

Quelle: BM für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus, Grüner Bericht, Wien 2024



Durch das ÖPUL-Programm konnten die Bioflächen in NÖ weiter rasch wachsen!

Im österreichischen Programm für eine umweltgerechte, extensive und den natürlichen Lebensraum schützende Landwirtschaft (ÖPUL) wird die umweltschonende Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen unterstützt. Im Speziellen werden auch Betriebe mit biologischer Wirtschaftsweise und mit Einschränkung der Betriebsmittel gefördert. Im Zeitraum 2000 bis 2023 sind die biologisch bewirtschafteten Flächen um rund 260 % auf ca. 205.000 Hektar und die Flächen mit Einschränkung der Betriebsmittel auf rund 40.000 Hektar gestiegen.



Im INVEKOS (Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem) sind die landwirtschaftlich genutzten Bioflächen ausgewiesen. Im Zeitraum 2000 bis 2023 sind die biologisch bewirtschafteten Flächen um rund 240 % auf rund 230.000 Hektar gestiegen, womit der Bio-Flächenanteil rund 25 % beträgt. Biobetriebe emittieren um ca. 1/3 weniger Treibhausgase und bauen mehr Humus auf als konventionelle Betriebe.



Waldbrandmanagement

Waldbrände haben in den letzten Jahren weltweit ihr zerstörerisches Potential aufgezeigt. Es wird davon ausgegangen, dass auch in Österreich Häufigkeit und Schadensgröße zunehmen werden. Niederösterreich, im Osten gelegen, mit teilweise schwierig erreichbaren Lagen ist dabei besonders stark gefährdet.

Die Bekämpfung von Waldbränden in ausgedehnten Waldgebieten ist eine logistische Herausforderung. Einerseits ist es wichtig, möglichst rasch Einsatzkräfte und Wasser für den Löschangriff vor Ort zu bringen, andererseits ist die Sicherstellung eines gefahrlosen Rückzuges bei unkontrollierbarer Ausbreitung notwendig. Außerdem ist eine gemeinsame Planungsunterlage wichtig, um die Zusammenarbeit zwischen den Einsatzorganisationen zu optimieren. Genau für dieses Einsatzszenario werden für weite Teile Niederösterreichs Managementpläne erstellt (in Abbildung gelb eingefärbt). Die Erhebungsarbeiten vor Ort werden von der ansässigen Feuerwehr übernommen. Die Zusammenführung aller Informationen und Gestaltung der Pläne erfolgt durch ein technisches Büro. Für den Großteil des Industrieviertels liegen bereits fertige Pläne vor (in Abbildung blau eingefärbt).

Land NÖ, Abteilung Forstwirtschaft (LF4)



NÖ Waldjugendspiele 2025

Die Begeisterung für den Wald ist ungebrochen.

Die Niederösterreichischen Waldjugendspiele fanden, unter der Patronanz von LH-Stv. Dr. Pernkopf, 2025 bereits zum 36. Mal statt. Jedes Jahr nehmen in Niederösterreichs zwischen 10.000 und 13.000 Kinder der 6. Schulstufe (AHS, NMS und Sonderschulen) und etwa 600 Lehrende an den Waldjugendspielen teil. Im Rahmen einer etwa 3-stündigen Wanderung durch den Wald haben die Schülerinnen und Schüler an mehreren Stationen entlang eines Waldparcours verschiedene Aufgaben zu lösen, wo sie ihr Wissen um die Natur und in besonderer Weise um den Wald unter Beweis stellen können. Geschicklichkeits- und Erlebnisstationen dienen zur Auflockerung dieses Rundganges.

Das wichtigste Ziel dieser Veranstaltung ist: Möglichst viele Kinder sollen den Wald hautnah erleben können und sich intensiv mit dem Thema Wald befassen. Seit 1988 konnten so bereits über 425.000 Schülerinnen und Schüler unseres Landes unter der fachkundigen Betreuung von Forstleuten interessante und schöne Eindrücke von der wunderbaren Vielfalt unserer heimischen Wälder spielerisch erlangen und Wissenswertes rund um den Lebensraum Wald erfahren.

Land NÖ, Abteilung Forstwirtschaft (LF4)



Cultan-Düngeverfahren: NÖ als Vorreiter für die Umsetzung

Cultan steht für „Controlled Uptake Long Term Ammonium Nutrition“, auf Deutsch: „Kontrollierte Langzeit-Ammoniumernährung“. Das Cultan-Düngeverfahren ermöglicht es, Dünger direkt in den Wurzelbereich der Pflanzen im Boden zu injizieren, welcher dann der Pflanze als Depot während der gesamten Wachstumsphasen zur Verfügung steht.

Die konkreten Vorteile dieser Technik sind: höhere Trockentoleranz der Pflanzbestände durch bessere Wurzel Ausbildung und bis zu 20 Prozent Düngereinsparung bei gleichen Erträgen durch Minimierung der Stickstoff-Verluste. Das Verfahren ist zwar aufwendiger, senkt aber den Düngeraufwand und kommt der Umwelt zugute.

NÖ unterstützte 2024 als erstes Bundesland landwirtschaftliche Betriebe bei der Anwendung dieses Verfahrens in Form einer Förderung für die Abdeckung der anfallenden Mehrkosten. Diese Förderung diente als Anreiz, um dieses effiziente Verfahren verstärkt zu nutzen.

2025 wurde bei der Maßnahme „Vorbeugender Gewässerschutz“ die Unterstützung als optionaler Zuschlag in das öPUL-Programm aufgenommen und wird daher nun von EU-Bund-Land kofinanziert.

Land NÖ, Abteilung Landwirtschaftsförderung (LF3)

11 MENSCH.SCHUTZ



Schutz vor Naturgefahren

WA2, Winkler

Das Handlungsfeld Schutz vor Naturgefahren verbessert Information, Prävention und den aktiven Hochwasserschutz, um die Bevölkerung vor häufigeren und intensiveren Hochwasserereignissen zu schützen.

Katastrophenmanagement

IVW4, Kreuzer, Obermaißer

Das Handlungsfeld Katastrophenmanagement passt seine Aktivitäten an steigende Einsatzzahlen aufgrund des Klimawandels (Waldbrände und Starkregenereignisse) an.

Erosionsschutz

NÖABB, Steiner

Das Handlungsfeld Erosionsschutz stellt die schonende Behandlung der begrenzten und nicht erneuerbaren Ressource Boden in den Fokus.

Gesundheit

GS2, Radlherr

Das Handlungsfeld Gesundheit kümmert sich um den Schutz der Bevölkerung vor klimawandelbedingten Gesundheitsrisiken durch die zunehmende Hitzebelastung.

Ernährung

Tut Gut, Hasenberger

Das Handlungsfeld Ernährung integriert gesunde, regionale und klimafreundliche Ernährung in den Alltag – „Von daheim“ schmeckt's halt am besten!

Im Bereich MENSCH.SCHUTZ sind vorrangig all jene Handlungsfelder zusammengefasst, die aus Sicht der Anpassung an den Klimawandel von besonderer Bedeutung sind und in den anderen Bereichen nicht direkt adressiert werden. Selbstverständlich fallen auch in diesem Bereich Treibhausgas-Emissionen an, z. B. im Gesundheitsbereich durch den Betrieb der Spitäler. Aus Gründen der Übersichtlichkeit werden diese Emissionen in jenen Bereichen berücksichtigt, denen diese aus Emissionssicht sachlich zugeordnet sind; beim Beispiel der Spitäler wäre das im Bereich BAUEN.WOHNEN.

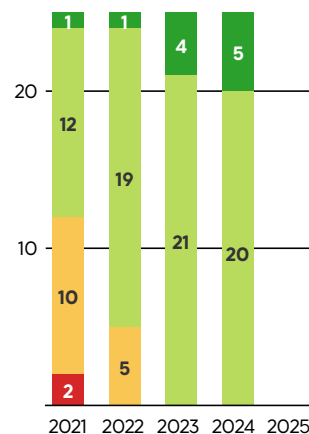
Der Klimawandel beeinflusst den Bereich MENSCH.SCHUTZ am stärksten durch den Temperaturanstieg, der in Form von Hitzestress eine steigende Gesundheitsbelastung darstellt. Darüber hinaus gefährdet die zunehmende Häufigkeit der Extremwetterereignisse viele menschliche Aktivitäten. Der Bereich MENSCH.SCHUTZ will den Menschen in Niederösterreich trotz sich verändernder Bedingungen durch den Klimawandel ein gutes Leben ermöglichen. Konkret heißt das: Einerseits gilt es, Menschen und Einrichtungen vor den direkten Auswirkungen des Klimawandels zu bewahren – dies umfasst alle Maßnahmen, bei denen Leib und Leben geschützt werden. Andererseits werden Maßnahmen initiiert, die die Gesundheitsvorsorge bei einem sich verändernden Klima stärken, z. B. Schutz vor steigender Hitzebelastung.

Umsetzungsstand MENSCH.SCHUTZ

Anzahl der Maßnahmen

Im Bereich „MENSCH.SCHUTZ“ wurden von den 25 Maßnahmen im vierten Jahr 5 Maßnahmen umgesetzt, bei allen anderen 20 Maßnahmen finden laufende Umsetzungen statt.

umgesetzt begonnen
laufend nicht begonnen

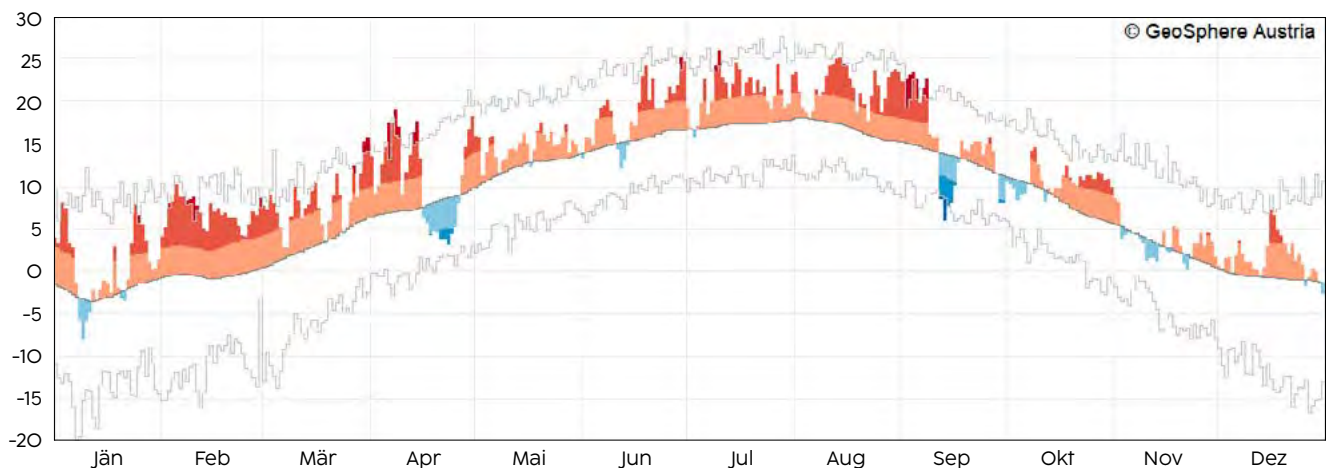


Relevante klimatische Entwicklungen für den Bereich

Diese Grafik zeigt die Verläufe der täglichen Lufttemperatur im Jahr 2024 in Bezug auf die Mittelwerte des Zeitraumes 1961–1990 (angegeben sind Flächenmittelwerte über Niederösterreich). Der Mittelwert des Bezugszeitraumes 1961–1990 ist als dunkelgraue Linien eingetragen, die bisherigen Höchst- bzw. Tiefstwerte sind hellgrau dargestellt.

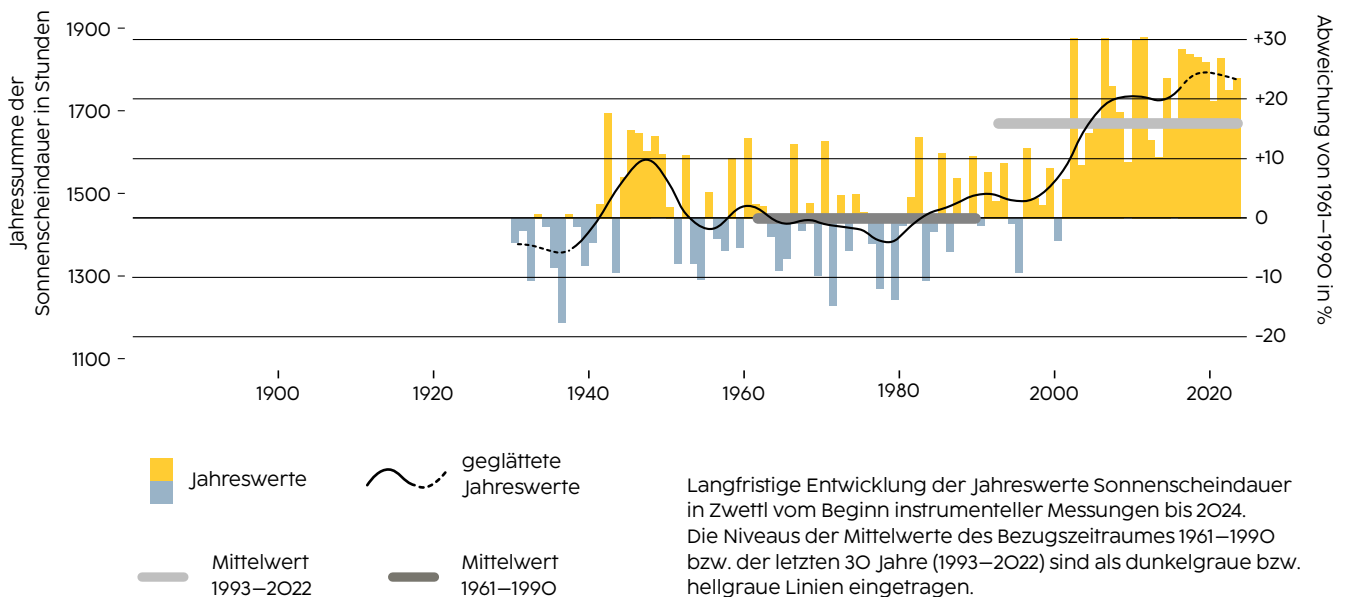
Tagesmittelwerte der Lufttemperatur im Jahr 2024

In °C, im Vergleich zum Mittelwert 1961–1990
Quelle: Klimarückblick Niederösterreich 2024, CCCA, GeoSphere Austria



Jahreswerte der Sonnenscheindauer in Zwettl bis 2024

Abweichung von 1961–1990 in %, vom Beginn instrumenteller Messungen
Quelle: Klimarückblick Niederösterreich 2024, CCCA, GeoSphere Austria

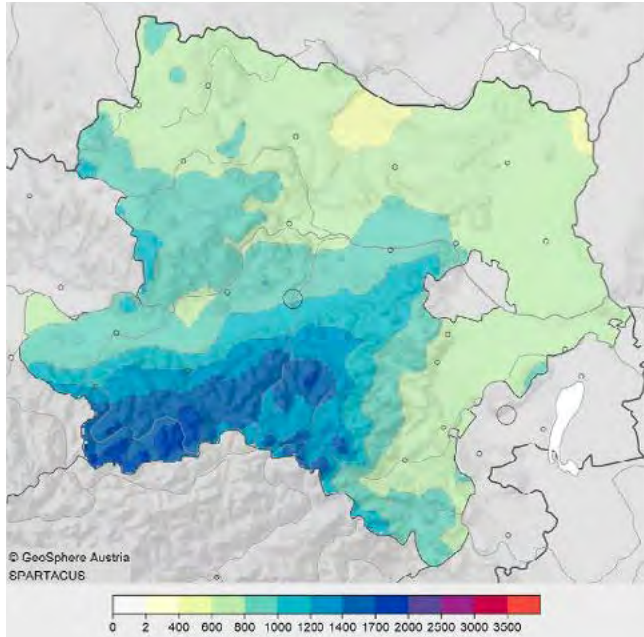


11 Strukturdaten

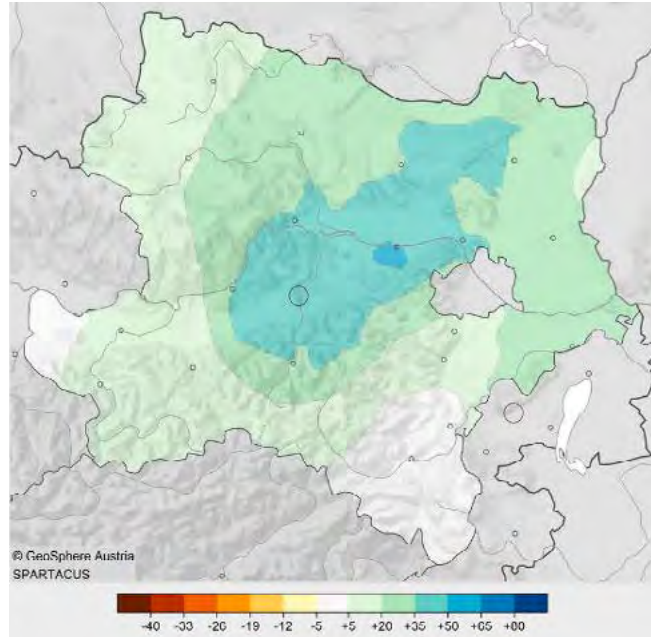


Räumliche Verteilung der Jahreswerte 2024 der Niederschlagssumme in Niederösterreich als Absolutwerte (links) und als Abweichungen vom Mittelwert des Bezugszeitraumes 1961–1990 (rechts)

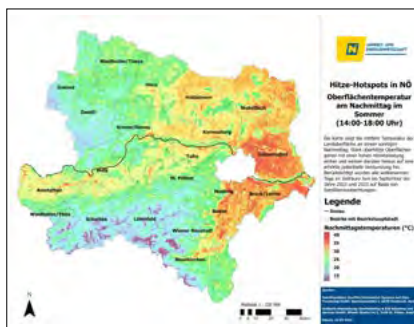
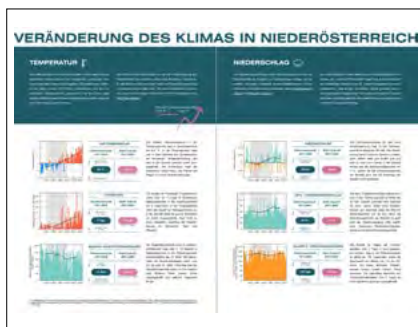
Quelle: Klimarückblick Niederösterreich 2024, CCCA & GeoSphere Austria



Jahressumme des Niederschlags in mm im Jahr 2024



Abweichung von 1961–1990 in %



Klimainfoblätter Niederösterreich

In Niederösterreich zeigen sich regional unterschiedliche Klimaänderungen. Daher wurden für alle Bezirke Niederösterreichs, für das Land und zusätzlich für die Städte St. Pölten und Wien Klimainfoblätter aufgelegt, die die Klimaänderungen und Klimaszenarien darstellen. Die Infoblätter charakterisieren die Region und zeigen unterschiedliche Werte von Lufttemperatur, Hitzetage, Beginn der Vegetationsperiode, Niederschlag, maximaler Tagesniederschlag und Dauer von Trockenperioden für die Referenzperiode 1971–2000 und die nahe Zukunft 2021–2050. Die Klimainfoblätter bilden das Szenario mit ungebremsten Treibhausgasemissionen (RCP 8.5.) ab.

Land NÖ, Abteilung Umwelt- und Energiewirtschaft (RU3)

NÖ Landoberflächentemperaturkarten NÖ: Tag & Nacht

Zur Identifizierung der Hitzeinseln in Niederösterreich – untertags und in der Nacht – wurden zwei Karten der Landoberflächentemperaturen (LST) auf Basis von Satellitendaten erstellt. Die beiden Karten zeigen die mittlere Temperatur der Landoberfläche (LST) an einem sonnigen Nachmittag (14–18 Uhr) und der Nacht nach einem sonnigen Nachmittag (4–7 Uhr) der Monate Juni bis September in den Jahren 2022 und 2023.

Die Karten sind das Ergebnis aus verschiedenen Messungen und Modellen.

Land NÖ, Abteilung Umwelt- und Energiewirtschaft (RU3)

40 Jahre Dorf- und Stadterneuerung

Vor 40 Jahren wurde die Dorf- und Stadterneuerung in Leben gerufen. Mit dem Jahreswechsel 2024/2025 wurde die Dorf- und Stadterneuerung neu strukturiert und modernisiert.

Die Dorf- & Stadterneuerung ist die Agentur für Gemeinden und Regionen des Landes Niederösterreich. Sie unterstützt Gemeinden, Ehrenamtliche und Dorferneuerungsvereine in Niederösterreich durch direkte und rasche Beratung vor Ort bei der Bewältigung von gesellschaftlichen Veränderungen.

Gemeinsam mit der Energie- und Umweltagentur des Landes NÖ und der NÖ Regional entwickelt die Dorf- & Stadterneuerung maßgeschneiderte Konzepte, die Gemeinden und Regionen zukunftsfähig machen. Das neue Angebot umfasst:

- Kommunale Förderzentren
- Betreuung der Dorferneuerungsvereine, Gemeindecaching, Projekt- und Prozessmanagement, u. v. m.
- Orts- und Stadtkernentwicklung
- Kleinregionen und Gemeindekooperationen
- Unterstützung bei einschlägigen Programmen wie: „So schmeckt Niederösterreich“, „NÖ Beschaffungsservice“, „Familienfreundliche Gemeinde“, „Klimakompass“, „Erhaltung und Revitalisierung von Kellergassen“ u. v. m.

Land NÖ, Dorf- und Stadterneuerung – die Gemeindeagentur

12 Querschnitt: Vorbild Land



Mit den Maßnahmen des NÖ Klima- und Energieprogramms werden die im NÖ Klima- und Energiefahrplan gesteckten Ziele verfolgt. Um diese Ziele zu erreichen ist es notwendig, dass alle Akteure (Bund, Land, Gemeinden, Unternehmen und die Bevölkerung) ihrer Verantwortung gerecht werden. Das Land NÖ leistet dazu seinen Beitrag, indem es

1. im eigenen Wirkungsbereich als Vorbild agiert;
2. gemäß seiner Kompetenzlage entsprechende Rahmenbedingungen zum Schutz unseres Klimas setzt und Unternehmen, Gemeinden und die Bevölkerung durch zielgerichtete Beratungs- und Unterstützungsangebote auf dem Weg in eine klimafitte Zukunft stärkt;
3. sich auf Bundesebene dafür einsetzt, dass auch außerhalb der Landeskompentenz die wesentlichen Voraussetzungen geschaffen

werden, um die gemeinsamen Klima- und Energieziele erreichen zu können.

Dem ersten Punkt, d. h. Vorbild zu sein, wurde in jedem der 6 inhaltlichen Bereiche des Klima- und Energieprogramms Rechnung getragen. In der jeweils ersten Stoßrichtung mit der Bezeichnung „Vorbild Land“ wurden jene Maßnahmen zusammengefasst, in denen das Land selbst zum Vorbild werden kann, aus dem eigenen Wirkungsbereich heraus. Die Zuordnung dieser Maßnahmen zu den jeweiligen Bereichen wurde deswegen getroffen, damit das NÖ Klima- und Energieprogramm in der Emissionsdarstellung mit der Bundesländer-Luftschadstoff-Inventur (BLI) übereinstimmt. Dort werden nämlich auch z. B. die Emissionen der Landesgebäude im Sektor Gebäude unter „Private und öffentliche Dienstleistungen“ eingeordnet und die der Landesfahrzeuge im Bereich „Verkehr“.

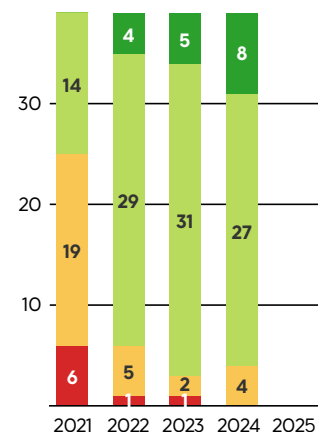
	Bereich	Stoßrichtung als Vorbild Land	
BW	BAUEN. WOHNEN	Landesgebäude zukunftsfit machen	16
MR	MOBILITÄT. RAUM	Vorbildhaftes Mobilitätsmanagement im Landesdienst umsetzen	9
WN	WIRTSCHAFT. NACHHALTIG	Nachhaltigkeit und Klimaverträglichkeit als maßgebliche Entscheidungskriterien im Landesdienst verankern	6
EV	ENERGIE. VERSORGUNG	Vorbildhafte Energieversorgung im Landesdienst ausbauen	1
LW	LAND. WASSER	Landeseigene Naturräume klimafit machen	4
MS	MENSCH. SCHUTZ	Klimarelevanten Gesundheitsschutz in Landeseinrichtungen ausbauen	3
Summe Anzahl der Maßnahmen:			39

Umsetzungsstand Vorbild Land

Anzahl der Maßnahmen

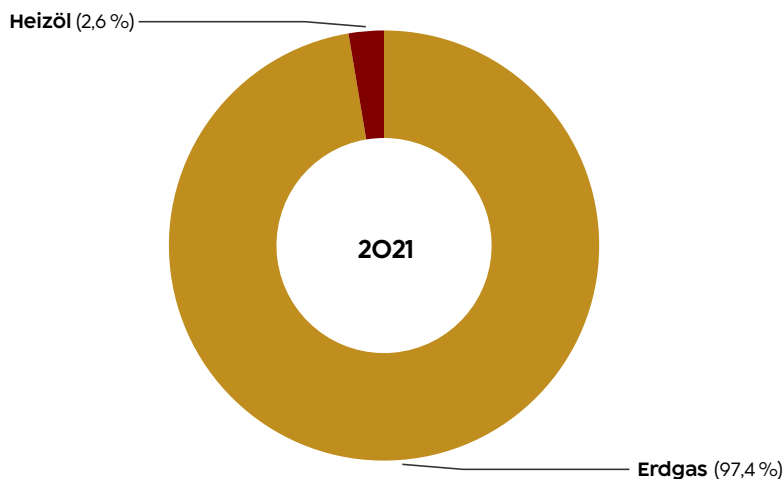
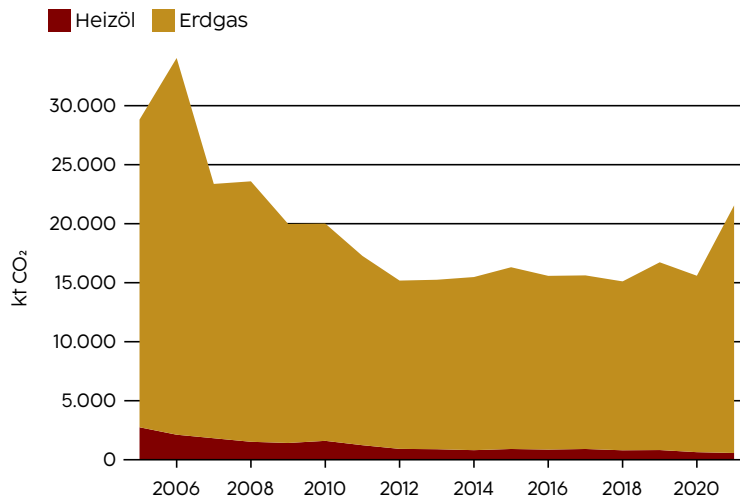
Diese Darstellung fasst den Umsetzungsstatus der jeweils ersten Stoßrichtungen „Vorbild Land“ aus den 6 inhaltlichen Bereichen des KEP zusammen. Von den 39 Maßnahmen, die unter „Vorbild Land“ aus allen Bereichen einfließen, wurden im vierten Jahr 8 Maßnahmen umgesetzt, bei 27 Maßnahmen finden laufende Umsetzungen statt, 4 sind begonnen und keine Maßnahme ist noch nicht begonnen worden.

umgesetzt
laufend
begonnen
nicht begonnen



NÖ Landesgebäude CO₂-Emissionen aus Brennstoffbezug bis 2021

Alle Daten, Quelle: Land NÖ RU3, St. Pölten 2024



Für die NÖ Landesgebäude sind die CO₂-Emissionen von Heizöl und Erdgas dargestellt, diese sind in der BLI im Bereich „Gebäude“ den Dienstleistern zugeordnet. Die Emissionen von Gebäuden aus dem Bezug von Fernwärme, Abwärme und elektrischer Energie sind in der BLI an den Standorten der Erzeugung (d. h. bei den Heizwerken) und nicht bei den Gebäuden bilanziert und somit im Bereich „Energie“ enthalten.

Im Zeitraum 2005 bis 2021 sind die CO₂-Emissionen aus dem Brennstoffbezug von Heizöl und Erdgas um 25 % auf 21,6 kt CO₂ gesunken, diese haben somit einen Emissionsanteil am Dienstleistungssektor der BLI von rund 10 %. Der Anstieg beim Erdgas gegenüber 2020 ist auf die erhöhte Anzahl der betrachteten Liegenschaften zurückzuführen.

Hinweis zur Datenaktualität

Die EU-Energieeffizienzrichtlinie erfordert eine umfangreiche Änderung der Erfassung des Gesamtenergieverbrauchs ausgehend vom Basisjahr 2021. Für die betrachteten Landesgebäude wird eine aktualisierte Darstellung der Daten zwischen 2021 und 2024 im nächsten Bericht publiziert.

Emissionen der Landesgebäude NÖ In t CO₂eq

	2005	2010	2015	2019	2020	2021
Erdgas	26.070	18.410	15.400	15.910	14.950	20.980
Heizöl	2.750	1.600	910	820	640	570
Gesamt	28.820	20.010	16.310	16.730	15.590	21.550

Veränderung der Emissionen In Prozent

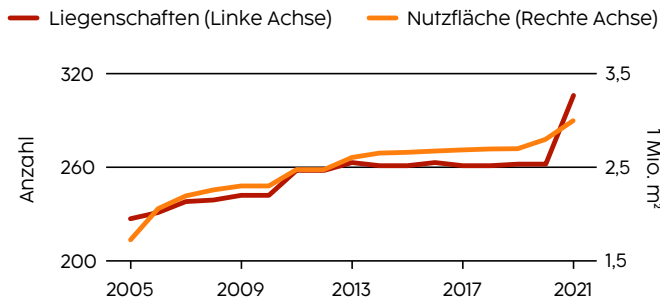
	05–21	20–21
Erdgas	-20 %	40,3 %
Heizöl	-79 %	-10,9 %
Gesamt	-25 %	38,2 %

12 Strukturdaten



NÖ Landesgebäude – Liegenschaften und Nutzflächen bis 2021

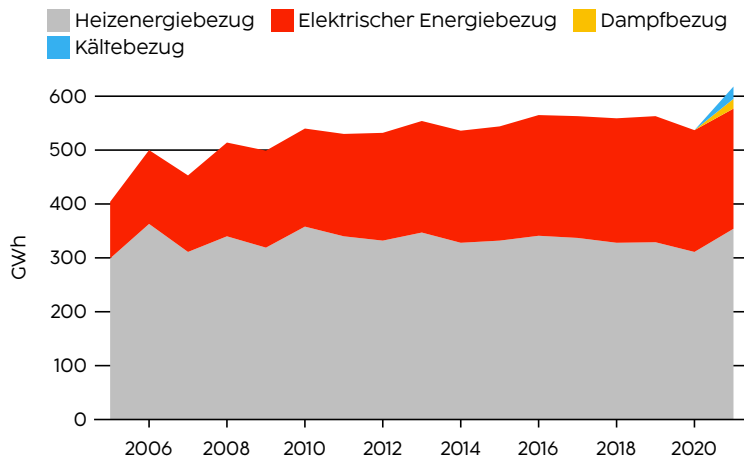
Quelle: Land NÖ RU3, St. Pölten 2024



Bei den „Landesgebäuden“ handelt es sich um Liegenschaften, da diese meist aus mehreren Gebäuden bestehen. Seit dem Jahr 2005 hat die Anzahl der Liegenschaften um 35% auf über 300 NÖ Landesliegenschaften zugelegt. Die konditionierte Brutto-Grundfläche der Landesobjekte ist seit 2005 um 74% auf fast 3 Mio. m² gestiegen. Der deutliche Anstieg im Jahr 2021 ist auf neu zu betrachtende Landesgebäude zurückzuführen.

NÖ Landesgebäude – Energiebezug bis 2021

Quelle: Land NÖ RU3, St. Pölten 2024

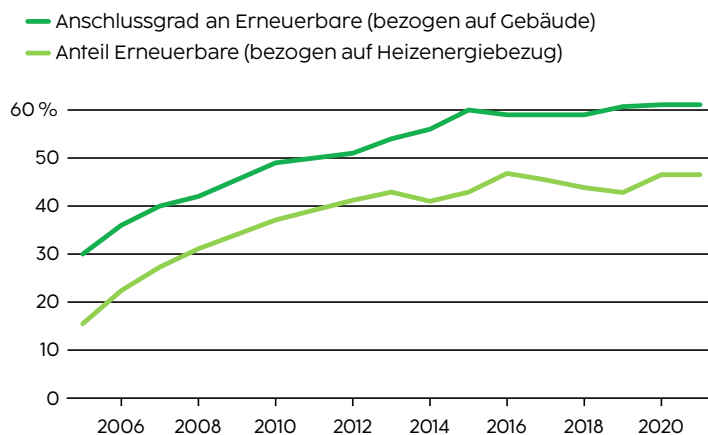


Klimafreundliche Maßnahmen in der Energieversorgung von Landesgebäuden sind wesentliche Beiträge zum Klimaschutz.

Der Energiebezug bei den NÖ Landesgebäuden hat seit 2005 um rund 50% zugelegt, was einerseits auf die Eingliederung von Landesgebäuden (v. a. der Landeskliniken) und andererseits auf neu zu betrachtende Prozesse wie Dampf und Kälte zurückzuführen ist. Der Heizenergiebezug macht rund 60% aus, gefolgt vom Strombezug mit rund 35%. Seit 2021 werden auch der Dampf- und Kältebezug bilanziert.

NÖ Landesgebäude – Einsatz erneuerbare Energien

Quelle: Land NÖ RU3, St. Pölten 2024

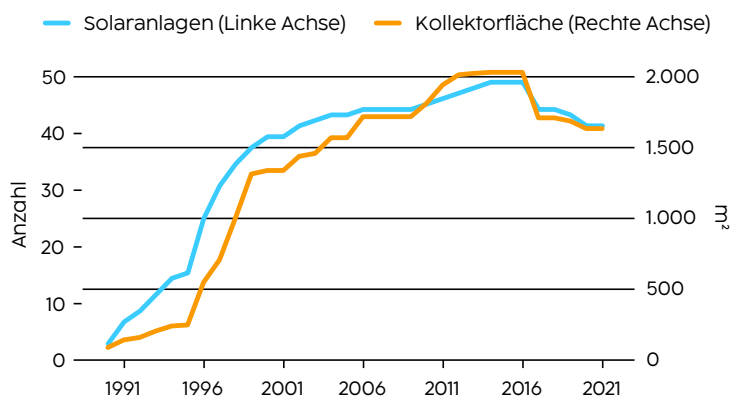


Der Anschlussgrad an erneuerbaren Energieträgern bezogen auf die Gebäudeanzahl hat sich bei den NÖ Landesgebäuden auf 61% gesteigert.

Der Anteil der erneuerbaren Energien am Heizenergiebezug konnte bei den NÖ Landesgebäuden mittlerweile auf fast 50% gesteigert werden.

NÖ Landesgebäude – thermische Solaranlagen bis 2021

Quelle: Land NÖ RU3, St. Pölten 2024

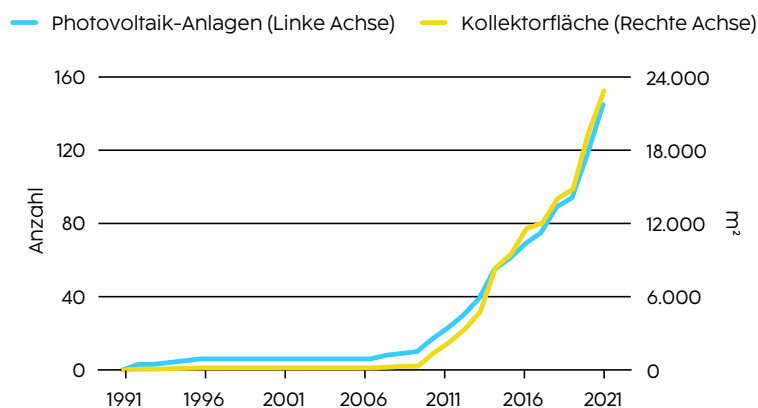


Der Umstieg auf klimafreundliche Heizsysteme hilft, die Umwelt zu schützen und Geld zu sparen. Bund und Land fördern den Heizungstausch und die Nutzung von Solarthermie – setzen aber selbst auch in ihrem Gebäudebestand einiges um.

Mit Stand 2021 sind auf Landesgebäuden in Niederösterreich insgesamt 43 thermische Solaranlagen mit einer Kollektorfläche von rund 1.600 m² installiert.

NÖ Landesgebäude - Photovoltaikanlagen bis 2021

Quelle: Land NÖ RU3, St. Pölten 2024



Anfang der 1990er Jahre sowie ab 2007 wurden bereits auf NÖ Landesgebäuden Photovoltaikanlagen installiert. Mit der aktuellen Energiekrise wird PV künftig noch mehr an Bedeutung gewinnen – auch auf NÖ Landesgebäuden.

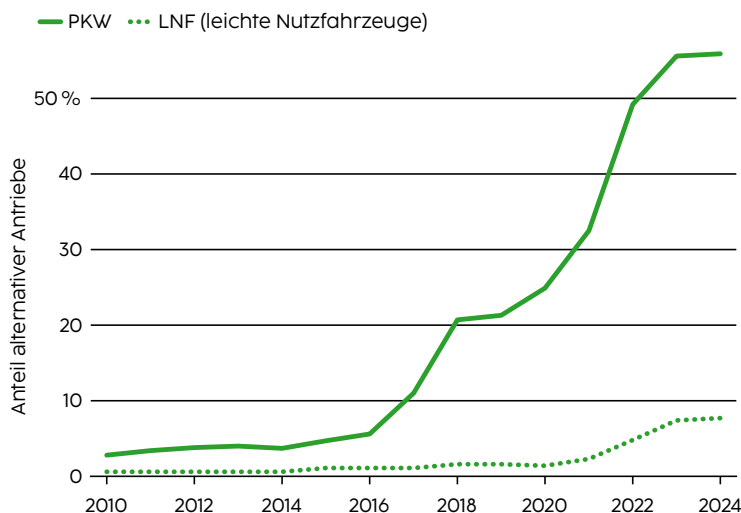
In den letzten Jahren wurden sehr viele neue Projekte realisiert. Bis 2021 entstanden 145 Anlagen mit einer Kollektorfläche von rund 22.870 m². Die installierte Leistung der PV-Anlagen auf den NÖ Landesgebäuden liegt bei rund 3.490 kWp.

12 Strukturdaten



Entwicklung des Elektrifizierungsgrades in der Landesflotte bis 2024 (Abteilungen ST2 und WST8)

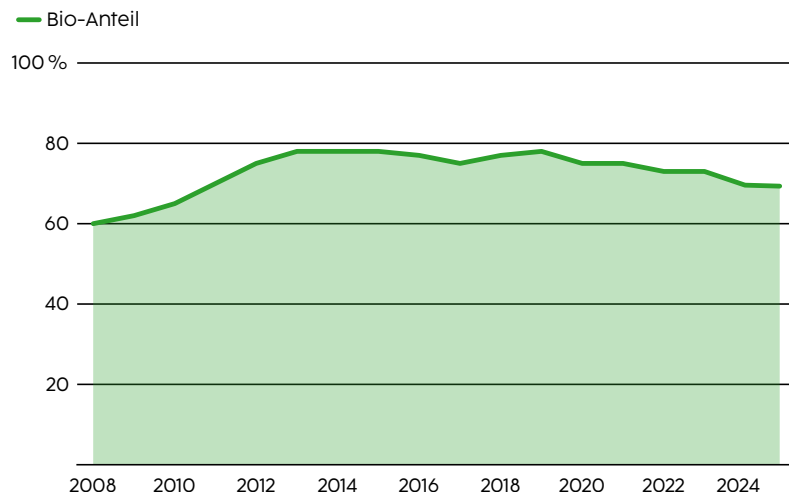
Quelle: Land Niederösterreich, ST2 und WST8, St. Pölten 2025



Die NÖ Landesflotte befindet sich im Umbruch. Alternative Antriebe wie Erdgas, Hybrid und vor allem Elektro sind im Vormarsch. Aktuell wird der Fahrzeugbestand von PKW und leichten Nutzfahrzeugen (LNF) bei den Abteilungen ST2 und WST8 jährlich erhoben. Die Entwicklung des Elektrifizierungsgrads des Fahrzeugbestands wird daher anhand dieser beiden Abteilungen berichtet. Im Jahr 2024 liegt hier der Anteil der alternativen Antriebe bei den PKW bereits über 50% und bei den LNF noch unter 10%. An einer jährlichen Vollerhebung über die gesamte Landesflotte hinweg wird gearbeitet.

Entwicklung des Anteils der eingesetzten Biolebensmittel in der NÖ Landhausküche bis 2025

Quelle: Land Niederösterreich, LAD3-LK, RU3, St. Pölten, 2025



Die NÖ Landhausküche ist seit vielen Jahren ein Vorreiter in Bezug auf gesunde Ernährung. Im Zeitraum 2008 bis 2023 erhöhte sich der Anteil an Biolebensmittel um 22%. Seitens des Fahrplans Nachhaltige öffentliche Beschaffung sind als Mindestquote 35% Biolebensmittel vorgesehen.



CO₂-Bilanz und Absenkpfad zur klimaneutralen Gemeindeverwaltung 2040 für Energiebuchhaltungs-Vorbildgemeinden und e5-Gemeinden
Das Land NÖ stellt den niederösterreichischen Gemeinden ein kostenloses Online-Tool für ihre Energiebuchhaltung zur Verfügung.

Die eNu Servicestelle unterstützt die Gemeinden dabei, die Energiebuchhaltung korrekt zu führen und im Programm zielgerichtet einzusetzen. Die Gemeinden, die vorbildliche, qualitätsgesicherte Energieberichte abgeben und Energiebuchhaltungs-Vorbildgemeinden 2025 werden, können ab sofort vom zusätzlichen und kostenlosen Angebot einer CO₂-Bilanz ihrer Gemeindeverwaltung profitieren. E5-Gemeinden und Vorbildgemeinden erhalten auf Basis der Daten zu ihren Gebäuden, Anlagen und ihrem Fuhrpark eine CO₂-Bilanz mit einem Absenkpfad für das Ziel der CO₂-neutralen Verwaltung 2040.

Dadurch können die Gemeinden ihren Fortschritt auf dem Weg zur Dekarbonisierung der Gemeindeverwaltung nachvollziehen und erkennen, in welchen Bereichen noch Einsparpotenziale bestehen.

**Energie- und Umweltagentur
Niederösterreich (eNu)**

Betreuung der Europaschutzgebiete in Niederösterreich

Die Betreuung der Europaschutzgebiete ist eine wichtige öffentliche Aufgabe zum Erhalt der Schutzgüter Niederösterreichs.

Nun wurde die Schutzgebietsbetreuung neu organisiert: Erklärtes Ziel ist, für jedes der 36 Europaschutzgebiete eine Person zu etablieren, die über die zentrale Koordinationsstelle Schutzgebietsbetreuung koordiniert werden. Diese Koordinationsstelle ist bei der eNu angesiedelt.

Die Naturschätze Niederösterreichs werden über Öffentlichkeitsarbeit und Wanderungen einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Die Vision für die nächsten Jahre ist, für die noch unbetreuten Gebiete Betreuende zu finden und sowohl den Zustand der Schutzgüter als auch das Management der Gebiete laufend zu verbessern.

**Energie- und Umweltagentur
Niederösterreich (eNu)**

EMAS im Land Niederösterreich: Ein Meilenstein für nachhaltiges Handeln

Die Landesverwaltung Niederösterreichs setzt seit über 15 Jahren auf das Umweltmanagementsystem EMAS (Eco-Management and Audit Scheme) – ein klares Bekenntnis zu Transparenz, kontinuierlicher Verbesserung und gelebtem Umweltschutz.

Die Umwelterklärungen 2024 dokumentieren zahlreiche Maßnahmen. Hier 3 Beispiele:

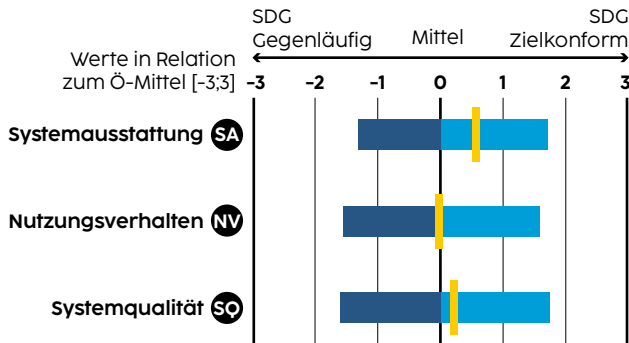
1. **LED-Umrüstung im Landhaus:**
Die Umstellung von rund 7.000 Leuchtmitteln auf LED-Technologie in Gängen, WCs und Teeküchen wird bis 2026 eine Energieeinsparung von rund 50 % in diesem Bereich bringen – ein bedeutender Beitrag zur CO₂-Reduktion.
2. **Digitalisierung und Druckoptimierung:** Der Austausch von drei in die Jahre gekommenen Digitaldruckern durch zwei energieeffiziente Modelle reduzierte den Stromverbrauch um über 80 %. Gleichzeitig sank der Papierverbrauch durch Digitalisierung und effizientere Prozesse um rund 40 % seit 2010.
3. **Im Landhauskindergarten** werden Kinder spielerisch an Themen wie Abfalltrennung, saisonale Ernährung und Ressourcenschonung herangeführt – ein wichtiger Beitrag zur Bewusstseinsbildung der nächsten Generation.

Land NÖ, Abteilung Gebäude- und Liegenschaftsmanagement (LAD3)

Gesamtbetrachtung von Niederösterreich aus der Sicht von Nachhaltigkeitsindikatoren



Das Gesamtbild



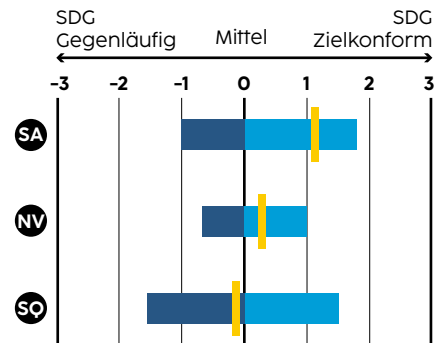
Ziel ist, ein allgemeines Bild der aktuellen Situation Niederösterreichs im Vergleich mit dem österreichischen Durchschnitt zu zeigen.

Die **Systemausstattung** (SA) von Niederösterreich und dessen Rahmenbedingungen betreffen insbesondere die Infrastruktur, die in diesem Bundesland eindeutig als positiv im Sinne der SDGs einzustufen ist.

Das **Nutzungsverhalten** (NV), also wie wir mit dem System und seinen Elementen umgehen, ist in Niederösterreich um den österreichischen Durchschnitt angesiedelt. Dies bedeutet, dass die Bevölkerung und die Institutionen in Niederösterreich die vorhandene Infrastruktur und die zur Verfügung stehenden Ressourcen in einer Weise nutzen, die den landesweiten Trends entspricht.

Die **Systemqualität** (SQ), welche die Auswirkungen unseres Handelns und Nichthandelns auf das Gesamtsystem beschreibt, ist in Niederösterreich knapp über dem österreichischen Durchschnitt angesiedelt. Dies weist darauf hin, dass die Maßnahmen und Strategien, die in Niederösterreich umgesetzt werden, zu einer höheren Stabilität beitragen. Das resultierende System ist daher als zielkonform im Sinne der SDGs einzustufen.

Abfallwirtschaft und Kreislaufwirtschaft



Was wird betrachtet?	SDG Konformität
SA Anzahl und Qualität von Sammelstrukturen, Behandlungsanlagen und Recyclingunternehmen, ...	deutlich gut
NV Aktivitäten bezüglich Recyclingquoten und Daten zur Abfalltrennung, ...	gut
SQ Qualität und Quantität der Abfallfraktionen	gering unterdurchschnittlich

1. Zielbereich

Systemausstattung (SA)

Analyseansatz:

Wie müssten Rahmenbedingungen, Strukturen und Prozesse aussehen, um die SDG-Ziele besser zu erreichen?

2. Zielbereich

Nutzungsverhalten (NV)

Analyseansatz:

Wie können wir bestehende Strukturen anders nutzen, um die SDG-Ziele besser zu erreichen?

3. Zielbereich

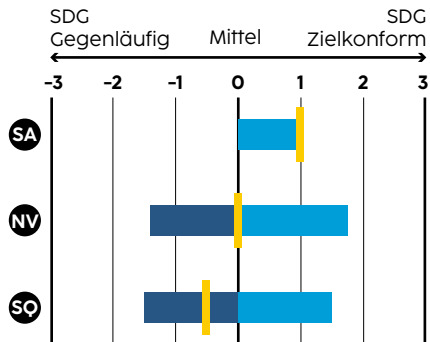
Systemqualität (SQ)

Analyseansatz:

Welche Wirkungen sind erkennbar und welcher Handlungsdruck entsteht aus der SDG-Wirkungsanalyse?



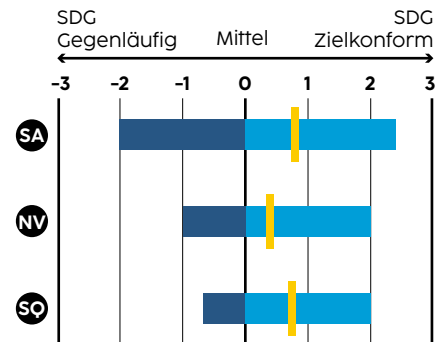
Konsum und nachhaltige Beschaffung



	Was wird betrachtet?	SDG Konformität
SA	Finanzieller Spielraum, Kaufkraft und Einkommensniveau	gut
NV	(Öffentliches) Beschaffungswesen, Nachfrage an Serviceangeboten, Ernährungsgewohnheiten, ...	mittel
SQ	Qualität der Lebensmittelbeschaffungen in öff. Großküchen, Nachfrage nach Bio-Lebensmittel, Produkte und Dienstleistungen mit Umweltzeichen	gering unterdurchschnittlich



Wasser

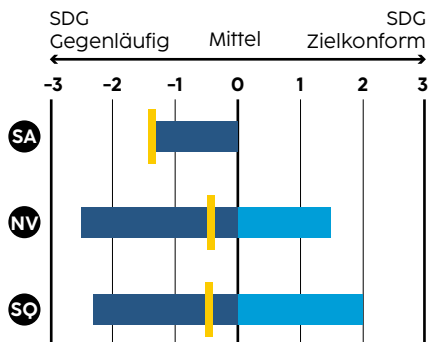


	Was wird betrachtet?	SDG Konformität
SA	Infrastruktur für Trink- und Brauchwasser, Anteil des Trinkwassers aus Grund- und Quellwasserquellen, jährlicher Niederschlag, ...	gut
NV	Wasserverbrauch, landwirtschaftlicher Wasserbedarf, Maßnahmen zum Hochwasserschutz, ...	gut
SQ	Wasserqualitäten, Zugang zu einwandfreiem Trinkwasser, ...	gut

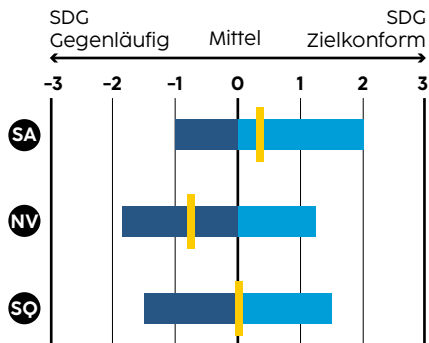


Raumordnung und Mobilität

Raumordnung



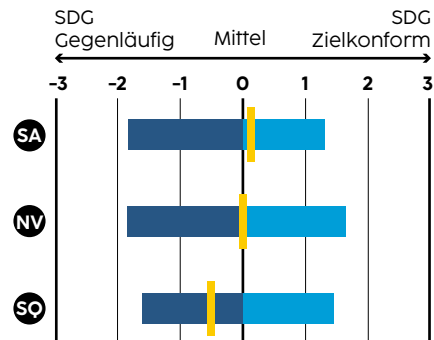
Mobilität



	Was wird betrachtet?	SDG Konformität
SA	Zersiedelung, Erreichbarkeit, Gebäudbestand, Länge des Schienen- und Straßennetzes, Anzahl der PKW, ...	deutlich unterdurchschnittlich bis gut
NV	Bodenverbrauch, PKW- Neuzulassungen und gefahrene Strecken, Zahl der E-Autos, ...	gering unterdurchschnittlich
SQ	Flächeninanspruchnahme, Versiegelung, Flächenverteilung und Qualität, Bebauungsdichte, Anteil autofreier Haushalte, ...	gering unterdurchschnittlich bis mittel



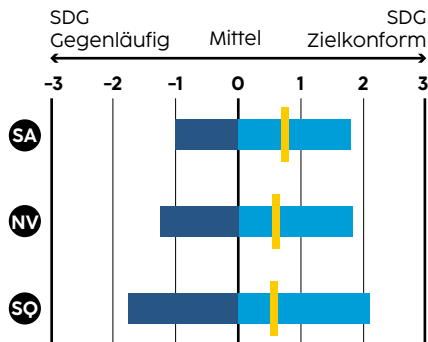
Nachhaltige Wirtschaft, Umwelttechnologie und Infrastruktur



	Was wird betrachtet?	SDG Konformität
SA	Wirtschaftliche Struktur und Dynamik, Anteil der Erwerbstätigen, gemeldete offene Stellen, Lehrstellensuchende, ...	mittel
NV	Wirtschaftsaktivität, BIP, Unternehmensneugründungen, Teilnahme an Regionalprogramm-Beratungen, ...	mittel
SQ	Veränderungen der Betriebszahlen und der Arbeitslosenquoten, Tourismuswertschöpfung, ...	gering unterdurchschnittlich



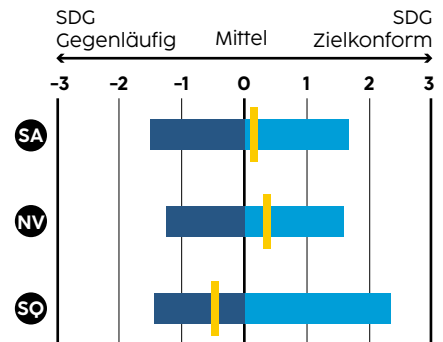
Energie und Gebäude



	Was wird betrachtet?	SDG Konformität
SA	Anteil von Eigenheimen, Wohn- und Nutzflächen, Potenziale und Ausbauziele für erneuerbare Energiesysteme	gut
NV	NÖ Wohnbauförderung, Reduktionen im Heizwärmebedarf, Energieeinsatz, Investitionen in erneuerbare Energien, ...	gut
SQ	Energieverbrauch und Treibhausgasemissionen, energetischer Endverbrauch, Bruttoengpassleistungen	gut



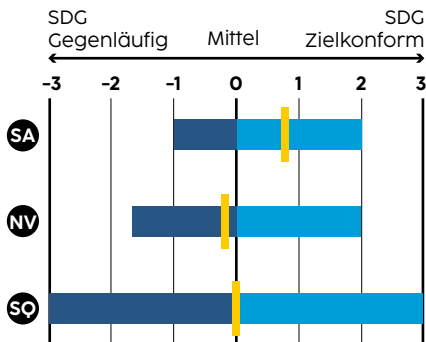
Klimaschutz, Klimawandelanpassung und Luftreinhaltung



	Was wird betrachtet?	SDG Konformität
SA	Infrastruktur zu regenerierbaren Energiequellen, Energiebereitstellung, Energieeinsatz, Klimaerwärmung, ...	mittel
NV	Klimaschutzmaßnahmen, Klimaanpassungsmaßnahmen, ...	gut
SQ	Energiebedarf, Treibhausgas THG-Emissionen, Luftemissionen, ...	gering unterdurchschnittlich



Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Bodenschutz



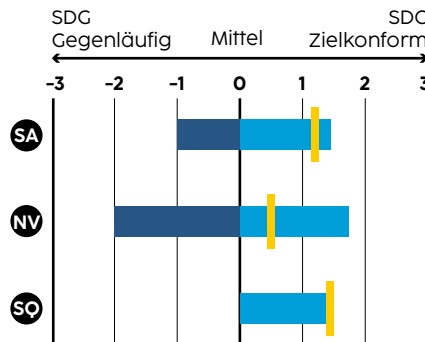
Was wird betrachtet? **SDG Konformität**

SA	Anteil an Ackerland und Wald, Produktionsstrukturen, Brache, ...	gut
NV	biologische Bewirtschaftung, Nutzungsintensität, Bodenbearbeitung, ...	gering unterdurchschnittlich
SQ	Zustand der Wälder, Entwicklung der Waldfläche, Wertschöpfung, Bodengesundheit und -produktivität, ...	durchschnittlich



Menschen im Land

Wohlstand



Was wird betrachtet?

- SA** Anzahl Wohnungen, Wohnkosten, Nettojahreseinkommen, Stellensuchende, Bevölkerung mit Migrationshintergrund, Kinder-Betreuungsquote, Polizeidichte, Sportvereine, Kinderschutzzentren, Gesundheitsinfrastruktur, ...
- SDG-Konformität:** gut bis deutlich gut

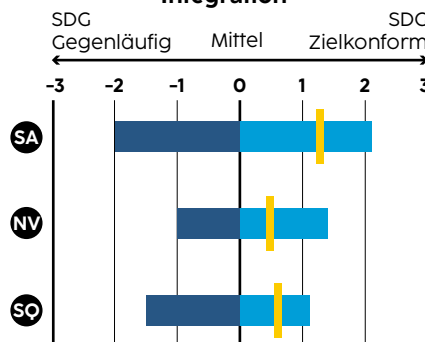
- NV** Erwerbsquote, Mindestsicherungsausgaben, Projekte Dorf- und Stadterneuerung, Agenda 21 Prozess-Gemeinden, Teilzeitquoten, Freiwilligentätigkeit, Gesundheitsausgaben, ...

SDG-Konformität: gering unterdurchschnittlich bis gut

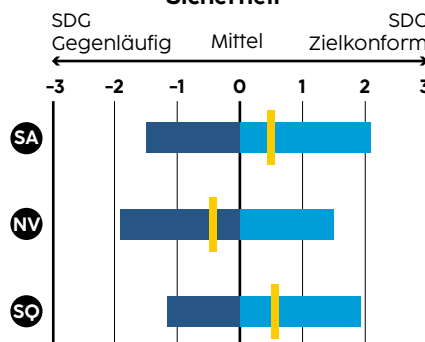
- SQ** Anteil armutsgefährdeter Menschen, Wohnkostenüberbelastung, Arbeitslosen-Quote, Zufriedenheit mit Wohnsituation, Gender Pay Gap, GINI-Index, Anteil weiblicher Führungskräfte, Lebenserwartung, Sterblichkeitsrate, Aufklärungsquote, Verkehrsunfälle, ...

SDG-Konformität: gut bis deutlich gut

Gleichstellung und Integration

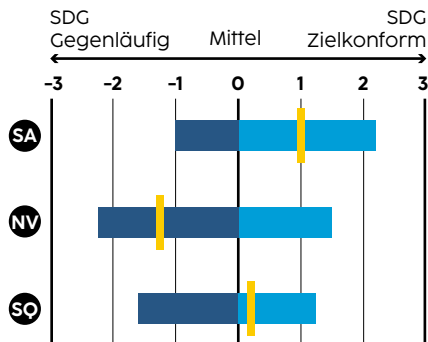


Gesundheit und Sicherheit





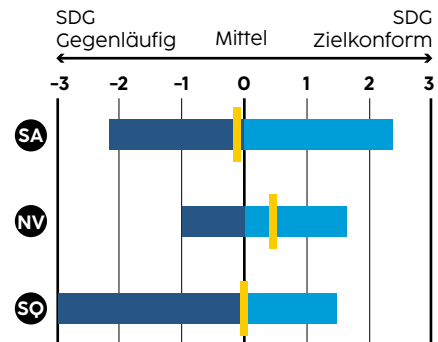
Bildung, Wissenschaft und Arbeit



	Was wird betrachtet?	SDG Konformität
SA	Bildungseinrichtungen, Lehrkräfte, Servicestellen, ...	deutlich gut
NV	Bildungsquoten, Forschungsquoten, F&E-Ausgaben, öffentliche Kulturausgaben, ...	deutlich unterdurchschnittlich
SQ	Bildungsstand, Verteilung des Ausbildungsniveaus, Erwerbstätigenquoten, ...	gut



Naturschutz und Biodiversität



	Was wird betrachtet?	SDG Konformität
SA	Anzahl und Fläche der Schutzgebiete, Anteil Natura-2000-Flächen, Anteil extensiv genutzter LaWi-Flächen, ...	mittel
NV	Maßnahmen im Bereich Lebensraum- und Artenschutz, Anteil Biobetriebe, geförderte Umweltprojekte, ...	gut
SQ	Biodiversitätsbewertung, Ökosystemzustand, Anteil Dauersiedlungsraum, ...	mittel



➤ Institut für Industrielle Ökologie
 Rennbahnstrasse 29
 Stiege B, 3. Stock, Zi 303,
 A - 3100 St. Pölten

Tel.: +43/2742/90 05-151 62

➤ E-Mail: Andreas.Windsperger@indoe.at

Ihre Notizen und Kommentare

[illegible]

[illegible]

Herzlichen Dank an alle, die zum Gelingen dieses Projekts beigetragen haben. Insbesondere einen herzlichen Dank an die Mitglieder im Expertinnen- und Expertenbeirat, welche die Entstehung des Berichts und des Magazins fachlich begleitet und mit zahlreichen Beiträgen unterstützt haben.

Wir wollen uns auch bei Herrn Doz. Dr. Andreas Windsperger für seine wissenschaftliche Begleitung und seine Analysen sowie bei Herrn Dr. Kurt Schauer für seine beratende Begleitung und Moderation bedanken.



Franz Öllerer (FI) – im Zusammenhang mit den Aufgaben im Sustainable Finance Board
Thomas Steiner (RU3), Christoph Loris (IIÖ), Johannes Mayerhofer (RU3), Daniela Stampfl-Walch (F4),
Sabine Hilbert (F3), Brigitta Mirwald (RU5), Christa Ruspeckhofer (eNu), Franz Gerlich (RU3),
Christine Hauer (GBB), Paul Pennerstorfer (K3), Simone Hagenauer (eco+), Stummer Teresa (LAD4),
Franziska Kunyik (RU3)

Weitere Mitglieder im Beirat: Florian Riess (WST3), Mory Johanna (WST3), Raphaela Böswarth (RU3),
Franz Patzl (RU3), Christian Steiner (ABB St. Pölten), Norbert Ströbinger (RU7),
Claudia GrüblerCamerloher (GBB), Andreas Windsperger (IIÖ), Käfer-Schlager Veronika (RU3);
Magnet Sonja (WA), Raphael Weninger (eco+)

Moderation: Kurt Schauer



UMWELT- UND
ENERGIEWIRTSCHAFT



Alle Informationen,
Daten und Projekte auf

umweltbericht.at